

5. Sitzung

Freitag, 30. November 1990

Vorsitzende: Präsident Rainer Prachtl, Erster Vizepräsident Dr. Rolf Eggert und
Zweite Vizepräsidentin Stefanie Wolf

Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten 87
Interfraktioneller Antrag:
Umbenennung des Sozialausschusses 87
– Drucksache 1/59 –

Beschluß

Abgabe einer Regierungserklärung

Dr. Alfred Gomolka, 87
Ministerpräsident

Dr. Harald Ringstorff SPD 101

Walter Goldbeck F.D.P. 110

Johann Scheringer LL/PDS 111, 116

Jürgen Seidel CDU 116

Eckhardt Rehberg CDU 116

Frieder Jelen CDU 119

Dr. Peter Stadermann LL/PDS 121, 122

Georg Ihde F.D.P. 122

Wolfgang Riemann CDU 122

Heide-Marlis Lautenschläger LL/PDS 124

Dr. Helmut Nieter CDU 124

Dr. Wolfgang Zessin CDU 126, 127

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS 127

Heide Großnick CDU 127

Dr. Thomas Brick CDU 128

Große Anfrage der Fraktion der SPD:
**Vergabe der Quoten von Milch und
Zucker an die Landwirte und
Genossenschaften** 129
– Drucksache 1/38 –
und

Antwort der Landesregierung
– Drucksache 1/60 –

Till Backhaus SPD 129

Martin Brick, Minister 130

Große Anfrage der Fraktion der SPD:
**Rückführung von Grundstücken und
Immobilien** 131
– Drucksache 1/39 –

Dr. Gottfried Timm SPD 131, 133

Bärbel Kleedehn, Ministerin 132, 133

Georg Ihde F.D.P. 133

Dr. Georg Diederich, Minister 133

Große Anfrage der Fraktion der SPD:
**Personalpolitik an den Universitäten
und Hochschulen** 134
– Drucksache 1/40 –

Siegfried Friese SPD 134, 135

Dr. Wolfgang Schulz, fraktionslos 134

Oswald Wutzke, Minister 135

Dr. Rolf Eggert SPD 135
zur Geschäftsordnung

Antrag zur Geschäftsordnung

Lorenz Caffier CDU 135

Beschluß 135

Antrag der Fraktion der LL/PDS:		Antrag der Fraktionen der CDU der SPD und der F.D.P.:	140
Finanzzuweisungen an die Kommunen des Landes	135	Bildung eines Rundfunkbeirates – Drucksache 1/62 –	
– Drucksache 1/49 –		Ergebnis	
Bärbel Kozian LL/PDS	135, 136	Persönliche Erklärung	
Sigrid Keler SPD	136, 139	des Abg. Rainer Prachtl CDU	140
Dr. Siegfried Zahn CDU	136, 137	Nächste Sitzungen	
Dr. Peter Stadermann LL/PDS	137	Dienstag, den 11. Dezember 1990	140 (Sondersitzung)
Dr. Georg Diederich, Minister	137	Donnerstag, den 13. Dezember 1990	
Dr. Gottfried Timm SPD	138		
zur Geschäftsordnung			
Dr. Gerd Krumbiegel	138		
Beschluß	139		
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P.:			
Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters der Verfassungskommission	139		
– Drucksache 1/61 –			
Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS	139		
Dr. Gottfried Timm SPD	140		
Ergebnis	140		

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur fünften Sitzung des Landtages.

Gestatten Sie mir noch einen kleinen Hinweis bezüglich der gestrigen Spendenaktion. Da wohl nicht alle Abgeordneten die entsprechend nötige Menge Geld bei sich hatten, steht der Glasbehälter heute noch einmal in der Lobby, so daß Sie etwas hineintun können. Ich habe mir sagen lassen, daß, falls Geldnot herrscht, einige parlamentarische Geschäftsführer bereit sind, eventuell etwas zu verleihen.

(Beifall bei allen Abgeordneten)

Die Sitzung ist eröffnet. Alle Fraktionen beantragen, den Sozialausschuß in „Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen“ umzubenennen. Der Antrag liegt Ihnen mit der Drucksache 1/59 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der LL/PDS und der F.D.P.:
Umbenennung des Sozialausschusses
– Drucksache 1/59 –**

Kann ich davon ausgehen, daß wir dies jetzt ohne Aussprache, wie beantragt, beschließen können? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abgabe einer Erklärung des Ministerpräsidenten

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluß an die Regierungserklärung drei Stunden vorgesehen. Auch hier sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Gomolka.

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Bürgerinnen und Bürger! Mecklenburg-Vorpommern, ein neues Land zwischen Elbe und Oder, zwischen Ostsee und der Mark Brandenburg, ist entstanden aus Mecklenburg und Vorpommern, aus Nachbarländern, die zwar eine unterschiedliche Geschichte haben, deren Menschen und Landschaften aber wesensverwandt sind.

Vierzig Jahre Sozialismus haben unser Gefühl für dieses Land, für seine Menschen und seine einzigartige Landschaft nicht zerstören können. Meine Regierung ist angetreten, um gemeinsam mit allen Bürgern aus diesem Land wieder eine Heimat zu machen, in der wir uns alle wohl fühlen können. Diese Aufgabe ist nicht leicht, viele Probleme lasten schwer auf unserem Land. Wir alle sind gefordert, uns neu zu orientieren, unseren Platz in einer veränderten Gesellschaft zu finden, uns den Veränderungen, die die friedliche Revolution notwendigerweise mit sich brachte, zu stellen.

Sorge, Angst und Ungewißheit herrschen bei vielen Menschen. Ich kenne und verstehe die Sorgen meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger. Doch Angst und Unsicherheit können nicht unsere Ratgeber sein. Ich appelliere an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern, trotz aller ihrer persönlichen Sorgen und Schwierigkeiten Mut zu fassen, den demokratischen Wandel als große Chance zu begrei-

fen und aktiv und mit Energie ihre Zukunft und die ihrer Kinder neu und besser zu gestalten. Meine Regierung wird alles ihr Mögliche tun, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik die notwendigen Grundlagen und Rahmenbedingungen zu schaffen und ständig zu verbessern.

Unser Blick ist nach vorn gerichtet, voller Optimismus und Zuversicht zu den Menschen in unserem Lande. Wir alle waren und sind stolz auf unsere Heimat, und wir alle werden es in Zukunft noch mehr sein können. Und das nicht nur wegen der natürlichen Schönheit unseres Landes, um die uns viele beneiden. Wir sind hier eben Menschen von besonderem Schrot und Korn. Uns muß man die Liebe zu unserer Heimat nicht verordnen. Hier, wo unsere Vorfahren, Verwandten, Freunde und Kollegen daheim sind, fühlen wir uns geborgen. Das sind beste Voraussetzungen für einen schnellen, erfolgversprechenden Start in die Zukunft.

Nur eines muß uns klar sein: Wir müssen zusammen in dieselbe Richtung starten, dasselbe Ziel vor Augen halten, sonst blockieren wir uns gegenseitig. Wir wollen alle mit voller Kraft an dem Aufbau eines demokratischen, wirtschaftlich starken und ökologisch gesunden Landes Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Und ich habe die Bitte, daß wir bei allen Auseinandersetzungen über das Wie und Wo dieses gemeinsame Ziel nie aus dem Auge verlieren. Wir können uns über alles unterhalten, doch wir können nichts Wichtiges auf morgen verschieben, denn heute werden die Weichen gestellt, die bestimmen, wohin der Zug in Zukunft rollt. Dies ist eine Aufgabe, die wir alle gemeinsam, alle demokratischen politischen Kräfte unseres Landes, verwirklichen müssen.

Die Regierung kann und will nur dort tätig werden, wo die Bürger, die Gemeinden und Städte die anstehenden Fragen und Probleme nicht aus eigener Kraft lösen können. Das Subsidiaritätsprinzip ist für uns ein unverzichtbares Wesenselement der freiheitlichen Demokratie und leitendes Handlungsprinzip meiner Regierung. Wir brauchen deshalb das Engagement selbstbewußter und kritischer Bürgerinnen und Bürger, die aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, der Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Verbände. Wir brauchen Gemeinden und Städte für den Aufbau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die stark sind.

CDU und F.D.P. haben die Regierungsverantwortung übernommen. Wir verstehen unser Amt als Auftrag und Verpflichtung, als Verpflichtung gegenüber allen Bürgern des Landes, die Ergebnisse der friedlichen Revolution von 1989 aufzugreifen und ein neues Land Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen.

Die Koalitionspartner sind sich nicht nur in den Grundfragen einig. Wir wollen eine freiheitliche, demokratische Erneuerung aller Bereiche in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die alten Strukturen, die den Fortschritt blockieren, müssen vollständig abgelöst werden. Daß wir uns nicht mißverstehen: Es geht nicht um schnelle oder gar vorschnelle pauschale Verurteilungen. Aber genauso unmißverständlich sage ich auch hier wieder, was ich schon öfter betont habe: Alle, die sich strafrechtlicher Vergehen schuldig gemacht haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei allen Abgeordneten)

In der kurzen Zeit, in der die Regierung mit noch keineswegs voll arbeitsfähigen Strukturen gebildet wurde, haben wir uns ein anspruchsvolles Regierungsprogramm und ehrgeizige Ziele zum Wohle unseres Landes erarbeitet. In der unübersehbaren Fülle der Probleme und Schwierigkeiten erschienen für uns acht Schwerpunkte von besonderer Bedeutung:

Erstens: Wir wollen erhaltenswerte Arbeitsplätze sichern und neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen.

Zweitens: Wir wollen den Landwirten wieder eine Perspektive geben.

Drittens: Wir wollen die erschreckende Belastung der Umwelt abbauen und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur erlernen.

Viertens: Wir wollen mehr Chancengleichheit, Gerechtigkeit für die Frauen, solidarische Hilfe für alle, die sie brauchen – für Alte, Schwache und Behinderte –, und ein modernes, humanes Gesundheitswesen.

Fünftens: Wir wollen eine offene Gesellschaft, die den Kindern, Jugendlichen und Studenten eine gute Ausbildung und Bildung ermöglicht, eine freie Forschung und Lehre und die volle Entfaltung des reichen kulturellen Erbes unseres Landes und seiner Menschen.

Sechstens: Wir wollen die Schaffung und Sicherung des freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates in unserem Land, eine unabhängige Justiz und eine Stärkung der Selbständigkeit und der Lebenskraft der Kommunen.

Siebtens: Grundlagen unserer Politik ist eine solide Haushaltsführung und ein sparsamer Umgang mit den knappen finanziellen Mitteln unseres Landes.

Achtens: Schließlich wollen wir, daß aus Grenzen Brücken der Verständigung werden. Wir wollen Teil einer demokratischen, lebendigen Europäischen Gemeinschaft, Tor zum Norden und Brücke zum Osten sein.

Meine Damen und Herren! Oberstes Ziel meiner Landesregierung ist es, eine florierende Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen, die den Menschen unseres Landes Arbeit und Brot gibt, eine Wirtschaftspolitik, die offen ist für ständigen Wandel und den Transfer neuer Erkenntnisse und dabei schonend mit den Ressourcen unserer Umwelt umgeht.

Diese Landesregierung wird die Wirtschaft mit raschen – wenn es sein muß, auch unkonventionellen – Maßnahmen unterstützen. Ich spreche von der Wirtschaftsförderung in ihren beiden Bedeutungen. In erster Linie kümmern wir uns natürlich um unsere bestehenden Unternehmen und setzen uns für zukunftssichere Arbeitsplätze in diesen Betrieben ein. Hilfestellung muß auf dem Gebiet der Vermarktung und Produktfindung geleistet, für kleine und mittlere Betriebe ein effektives System der Betriebsberatung aufgebaut werden. Wir wollen dies in enger Zusammenarbeit mit den Kammern als Organisationen der Wirtschaft tun. Wir werden aber auch neue Investoren gewinnen und unterstützen die Kommunen, damit sie schnell alle erforderlichen Schritte einleiten können.

Meine Landesregierung wird noch in diesem Jahr mit dem Aufbau einer landeseigenen Wirtschaftsfördereinrichtung beginnen. Wir werden in wenigen Tagen diejenigen Wirtschaftsförderer am Tisch haben, die in den Kommunen, zum Teil auch überregional,

Wirtschaftsfördergesellschaften aufbauen. Wo wir ihnen helfen können, wird das geschehen. Aber Verhältnisse, in denen man auf die „Order von oben“ wartet, wird es nicht mehr geben.

Schon im nächsten Jahr soll unser Land auf den internationalen Messeplätzen vertreten sein, die die Bundesregierung mit Gemeinschaftsständen besucht. Dort und bei jeder anderen Gelegenheit werden wir für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern werben.

Nun ein Wort zur anderen Seite der Wirtschaftsförderung, zu der finanziellen Förderung über Programme.

Die im Grundgesetz angelegte sogenannte Gemeinschaftsaufgabe wird einen Investitionsschub in unser Land bringen. Zu den Anträgen der Kommunen und der gewerblichen Wirtschaft erwarten wir die ersten Förderzusagen in diesen Tagen. Wenn noch Routine bei der Erstellung der Antragsunterlagen fehlt, muß dieses den Antragstellern nachgesehen werden. Wir werden jedenfalls keine Frist versäumen und die Förderprogramme bis zur letzten D-Mark ausschöpfen.

Ich appelliere an dieser Stelle an unsere jungen Existenzgründer: Seien Sie risikobereit und haben Sie den Mut, sich selbständig zu machen. Diese Landesregierung wird Sie in Ihren Unternehmungen nicht allein lassen. Wir werden sicherstellen, daß dort, wo Sie dingliche Sicherung nicht beibringen können, Wagniskapital in Form von Bürgschaften und Kreditgarantien bereitgestellt wird.

(Beifall bei Georg Ihde F.D.P.)

Dabei möchte ich jedoch eines deutlich betonen: So sehr wir es begrüßen, daß sich Firmen aus aller Welt in unserem Land engagieren, so sehr sind wir dagegen, daß Unternehmen nur von westlichen Kapitaleignern aufgekauft werden oder Firmenübernahmen beziehungsweise Firmenneugründungen nur durch Firmen westlich der Elbe erfolgen können.

(Beifall bei allen Abgeordneten)

Wenn wir schon bei den jungen Unternehmern sind, ein Wort zu den Technologiezentren. Sie haben eine wichtige Funktion für die Wirtschaft unseres Landes. Hier werden neue Arbeitsplätze geschaffen, hier werden Erkenntnisse des technischen Fortschrittes untereinander ausgetauscht, hier muß ein Wissenstransfer von den Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft erfolgen.

Wir wollen die jungen Wissenschaftler und Fachkräfte bei uns im Lande behalten. Dieses Land Mecklenburg-Vorpommern will exportstark sein, aber es will nicht seine tüchtigen jungen Männer und Frauen exportieren. Wir werden ihnen hier bei uns eine Chance geben. Technologiezentren wie die in Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Warnemünde werden nicht am grünen Tisch geplant, und es wird kein amtlich verordnetes Technologiekataster geben. Wir setzen vielmehr darauf, daß an den Orten, an denen Forschungseinrichtungen arbeiten, risikofreudige Kreditinstitute ansässig sind, eine mutige Unternehmerschaft mitzieht und daß die Kommunen Räume zur Verfügung stellen. Dann entstehen solche Keimzellen des Fortschritts und breiten sich netzartig über unser Land aus.

Wir befinden uns schon direkt in Aussagen zur Strukturpolitik. Zur Zeit erleben wir große Strukturumbrüche, die darin begründet sind, daß der Wirtschaft in der Vergangenheit Investitionen entzogen und verweigert wurden, unzureichende technologische Erneuerungen stattfanden und Wasserköpfe in Verwaltung, Militär und Staatssicherheit durchgefüttert werden mußten. Dazu kam eine jahrzehntelange einseitige Exportfixierung auf den Markt der Sowjetunion. Ein solches Regime kann sich auf wirtschaftlichem Feld nur so lange halten, wie die Konkurrenz künstlich durch Mauern ferngehalten wird. Fällt die Mauer, wie Gott sei Dank im letzten Jahr geschehen, so trifft eine solche geschwächte Wirtschaft auf die internationale Konkurrenz mit allen Folgen, wie wir sie zur Zeit erleben müssen.

Dabei beobachte ich quasi eine Zweiteilung unseres Landes: Ich sehe einen nordwestlichen Bogen von Stralsund über Rostock, Wismar nach Schwerin, um den ich mir nicht so große Sorgen mache. Da wird, salopp gesagt, viel aus dem Westen hineinschwappen und eine schnelle Stabilisierung eintreten. Ich sehe aber auch einen südöstlichen Bogen von Röbel, Waren über Neubrandenburg, Anklam nach Wolgast hinauf. Hierauf ist die Aufmerksamkeit der Landesregierung besonders gerichtet.

Unsere ersten Ansatzpunkte sind die bestehenden Industriestrukturen. Jetzt kommt es darauf an, neue Produktlinien zu eröffnen. Es kommt darauf an, den Technologiegehalt unserer Produkte zu erhöhen. Das muß vorrangig durch Technologiepartnerschaften geschehen und nicht durch Aufkäufe.

In einem zweiten Schritt müssen völlig neue Unternehmen angesiedelt werden. Das ist in Grundzügen auch unsere Politik zur Sanierung der Werftindustrie, des größten Wirtschaftszweiges Mecklenburg-Vorpommerns. Das vereinigte Deutschland benötigt einen leistungsfähigen Schiffbau. Mit massiver Hilfe der Bundesregierung müssen wir die Werften so strukturieren, daß sie Mitte der neunziger Jahre wettbewerbsfähig sind. Der Name der neuen Aktiengesellschaft deutet die Richtung an: Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG. Das heißt, es müssen einerseits völlig neue Betriebe angesiedelt werden, und andererseits muß der Schiffbau auf ein hohes technologisches Niveau gehoben werden, um dann schnell auf spezielle Kundenwünsche reagieren zu können.

Investoren kommen allerdings nur, wenn wir auch eine gute, belastbare Infrastruktur schaffen. Meine Landesregierung wird den Unternehmen, die bereits hier wirtschaften, und denen, die wir einladen, in dieses Land zu kommen, dieses Wirtschaften leichter machen. Wir werden nicht über Jahre hinweg Straßenplanungen vor uns herschieben, sondern das verwirklichen, was kurzfristig gebaut werden kann. Ich begrüße es außerordentlich, daß wir aus dem Verkehrsministerium des Bundes Signale erhalten haben. Geld für sofortige Fernstraßenbaumaßnahmen steht bereit.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung will die Ost-West-Autobahn sofort, und sie will Ortsumgehungen an den neuralgischen Punkten, um den Verkehrsfluß, aber nicht die Belastung der Anwohner zu erhöhen.

Dem Schienenverkehr gehört die Unterstützung der Landesregierung. Sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr hat die Eisenbahn eine wichtige Funktion. Auch hier kommt es derzeit besonders auf funktionstüchtige und leistungsfähige Ost-West-Verbindungen an.

Damit aber nicht genug. Der Geschäftsreisende, der seine Niederlassung schnell erreichen muß, soll auf ein Netz kleiner Regionalflugplätze zurückgreifen können. Ich denke an Barth und Neubrandenburg-Trollenhagen als kleinere Einrichtungen, ich denke aber auch an Laage-Kronskamp als zentrale nördliche Drehscheibe.

Zum schnellen Verkehrsfluß muß die ungehinderte Kommunikation treten. Diese Landesregierung wird nicht warten, bis unser Land verkabelt ist. Wir suchen das Gespräch mit dem Bundespostminister und wollen auch hier praktikable Lösungen, etwa Richtfunkcontainer. Das Gespräch zur Wirtschaft und Politik beim Bundeskanzler am 26. November dieses Jahres hat unkonventionelle Wege zur schnellen Telefonversorgung eröffnet. So wurde uns zugesagt, daß schon im nächsten Jahr über 110 000 neue Telefonanschlüsse eingerichtet werden.

Mit all dem will ich sagen, daß es oberstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist, Bedingungen zu schaffen und zu unterstützen, die Investitionen in unserem Land lohnend machen. Dazu gehören natürlich auch Anreize auf dem steuerlichen Sektor. Ich denke an Überlegungen, in Rostock durch einen Freihafen äußerst günstige Gewerbezone zu schaffen, wie es sie in anderen Kommunen und Bundesländern schon gibt.

In der letzten Zeit wurde mir häufig von Blockaden vieler Investitionsvorhaben durch schwebende Treuhandverfahren berichtet. Meine Landesregierung hat sofort den Kontakt zu den neuen Leitern der Treuhandniederlassungen aufgenommen. Wir haben uns zusammengesetzt und darüber nachgedacht, wie wir die Schwierigkeiten aus der Anfangsphase heute abschließen können. Wir haben enge Zusammenarbeit und Abstimmung vereinbart.

Meine Landesregierung geht aber noch einen Schritt weiter, als nur das Gespräch mit der Treuhand zu suchen: Die Treuhand, die das volkseigene Vermögen nicht nur zu verwalten, sondern zu privatisieren hat, arbeitete in der Vergangenheit in Ländern ohne demokratisch legitimierte Führung; sie bezog ihre Legitimation gewissermaßen aus Berlin. Das ist nun anders: Der Souverän hat gewählt, das Vakuum ist verschwunden. Meine Regierung bemüht sich daher politisch darum, bei der Verwaltung des volkseigenen Vermögens ein entscheidendes Wort mitzureden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine entsprechende Initiative werden wir in Abstimmung mit den anderen neuen Bundesländern in den Bundesrat einbringen. Die jüngsten Reaktionen der Treuhand sind ermutigend. Für mehr als 5000 von etwa 8000 Betrieben wurden die Entscheidungsbefugnisse in die Länder delegiert.

Ein Kapital unseres Landes, mit dem wir wuchern können, das wir aber wie unseren Augapfel hüten müssen, ist die in weiten Teilen noch unberührte Land-

schaft. Bei allen notwendigen Straßenbaumaßnahmen werden wir die für Mecklenburg-Vorpommern so typischen Allees erhalten. Wir werden unsere Flüsse und Seen wieder in einen guten Zustand bringen und unsere Küstenregion pflegen.

Dieses Land Mecklenburg-Vorpommern öffnet sich weit für seine Gäste. Wir sind für unsere Gastfreundschaft bekannt. Vielen wird von den zu erwartenden Touristenströmen bang; sie befürchten, daß unsere einmaligen Küsten zubetoniert werden könnten. Ich verstehe diese Sorge und appelliere an Sie alle, der Versuchung des schnellen großen Geldes zu widerstehen. Laßt uns unsere norddeutsche Bedächtigkeit erhalten, und erhalten wir auch den Charakter unserer Heimat. Bedenken Sie, daß sich ein unserer Landschaft angepaßter Tourismus auszahlt. Der Tourist von morgen, nein, der von heute schon, wünscht keine Bettenburgen in Beton und keine asphaltierten Rennpisten bis in die Dünen; das hat er leider viel zu oft zu Hause. Er möchte bei uns eine andere Welt erleben.

Der Tourismus in unserem Land ist noch nicht organisiert, aber viele haben bereits Ideen entwickelt. Es gibt Bürger, die Kutschfahrten organisieren, die Bootsfahrten anbieten, die freundliche Gasthöfe und Pensionen herrichten und sich in Verbänden zusammenschließen. Dies ist der richtige Weg. Tourismus ist keine Staatsveranstaltung, kann nicht von Beamten erdacht und durchgeplant werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung kann und will hier nur begleiten, anregen und helfen. Kein Beamtenstaat ist so kreativ wie unsere Bürger.

Kreativ müssen wir auch eine weitere Chance nutzen, die der Fall der Mauer eröffnete. Mecklenburg-Vorpommern ist von einer Randlage am Eisernen Vorhang in eine europäische Zentrallage geraten. Wer von Skandinavien aus den Kontinent betritt, ist in Mecklenburg-Vorpommern. Auch die großen Handelswege aus dem Osten führen durch unser Land.

Diese traditionellen Partnerschaften bewahren wir und bauen sie aus. Gute Gespräche mit Repräsentanten Schwedens und Dänemarks schon in den ersten Tagen unserer Regierung sowie die Anbahnung von Partnerschaften zwischen Vorpommern und polnischen Woiwodschaften sind hier konkrete Schritte.

Viele Handelsbeziehungen unserer Wirtschaft reichen weiter. Die sowjetischen Handelspartner sind in einer ganz kritischen Situation. Sie sollen wissen, daß wir diese Situation verstehen und nicht ausnutzen wollen. Sie brauchen Vertrauensschutz und selbstverständlich die Chance, marktfähige Produkte weiterhin in unserem Land absetzen zu können. Über die augenblickliche Krise hinweg gilt: Lieferpflichten sind Lieferrechte, um die sich unsere Konkurrenten oft mit viel Geld bemühen müssen.

Unser Verhältnis zu den östlichen Partnern hat noch eine weitere Facette: Wir alle freuen uns, wenn Panzer verschrottet und Raketen abgebaut werden. Aber man muß sehen, daß das Militär als Auftraggeber gerade für unsere östlichen Landesteile ein wichtiger Wirtschaftsfaktor war. Es kann nicht angehen, daß ein ohnehin strukturschwacher Raum die Lasten einer ansonsten

sehr positiven Politik trägt und, alleingelassen, die Konversion bewältigen muß.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage unseren Mitbürgern gerade in Vorpommern Hilfe zu, diese Schwierigkeiten zu bewältigen.

Meine Damen und Herren! Jeder Bürger weiß, daß wir in den kommenden Monaten noch sehr viele Probleme zu lösen haben werden, sowohl im Bereich der Beschäftigungspolitik als auch in den Bereichen der Privatisierung und Sanierung von Unternehmen. Wir sind fest davon überzeugt, daß sich Mecklenburg-Vorpommern in absehbarer Zeit zu einer großen Baustelle entwickeln wird. Jeder weiß, daß die Zeiten von Großbaustellen auch in den alten Bundesländern Zeiten einer sehr guten Beschäftigungspolitik waren.

Ich meine, daß der Aufbau in Mecklenburg-Vorpommern auch zu einer Verstärkung des Exports in osteuropäische Länder führen wird. Mecklenburg-Vorpommern muß den Unternehmen Perspektive bieten, exportieren zu können. Allein als Absatzgebiet für die Produkte aus den westlichen Bundesländern sind wir uns zu schade.

Nur so werden wir auch unseren Grundsatz verwirklichen, daß Grenzen zu Brücken, Verkehrswege zu pulsierenden Lebensadern fruchtbarer Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, die Kooperation von Industrie und Handel, Städten und Gemeinden und die gemeinsame Arbeit der Menschen über Grenzen hinweg zum dauerhaft tragbaren Fundament echter Partnerschaft werden. Aus dieser Kooperation und Partnerschaft wird Solidarität entstehen, die schließlich zur selbstverständlichen, echten und nicht verordneten Freundschaft besonders mit unseren osteuropäischen Nachbarn wird.

Neben einer funktionierenden Wirtschaft brauchen wir eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie die Fischerei haben in unserem Land eine große Bedeutung. In diesen Bereichen waren fast 300 000 Personen beschäftigt. Das sind 28 Prozent der Erwerbstätigen in unserem Land. Allein diese Zahlen belegen, daß wir mehr als jedes andere der neuen und der alten Bundesländer in unserer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch von diesen Wirtschaftsbereichen abhängig sind. Ein Hauptziel unserer Politik muß es deswegen sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Wirtschaftsbereiche auch unter den neuen Bedingungen existenzfähig bleiben und ausreichende Einkommen erzielt werden können. Nur so lassen sich die Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen allgemein sichern und verbessern. Nur so läßt sich das Bild unserer Landschaft als einer in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft bewahren. Nur so kann die ländliche Siedlungsstruktur erhalten und weiterentwickelt werden.

Es kann aber nicht darum gehen, die Strukturen, so wie sie sind, zu erhalten. Unsere Agrarpolitik will vielmehr vielfältige Betriebsstrukturen in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und Ernährungswirtschaft. Wir wollen weg von einseitig ausgerichteten und überdimensionierten Betrieben. Alte erhaltenswerte und ebenso neue Strukturen sind nur existenzfähig,

wenn sie im europäischen Rahmen wettbewerbsfähig sind.

Insoweit stehen wir vor gewaltigen Problemen. Die Produktivität dieser Wirtschaftsbereiche ist völlig unzureichend. Viele Betriebe produzieren am Markt vorbei. In wohl allen Betrieben ist die Zahl der Beschäftigten zu hoch. Vielerorts mangelt es an modernen Gebäuden und Maschinen. Es fehlt das erforderliche Kapital. Die Belastung durch Altschulden ist in vielen Fällen mehr als bedrohlich.

Wir alle wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse in hohem Maße behindert wird. Dies gilt für die Landwirtschaft ganz besonders, denn für sie ist der Grund und Boden der entscheidende Produktionsfaktor. Deshalb ist vor allem für die Landwirtschaft die Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse von wesentlicher Bedeutung. Die Klärung der Eigentumsverhältnisse ist eine Grundvoraussetzung für die Entflechtung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und zur Schaffung neuer landwirtschaftlicher Betriebe.

Es entspricht nicht dem Ziel des Einigungsvertrages, wenn nur auf der Grundlage eindeutiger und unstrittiger Eigentumsverhältnisse Kredite gewährt werden, mit denen die notwendigen Investitionen zu finanzieren sind. Solange die erforderliche Klärung der Eigentumsverhältnisse ausbleibt, müssen zusätzliche Wege wie zum Beispiel die Bereitstellung von Ausfallbürgschaften beschritten werden, um auf diese Weise Investitionskredite zu sichern.

Für die Entwicklung einer leistungsstarken Land- und Ernährungswirtschaft sowie auch der Fischerei braucht unser Land zusätzliche Finanzmittel des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft. Die Landesregierung wird deshalb im Bundesrat darauf hinwirken, das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstrukturen und des Küstenschutzes“ zu ändern. Wir verfolgen das Ziel, daß der Bund sich in den fünf neuen Ländern stärker bei der Finanzierung der Maßnahmen beteiligt. Darüber hinaus wird die Landesregierung den Bund bitten, unsere Probleme auch bei der EG vorzutragen und darauf hinzuwirken, daß die fünf neuen Länder mit Rücksicht auf ihre besonderen Probleme eine höhere Erstattung ihrer Aufwendungen erhalten als die alten Bundesländer.

Zur Zeit werden die Grundsätze, die für die Förderung von Investitionen im agrarstrukturellen Bereich gelten sollen, mit dem Bund und mit den anderen Bundesländern beraten. Die ersten erfreulichen Ergebnisse, denke ich, können wir heute schon mitteilen.

Dabei ist unsere Position mit den vier anderen neuen Bundesländern abgestimmt. Wir fordern gemeinsam, daß bei allen Förderungsmaßnahmen die strukturellen Defizite in den fünf neuen Bundesländern gebührend berücksichtigt werden. Wir erwarten, daß der Bund und auch die alten Bundesländer unseren Anträgen zustimmen.

Eine moderne Landwirtschaft muß nicht nur leistungsstark und wettbewerbsfähig, sie muß auch umweltverträglich sein. Zur Wiederherstellung sauberer Flüsse und Seen, eines unbelasteten Bodens und Grundwassers muß selbstverständlich auch die Land-

wirtschaft ihren Beitrag leisten. Landwirtschaft kann auch ohne Umweltverschmutzung erfolgreich betrieben werden.

Besondere Bedeutung für die Umwelt kommt auch unseren Wäldern zu. Wir sind auf deren Schutzwirkung in steigendem Maße angewiesen und werden dem bei der Bewirtschaftung der Forsten voll auf Rechnung tragen.

Angesichts der Bedeutung des Fremdenverkehrs in unserem Land muß auch die Erholungsfunktion unserer Wälder weiter herausgestellt und gefördert werden. Daneben bleibt die forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes eine unverzichtbare Einnahmequelle. Schutz-, Erholungs- und Wirtschaftsfunktion des Waldes lassen sich durchaus miteinander in Einklang bringen. Eine leistungsfähige Landesforstverwaltung muß diese politischen Vorgaben erfolgreich durchsetzen.

Die Landesregierung setzt in diesen Bereichen folgende Prioritäten:

Erstens: Chancengleichheit für Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen.

Zweitens: Investitionshilfen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die sogenannten volkseigenen Flächen in LPGen sollen für die Stärkung neugeschaffener bäuerlicher Betriebe verwendet werden.

Drittens: Die Produktion nachwachsender Rohstoffe muß ausgeweitet werden und als ökologisch wie ökonomisch vernünftige Ergänzung zur Nahrungsmittelproduktion bei der Schaffung einer zukunftssicheren, modernen Landwirtschaft helfen.

Viertens: Ein Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm soll insbesondere den Bauern angeboten werden, die einen neuen Betrieb bewirtschaften wollen.

Fünftens: Ein Investitionsförderungsprogramm zur Einrichtung neugeschaffener bäuerlicher Betriebe, auch für Pächter.

Sechstens: Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Umweltverhältnisse in land- und ernährungswirtschaftlichen Betrieben.

Siebtens: Bereitstellung von Ausfallbürgschaften für die Kreditvergabe an Unternehmen mit unzureichenden Beleihungsgrundlagen.

Achtens: Verlässliche Regelungen zur Vergabe von Milchquoten, insbesondere an Bauern mit neuen Betrieben.

Neuntens: Gründung einer privatrechtlich organisierten Siedlungsgesellschaft und deren Ausstattung mit hinreichendem Eigenkapital durch Land, Bund, Kommunen und Banken. Eine solche Siedlungsgesellschaft kann flexibler und effektiver arbeiten als jede Verwaltung.

Zehntens: Dorferneuerung und Dorfentwicklung durch Förderung öffentlicher und privater Investitionen.

Elfens: Ein Investitionsförderungsprogramm für die Erneuerung und Modernisierung ernährungswirtschaftlicher Unternehmen.

Zwölftens: Förderung des Absatzes regionaltypischer Qualitätserzeugnisse der Ernährungswirtschaft unseres Landes mit Hilfe moderner Marketingmethoden.

Wichtig ist, die Neuordnung und Umstrukturierung der Wirtschaftsbereiche durch angemessene soziale Maßnahmen zu flankieren. Hier trägt der Bund eine besondere Verantwortung.

Bei der Neugestaltung der land-, forst-, fisch- und ernährungswirtschaftlichen Bereiche ist auch die künftige Arbeit der Treuhand von erheblicher Bedeutung. Sie muß sich stärker als bisher an den regionalen Erfordernissen unsers Landes ausrichten.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem brauchen wir eine leistungsfähige Verwaltung. Wir werden eine Landwirtkammer und Landwirtschaftsämter einrichten, die vor allem die vielfältigen Förderprogramme begleiten sollen.

Wir werden eine Forstverwaltung schaffen, die den Erfordernissen sowohl der staatlichen wie auch der kommunalen und privaten Waldwirtschaft Rechnung trägt.

Meine Regierung wird in der Landwirtschaft aber auch neue Wege gehen. Wir streben an – als sinnvolle und notwendige Ergänzung –, die Produktion nachwachsender Rohstoffe auszudehnen. Die Versuche in der Vergangenheit, die in den alten Bundesländern, vor allem in Niedersachsen, aber auch in Schleswig-Holstein auf diesem Sektor bisher getätigt wurden, waren aus unserer Sicht unzureichend. Man setzte den Landwirt in direkte Konkurrenz zur Industrie. Das konnte nicht funktionieren. Wir haben zusammen mit Mineralölgesellschaften diskutiert und für unsere Landwirtschaft als erste Variante folgende Perspektive entwickelt:

Wir werden den Rapsanbau fördern. Aus Raps wird Rapsöl gewonnen. Das Pflanzenöl wird zunächst mit Mineralöl zusammen verarbeitet. Dabei entsteht ein hochwertiger und umweltfreundlicher für alle Dieselmotoren verwendbarer Kraftstoff. Darüber hinaus ist daran gedacht, künftig Rapsöl auch direkt in modifizierten Dieselmotoren als Treibstoff zu nutzen.

An diesem Beispiel will ich deutlich machen, daß im Anbau von Raps und anderen nachwachsenden Rohstoffen eine Zukunftsperspektive für unsere Landwirtschaft liegt. Eine erfolgversprechende, wie ich meine.

So können wir schrittweise den Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft „abfedern“. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine ökonomisch und ökologisch ausgewogene wie auch sozial verträgliche landwirtschaftliche Produktion. Wir sind hier auf dem richtigen Weg, sind Vorreiter dieser veränderten Landwirtschaftspolitik.

Sie wird unserem Land zugute kommen. Denn Mecklenburg-Vorpommern ist ein Naturparadies, das in Deutschland ohne Beispiel ist. Die Vielzahl der Lebensräume und der darauf spezialisierten Tier- und Pflanzenarten ist so groß wie in keinem anderen deutschen Bundesland. Dieses Naturerbe gilt es als einmalige Kostbarkeit zu bewahren, zu schützen und zu entwickeln.

Das Wissen um den Wert der Natur, die Wertschätzung der Schönheit unserer Landschaften, der feste Wille, diese Güter zu schützen, müssen schon von Kindesbeinen an vermittelt werden. Wir möchten, daß der Umweltschutz ein fester Bestandteil des Unterrichts an

den Schulen wird. Wir alle müssen lernen, nicht nur vom Umweltschutz zu sprechen. Umweltschutz muß ein Grundprinzip werden, das unser tägliches Leben prägt, unser Verhalten leitet zu unserem Wohl und zum Wohl unserer Kinder.

Ziel unserer Naturschutzpolitik ist es, gemeinsam mit den Naturschützern, vor allem mit der Land- und Forstwirtschaft sowie mit dem Fremdenverkehr und der Naherholung zu Konzepten zu kommen, die das scheinbare Gegeneinander überwinden helfen. Wenn auch der Naturschutz in weiten Teilen unseres Landes Vorrang vor allen Nutzungen behalten muß, so sind andere Bereiche behutsam einer naturverträglichen Nutzung zuzuführen. Wir wollen keine Politik des Gegeneinander, sondern das Miteinander.

Es ist unser Ziel, ca. 15 Prozent der Landesfläche der weitgehend ungestörten natürlichen Entwicklung zu überlassen. Dies kann am zweckmäßigsten mittels eines Generalplans „Naturschutz“ geschehen, der auf der Grundlage einer Biotopkartierung zu erarbeiten ist.

Wir wollen nicht das ganze Land mit einem Flickenteppich von kleinen Schutzgebieten überziehen, sondern großräumige, miteinander vernetzte Schutzgebietsstrukturen schaffen. Darunter werden auch einige Nationalparks sein, wobei ich insbesondere an die Müritz mit ihrer Umgebung sowie an die Vorpommersche Boddenlandschaft denke. Bei allen Schutz- und Pflegearbeiten werden die ehrenamtlich tätigen Naturschutzverbände selbstverständlich einbezogen.

Ein in allen Staaten bislang ungelöstes Problem ist das nicht spannungsfreie Verhältnis zwischen Naturschutz- und Landbewirtschaftung. Wenn die Interessen des Natur-, Wasser- und Bodenschutzes durchgesetzt werden sollen – und das wollen wir –, dann muß der Landwirtschaft für dadurch bedingte Ertragseinbußen ein Ausgleich gezahlt werden. Anderenfalls wäre die Wettbewerbsgleichheit zwischen den Agrarregionen in Deutschland beeinträchtigt.

Eines der wichtigsten, noch immer ungelösten Probleme jeder Industriegesellschaft ist die Abfallentsorgung. Es muß unser aller Ziel sein, Abfälle möglichst zu vermeiden. Wie schwierig das ist, zeigt die Tatsache, daß trotz aller Bemühungen zur Verringerung der Abfallmengen die Müllberge in Deutschland weiter wachsen.

Deshalb muß der wissenschaftlich-technische Aufwand nicht nur für die Herstellung von Gütern, sondern auch für deren umweltfreundliche Entsorgung genutzt werden. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Ich weiß nicht, wieviel technische Lehrstühle es an deutschen Universitäten gibt. Es sind sicher aber einige Hundert. Für Abfallwirtschaft gibt es nach meiner Kenntnis nur fünf. Wir werden uns bemühen, einen solchen Lehrstuhl an einer unserer Universitäten einzurichten.

Wir haben das Ziel, in Mecklenburg-Vorpommern auch einen Entsorgungspark aufzubauen, in dem Anlagen stehen, die jeden Abfall aufbereiten, verwerten und entsorgen können. Die Technologien stehen weltweit zur Verfügung. Wir werden sie einsetzen.

Eine moderne Abfallwirtschaft ist notwendiger Bestandteil des ökologisch verträglichen wirtschaftlichen Aufbaus unseres Landes. Abfallwirtschaft bedeutet eine Entlastung der Umwelt durch moderne

Technologien, die zudem zukunftssträchtige Arbeitsplätze sichern. Die Regierung hat begonnen, ein realistisches Abfallwirtschaftskonzept unter variabler Nutzung aller Formen der Entsorgung zu entwickeln. Wichtiger Bestandteil dieser Konzeption ist dabei die getrennte Erfassung von Abfällen als Voraussetzung für eine weitestgehende Wiederverwertung. Für die nicht recyclingfähigen Abfälle muß es neben moderner thermischer Entsorgung auch Möglichkeiten der sicheren Deponierung geben.

Eine der wichtigsten Deponien befindet sich bei Schönberg. Mir sind die kritischen Äußerungen zu diesem Standort bekannt. Deshalb werden wir diese Deponie nochmals gründlich untersuchen lassen und danach eine endgültige Entscheidung treffen.

Der Staatsverwaltung obliegt die Überwachung und Kontrolle der gesamten Entsorgung. Ökologisch bedenkliche Müllkippen sind zu schließen. Wir werden darauf achten, daß Mecklenburg-Vorpommern ein sauberes Land wird, in dem man reine Luft atmen, in sauberen Flüssen und Seen baden kann und in dem unsere Kinder aufwachsen können, ohne Schaden zu nehmen.

Die Regierung hat mit den Vorarbeiten für ein umfassendes Konzept zur Wasserversorgung, zum Grundwasserschutz und zur Abwasserbeseitigung begonnen. Unser Ziel ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser zu garantieren. Dazu müssen unter anderem

- unbelastete Grundwasservorkommen erschlossen, das Wasser auch über Fernleitungen in Netze eingespeist und
- das genutzte Grundwasser vor den Folgen intensiver landwirtschaftlicher Bodennutzung geschützt werden.

Die gegenwärtig mehr als unbefriedigende Abwasserbehandlung muß entschieden verbessert werden. Es fehlt an Kläranlagen, und es fehlt an Geld. Wir müssen alle kommunalen und privatwirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen, um sofort die Verschmutzung der Gewässer einzudämmen.

Um diese hier nur skizzierte Gewässerschutzpolitik durchsetzen zu können, bedarf es klarer Zielvorgaben. Es wird die Aufgabe der Landesregierung sein, einen Generalplan „Abwasserbeseitigung und Gewässerschutz“ aufzustellen.

Jede Investition im Gewässerschutz ist auch ein Beitrag zum Schutz unserer Küste und der Ostsee. Unsere Meere könnten sehr viel schneller gesunden, wenn Investitionen nicht nur für Abwasser-High-Tech in den alten Bundesländern, sondern auch für dringend notwendige, einfache abwassertechnische Hausmannskost in den neuen Bundesländern aufgewendet würden.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der LL/PDS)

Außerdem werden wir sichern, daß der Schutz unserer Küsten nach einem Gesamtkonzept erfolgt, dem sich kommunale und private Interessen ein- und unterzuordnen haben. Nur so können wir die einmaligen Landschaften langfristig erhalten. Direkt an der Küste des Greifswalder Boddens liegt auch das umstrittene Kernkraftwerk Nord.

Wir setzen uns dafür ein, diesen Standort zu erhalten, wobei nach abschließender Begutachtung der Sicherheitsfragen zu entscheiden sein wird, auf welcher energetischen Basis das geschehen kann.

Wir unterstützen auch alle Bemühungen, hier ein europäisches Forschungszentrum einzurichten.

Meine Damen und Herren! Die Arbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme unseres Landes. Auch wenn ein Wahltermin unmittelbar vor der Tür steht, halte ich es für geboten, die Lage nicht zu beschönigen.

Wir sagen den Menschen deutlich: Die Talsohle ist noch nicht durchschritten.

Die Landesregierung rechnet damit, daß sich die Arbeitslosigkeit bis Mitte 1991 noch deutlich erhöhen wird. Verantwortlich dafür ist nicht die soziale Marktwirtschaft, die bei uns schrittweise aufgebaut wird, sondern die sozialistische Mißwirtschaft der Vergangenheit, die unser Land in einem erst jetzt erkennbaren Ausmaß geschädigt hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden die Arbeitslosigkeit mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Dabei gilt es natürlich in erster Linie, erhaltenswerte Betriebe zu modernisieren und neue Investoren für das Land zu gewinnen. Aber auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind ein gutes Mittel, arbeitslosen Menschen eine sinnvolle Tätigkeit und eine sichere Existenz zu vermitteln und zugleich Aufgaben zu erfüllen, die im öffentlichen Interesse liegen.

Die Landesregierung fordert Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden sowie die sozialen Verbände auf, das Angebot der Arbeitsverwaltung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufzugreifen.

Als Beispiele für sinnvolle Maßnahmen nenne ich die Denkmalpflege, den Naturschutz, die Betreuung von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, die Pflege von Grünanlagen und Museums- sowie Archivarbeiten. Mit etwas Phantasie lassen sich hier vor Ort interessante Projekte gestalten und, meine Damen und Herren, Phantasie und Kreativität sind in unserem Land reichlich vorhanden. Nach Aussagen des Bundesministeriums für Arbeit ist es möglich, die Zahl von 1164 Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Oktober 1990 – 1164 lediglich – innerhalb von wenigen Monaten mehr als zu verzehnfachen.

Dort, wo die verdienstvolle Tätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit aus rechtlichen oder finanziellen Gründen nicht ausreicht, muß sie durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes ergänzt werden. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten ein Programm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ erarbeiten, um den Menschen zu helfen.

Zur Vorbereitung des Programms wird eine beratende Runde „Arbeitsmarkt“ eingerichtet, zu der wir Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Kammern, der Arbeitsverwaltung, der Kommunen, der Kirchen und sozialen Verbände und andere Interessierte einladen werden.

Es geht uns nicht nur darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch darum, die vorhandenen

Arbeitsplätze menschenwürdig zu gestalten. Gewerbeaufsichtsämter werden die Aufgabe wahrnehmen, den Neuaufbau von Betrieben und die Sanierung der Altbetriebe kontrollierend zu begleiten. Zustände, wie sie in der Planwirtschaft auftraten, in der fast ausschließlich die Produktion zählte und der Mensch zum Werkzeug abgewertet wurde, wird es nicht mehr geben. Damit dieses Ziel erreicht wird, ist auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften und Betrieben erforderlich.

Die Gesundheitspolitik der Landesregierung wird von dem Grundsatz bestimmt sein, daß die Regelversorgung der Bevölkerung bei ambulanter und stationärer Behandlung gewährleistet bleibt. In einer Zeit, in der in vielen Bereichen des Gesundheitswesens Selbstverwaltung und damit Selbstbestimmung an die Stelle von Staatsverwaltung und damit Fremdbestimmung tritt, sind Brüche nicht zu vermeiden. Aber wir sagen sehr deutlich: Die Landesregierung wird sich bemühen, den notwendigen Strukturwandel sozial zu begleiten, damit erhaltenswerte Einrichtungen nicht zerstört werden. Wir sollten allerdings die freie Niederlassung von Ärzten, die dazu führen muß, daß zahlreiche Polikliniken nicht weitergeführt werden können, auch als Chance begreifen, mehr Freiheit für Arzt und Patient durchzusetzen und das Gesundheitswesen zu modernisieren!

Es kann allerdings – das möchte ich an dieser Stelle einfügen – nicht so sein wie beispielsweise im Kreise Gadebusch, in der die Schließung einer Poliklinik, die Kündigung von Ärzten dazu geführt haben, daß die Versorgung – zumindest zeitweilig – nicht mehr gewährleistet schien.

Eine Bestandsaufnahme für die erforderliche Krankenhausplanung ist bereits erfolgt. Zahlreiche Anträge liegen vor. Die Arbeiten an einem abgestimmten Konzept, das in einen Krankenhausplan einmünden wird, sind angelaufen.

Auch in der Sozialpolitik folgt die Landesregierung dem Subsidiaritätsprinzip, daß heißt dem Grundsatz, daß der Staat nur dort eingreifen sollte, wo es um die Grundsicherung der Bürger geht und wo Selbsthilfe nicht ausreicht. Deshalb wollen wir das Engagement ehrenamtlicher Helfer in allen sozialen Bereichen anregen und gezielte Hilfen zur Selbsthilfe geben.

Natürlich sind auch qualifizierte Fachkräfte, die hauptamtlich soziale Arbeit leisten, erforderlich. Das gilt besonders für die Betreuung alter Menschen und für die Förderung von Behinderten. Jeder weiß, daß die Behinderten Stiefkinder der sozialistischen Gesellschaft waren; sie wurden an den Rand gedrängt und häufig nicht einmal anerkannt. Damit wird Schluß sein. Der Behinderte hat dasselbe Recht auf ein menschenwürdiges Leben und auf Unterstützung wie derjenige, der nicht dieses schwere Schicksal zu tragen hat.

Die Landesregierung begrüßt es, daß sie auch auf anderen Feldern der Sozialpolitik nach der deutschen Vereinigung benachteiligten Menschen helfen kann, die unter dem Sozialismus im Schatten gestanden haben.

Vom 1. Januar 1991 an gilt auch in Mecklenburg-Vorpommern das Bundesversorgungsgesetz. Damit haben die im Land noch lebenden etwa 40 000 Kriegs-

beschädigten und Hinterbliebenen und die ihnen Gleichgestellten nach vierzig Jahren nicht erfolgter sozialer Entschädigung einen Rechtsanspruch auf monatliche Rentenleistungen sowie auf Heil- und Krankenbehandlung. Das ist ein Ausdruck der Wiedergutmachung für Schäden, den der einzelne durch staatliches Handeln erlitten hat.

Die Landesregierung fordert: Grundsätzlich müssen die Opfer des Stalinismus mit denen des Nationalsozialismus gleichgestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Durch das von der Volkskammer verabschiedete Rehabilitierungsgesetz ist die rechtliche und moralische Rehabilitierung dieser Menschen eingeleitet worden. Die Landesregierung wird sich auch weiter konsequent dafür einsetzen, ihre sozialen Härten zu mildern.

In den alten Bundesländern hat es lebhafte Diskussionen gegeben, wie die Rolle der Frau in der Gesellschaft am besten gefördert werden könne. In einigen Ländern gibt es Frauenministerien, in anderen Gleichstellungsbeauftragte, die dem Regierungschef zugeordnet sind, und manche vernachlässigen diese Fragen noch immer. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die nicht vordergründig herausgestellt werden muß. Wir haben uns deshalb nach intensiver Diskussion entschlossen, einen Mittelweg zu gehen: Im Sozialministerium wird eine Abteilung „Frauen und Familie“ eingerichtet, von der die Belange der Frauen aufgegriffen und wahrgenommen werden.

Die Abteilungsleiterin soll die Frauenbeauftragte der Landesregierung werden. Ihre Aufgaben sind vielseitig und vielschichtig. Sie wird Ansprechpartnerin sein für die berufstätigen Frauen, sie wird sich aber auch um die gesellschaftliche Stellung der Frauen bemühen, die sich für Kinder und Haushalt entscheiden. Es muß aber auch möglich sein, Familie und Beruf gleichermaßen gerecht zu werden. Das bedingt auf der einen Seite familienfreundliche Öffnungszeiten von Kindergärten, schulischen und Versorgungseinrichtungen, andererseits flexible Arbeitszeiten. Alle Formen von Teilzeitarbeit oder Job-sharing müssen gefördert werden. Der öffentliche Dienst wird hier mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat sich nicht nur aus Gründen der Sparsamkeit entschlossen, ein Kultusministerium zu bilden, das die Verantwortung für die jungen Menschen, für die Schulen, die Hochschulen und ein freies kulturelles Leben zusammenfaßt. Freiheit ist zuallererst die Freiheit des Geistes.

Sie soll sich überall entfalten, wo die Menschen lernen, lehren, ihre Freizeit gestalten und sich künstlerisch entfalten. Freiheit heißt aber nicht Beliebigkeit und schon gar nicht Verantwortungslosigkeit. Die Selbstverantwortung des einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde zu ermutigen, das ist das wichtigste Ziel der Politik dieser Landesregierung.

Das Schlimme am sozialistischen Erbe ist, daß der Vorrang für die SED-Ideologie auch den Verlust von Verantwortung und von Leistung mit sich brachte.

Deshalb wollen wir eine neue Schule, in der die weniger Begabten gefördert und die Begabten gefördert werden. Die Einheitsschule – auch ohne Sozialismus – geht zu Lasten aller. Sie nimmt unserer Jugend Chancen zu dauerhafter Anerkennung ihrer Ausbildung in Deutschland und in Europa. Wenn es uns nicht gelingt, so schnell wie möglich zu erreichen, daß ein Schulabschluß aus Mecklenburg-Vorpommern ein Gütezeichen wird, dann werden unsere Bürger auf Dauer Bürger zweiter Klasse werden. Dies werden und müssen wir verhindern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Auch deshalb soll es wieder Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien und gute berufsbildende Schulen in einem gegliederten Schulwesen geben. Auch die Sonderschulen werden unsere besondere Aufmerksamkeit finden. Benachteiligte oder behinderte Schüler sollen nach Kräften integriert und nicht länger ausgegrenzt und abgeschoben werden.

Die Neugestaltung des Schulwesens braucht Zeit. Das geht nicht über Nacht. Die Landesregierung wird deshalb schrittweise vorgehen und ein erstes Gesetz zur Neugestaltung der Schule im Frühjahr vorlegen. Grundlinien wollen wir noch im Dezember der Öffentlichkeit vorstellen.

Schon zum neuen Schuljahr soll es die ersten Gymnasien geben, die ersten Haupt- und Realschulen und dort, wo es nicht gleich geht, soll es getrennten Unterricht in der Mittelstufe geben.

Die Lehrer und Hochschullehrer in diesem Land tragen eine große Verantwortung. Viele von ihnen sind mißbraucht worden, viele haben sich mißbrauchen lassen, einige haben den Mißbrauch organisiert.

Mit dem Entwurf des Hochschulerneuerungsgesetzes, der dem Landtag zugeleitet wurde, gehen wir einen ersten Schritt, um diese Mißstände abzubauen. Auch die Lehrer mit Stasi- oder bedeutender SED-Vergangenheit werden die Schulen verlassen müssen.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Die Schulleiter sollen erneut ein Bestätigungsverfahren durchlaufen. Eine Bestätigung wird dann mit Blick auf die Schulreform nur auf Zeit ausgesprochen. Wer Menschen erzieht oder an den Hochschulen lehrt, der muß fachlich qualifiziert und persönlich integer sein.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

In Wissenschaft und Forschung werden wir uns von zwei Zielen leiten lassen: Wir werden leistungsfähige Lehr- und Forschungsstätten aufbauen, die den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbau unseres Landes fördern, und wir werden den jungen Menschen unseres Landes Perspektiven eröffnen. Auch wenn die finanziellen Mittel uns Grenzen setzen und vieles nur schrittweise getan werden kann, müssen wir schon jetzt die Weichen richtig stellen. Die Probleme, vor denen wir stehen, sind gewaltig: Es gilt auch hier die Last der Vergangenheit abzuschütteln. Gleichzeitig ist der materielle Nachholbedarf riesig. Allein für die bauliche und technische Ausstattung der Hochschulen und der Universitätskliniken werden viele Hundert Millionen DM notwendig sein, wobei wir auf die Hilfe des Bundes hoffen. Zugleich müssen wir die Studenten-

zahlen, die bei uns vergleichsweise weit niedriger als in den alten Bundesländern sind, deutlich erhöhen, um qualifiziertes Personal für unser Land heranzubilden. Die Forschung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich muß Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben.

Die Geisteswissenschaften sollen diesen Prozeß kritisch begleiten; denn wir sehen heute deutlich die Schäden, die eine ungehemmte technische Ausbeutung unserem Land zugefügt hat. Die Geisteswissenschaften sind auch gefordert, sich an der Aufarbeitung unserer politischen Vergangenheit zu beteiligen. Wenn wir den wirtschaftlichen Aufschwung für unser Land konsequent anstreben, ist es falsch, bei der Forschung und der Hochschulausbildung zu sparen, denn dies sind Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

„Wer hier kärglich säet, der wird auch kärglich ernten.“

Wir müssen an die Grenze des finanziell Machbaren gehen. Anderenfalls werden wir – auch auf längere Sicht – den Standard der alten Bundesländer nicht erreichen. Ich füge ganz persönlich hinzu: Wir möchten ihn nicht nur erreichen, sondern in einigen Positionen auch gerne überbieten.

Im Bereich des Sportes ist die Orientierung auf den Breitensport erklärtes Ziel. Der Spitzensport wird im Rahmen des Möglichen gefördert. Aber manche Medaille von einzelnen, vielleicht um den Preis von Doping oder Kindheitsverlust errungen, ist sicher weniger wert als eine sportliche Betätigung von vielen. Überall im Land soll die Möglichkeit aktiver sportlicher Betätigung für alle Bürger bestehen. Der Sport soll nicht mehr zentral organisiert sein, sondern über Vereine und Verbände autonom wirken. Die Belange des Behindertensports müssen gleichberechtigt berücksichtigt sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unser besonderes Augenmerk gilt den Kindern. Ihnen gehört die Zukunft, ihnen steht die Welt offen. Das allein war Grund genug, die Mauer der Unfreiheit, die Herrschaft des Unrechts und das gesamte sozialistische Unterdrückungssystem zu sprengen. Nun müssen wir ihnen alle Chancen bieten, ihre eigene Persönlichkeit entfalten zu können, frei von Zwang. Deshalb wollen wir diese Arbeit auch nicht allein dem Staat überlassen, sondern wir fördern und unterstützen freie Träger, die sich dieser Aufgabe annehmen.

Im Interesse der Kleinen muß uns auch daran gelegen sein, ihre Wege so kurz wie möglich zu halten. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Gründung ortsnaher Spielkreise und Kindergärten: Kurze Wege für kleine Beine, das ist unser Ziel.

Die Jugendpolitik bedarf einer fundamentalen Erneuerung. Nicht Steuerung und Zwang ist dabei die Leitlinie, sondern Ermutigung und Förderung. Gefordert wird eine Vielzahl von Angeboten der Beratung und Hilfe, vor allem durch die Entfaltung freier Träger und die Unterstützung der Kommunen.

Auch Kunst und Kultur sollen frei sein, frei von Ideologie, frei von Zwang und vor allem frei von Zensur.

Wenn Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft auch als Land des Tourismus haben will, dann gehört dazu auch die Pflege und Bewahrung der Kulturschätze, der Denkmäler, Museen und Theater und des mecklenburgischen und vorpommerschen Brauchtums. Denkmalpflege, Denkmalschutz und vor allem die Wiederbelebung der herrlichen alten Stadtkerne unseres schönen Landes sind für die Landesregierung wichtige Aufgaben.

Freiheit von Kunst und Kultur heißt aber auch, daß der Staat nicht mehr alles finanzieren darf und schon gar nicht finanzieren kann. Es kann und wird keine „goldenen Zügel“ der Kulturförderung geben. Gerade im Bereich der Kultur sind Initiativen und privates Engagement gefragt.

Natürlich werden wir die freien Künste und Künstler nach besten Kräften unterstützen, ihnen viele Möglichkeiten der öffentlichen Darstellung erschließen. Aber wir halten fest: Wir wollen Qualität statt Quantität.

Diese Politik zum Wohl des Landes kostet Geld. Mecklenburg-Vorpommern ist kein reiches Land. In finanzieller Hinsicht stehen wir vor einem schwierigen Beginn. Am 1. Januar 1991 wird Mecklenburg-Vorpommern auch finanziell souverän. Das Land trägt dann selber die Verantwortung für die Gestaltung seiner Einnahmen und Ausgaben. Damit gewinnt unser Land nicht nur zusätzliche Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Es kommen auch neue Probleme und sicherlich auch schmerzliche Entscheidungsprozesse auf das Parlament zu. Ausdruck dieser Verantwortung wird der Haushaltsplan 1991 sein, der erste Haushalt des neuen Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sind gegenwärtig dabei, „Kassensturz“ zu machen. Die Hypotheken, die uns das alte Regime überlassen hat, sind uns bekannt. Überraschungen gibt es allerdings fast täglich. Allein schon diese Altlasten schränken unseren Finanzierungsspielraum ein und sind ein Hindernis für die zukünftige Entwicklung. Deshalb müssen sie zügig abgebaut und weitere Finanzierungsmöglichkeiten genutzt werden.

Alte, noch offene Rechnungen aus dem ablaufenden Jahr dürfen nicht unsere zukünftige Entwicklung behindern. Wir stehen deshalb mit dem Bund in Verhandlungen, daß er den Finanzbedarf aus dem Jahr 1990 vollständig übernimmt und abwickelt.

Wir müssen auch eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen suchen. Kombinierte Finanzierungsmodelle sind notwendig, wobei der Förderung freier Träger durch die Landesregierung ein besonderes Augenmerk geschenkt werden wird. Nur so haben wir die erforderlichen Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums in Mecklenburg-Vorpommern und zur Finanzierung zukunftsgestaltender Aufgaben.

Den Haushaltsplan-Entwurf 1991 werden wir noch in diesem Jahr im Kabinett beraten, damit Anfang 1991 ein präziser Rahmen für die dann erforderliche vorläufige Haushaltsführung vorliegt.

Dieser erste Haushaltsplan-Entwurf, der zur Zeit intensiv vorbereitet wird, muß sich noch auf die in der gegenwärtigen Situation unabwendbaren Ausgaben beschränken. Er soll zunächst einmal die Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Landes zu Beginn des nächsten Jahres sichern.

Auf dieser Grundlage wird es uns möglich sein, im Frühjahr 1991 einen ersten Nachtragshaushalt vorzulegen, der unser Regierungsprogramm noch deutlicher widerspiegeln wird.

Haupteinnahmequellen des Landes sind 1991 die Steuereinnahmen und die Zuweisungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“. Die Einnahmen aus dem Fonds sollen nach dem ersten Staatsvertrag in den folgenden Jahren schrittweise zurückgehen, und zwar von 2,1 Milliarden DM 1991 auf 600 Millionen DM im Jahre 1994. Über diese Abstufung und über das Fondsvolumen muß neu verhandelt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ein weiterer Ansatz für die Verbesserung unserer Finanzen liegt bei den Steuereinnahmen. Ich denke dabei nicht an die Erhöhung von Steuern. Vorrangiges Ziel wird es für uns sein, die Erhebung der Steuern nach dem geltenden Recht sicherzustellen. Das heißt, wir werden schnellstens eine effektive Steuerverwaltung aufbauen und dafür sorgen, daß die Finanzämter unseres Landes adäquate Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Der aufgeblähte Verwaltungsapparat wird abgebaut werden müssen, damit auch bei steigenden Löhnen und Gehältern der Personalkostenanteil auf die Marke von 40 Prozent fällt. Das wird natürlich mit Augenmaß und unter Vermeidung sozialer Härtefälle geschehen.

Ebenso wie bei der Bewältigung der Altlasten werden wir für die Finanzierung der zukunftsweisenden Aufgaben die Solidargemeinschaft unseres föderativen Systems benötigen. Das Grundgesetz kennt verschiedene Wege, um finanz- und leistungsschwachen Ländern zu helfen. Zum einen gibt es den horizontalen Finanzausgleich oder Länderfinanzausgleich, in dem die finanzstarken Länder aus ihren eigenen Mitteln an die finanzschwachen Länder abgeben. Weiterhin wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer nach Maßgabe der Einwohnerzahl verteilt. Die fünf neuen Länder können ihren vollen Anteil erst ab 1995 erhalten.

Die derzeitigen Einschränkungen beim Länderfinanzausgleich und bei der Verteilung der Umsatzsteuer sind nicht mehr gerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß der Wirtschaftsaufschwung in den Altbundesländern auch auf die Nachfrage der Menschen in unserem Land und in den anderen neuen Bundesländern zurückzuführen ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bundesbank, führende Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung schätzen diesen zusätzlichen Wachstumsschub für das Sozialprodukt und für die Steuereinnahmen auf 0,5 bis 1 Prozent.

Unser Bestreben wird es also sein, durch sofortige Verhandlungen das Volumen des Fonds „Deutsche Einheit“, der kein ausreichender Ersatz für die fehlenden Finanzausgleichsinstrumente ist, zu erhöhen. Wir werden uns gleichzeitig darum bemühen, den Wartezeitraum bis zur vollen Geltung der verfassungsrechtlich vorgesehenen Finanzausgleichsregelungen zu verkürzen.

Ein weiteres wichtiges Ziel wird es sein, den Mitfinanzierungsanteil des Landes und unserer Kommunen bei den Gemeinschaftsaufgaben und den Misch-

finanzierungen auf ein Maß zu verringern, das der geringen Finanzkraft unseres Landes Rechnung trägt. Es können nicht die gleichen Anteile wie in den alten Bundesländern zugrunde gelegt werden.

Ich begrüße die Bereitschaft des Bundes, in den nächsten drei Jahren jeweils 1,5 Milliarden DM in den neuen Ländern für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bereitzustellen. Der vorgesehene Mitfinanzierungsanteil des Landes Mecklenburg-Vorpommern von rund 200 Millionen DM übersteigt aber die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes.

Finanzpolitik für das Land schließt naturgemäß die Finanzpolitik für die Gemeinden mit ein. Auch die Gemeinden werden ab 1991 eigenverantwortlich für ihre kommunalen Haushalte sein. Sie müssen dann sehr sorgfältig abwägen, welche Ausgaben in ihren Einnahmerahmen passen. Einem Mehr an vielleicht wünschenswerten Ausgaben muß ein Mehr an Einnahmen gegenüberstehen. Der Landeshaushalt kann nicht die Quelle für zusätzliche Mittel der Gemeinden sein.

Deshalb werden die Gemeinden – ebenso wie das Land – auf der Ausgabenseite Disziplin wahren und Schwerpunkte setzen müssen. Auf der Einnahmeseite müssen vorhandene Spielräume für die Bemessung von Gebühren, Beiträgen und gemeindlichen Steuern voll ausgeschöpft werden. Die Problematik der kommunalen Haushalte läßt es angeraten erscheinen, den Kommunen Hilfestellung zu leisten mit Informationen und Hinweisen, Anregungen und Empfehlungen, ohne in die kommunale Eigenständigkeit eingreifen zu wollen.

Ein bedeutendes Ziel unserer Politik wird es sein, das wirtschaftliche Wachstum anzuschieben. Hierfür sind noch vorhandene vermögensrechtliche Hemmnisse und Erschwernisse zu beseitigen.

Deshalb appelliere ich an die zuständigen Bereiche der Kommunen und der Liegenschaftsverwaltungen, die im Gesetz über besondere Investitionen im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag vorgesehenen Regelungen der uneingeschränkten Zurverfügungstellung von Grundstücken und Gebäuden, die ehemals in Volkseigentum standen, zügig zu nutzen. Hier darf es keine weiteren Verzögerungen geben.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Einer der ersten Beschlüsse meines Kabinetts war die Festlegung der Organisationsstruktur der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen. Es ist das politische Ziel meiner Regierungsarbeit, allen Bürgern die Vermögenswerte zurückzugeben, die ihnen vom SED-Regime rechtsstaatswidrig entzogen worden sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Außerdem müssen vermögensrechtliche Ansprüche von grundsätzlich allen Bürgern und Vereinigungen, die verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen durch Zwangsverkäufe, Enteignungen oder auf andere Weise verloren haben, schnellstens abgewickelt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Regierungsarbeit ist die rasche Durchsetzung des Kommunalvermögens-

gesetzes. Der Eigentumsanspruch der Gemeinden, Städte und Landkreise auf früheres Volkseigentum ist klar definiert. In Zusammenarbeit mit der Treuhand wird sich meine Regierung intensiv dafür einsetzen, noch bestehende Hemmnisse bei der Eigentumsüberführung schnellstens auszuräumen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Solche Hemmnisse können übrigens auch zusätzliche Formulare sein.

Priorität muß solches Eigentum haben, das schnell die Arbeitsfähigkeit der Kommunen und die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sichert, der Sicherung und Erweiterung von Arbeitsplätzen dient. In diesem Sinne werden wir natürlich auch das Eigentum des Landes verwerten.

Meine Damen und Herren! Dazu brauchen wir natürlich neue gesetzliche Grundlagen. Wesentliches Ziel der Rechtspolitik muß es sein, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu stärken. Recht sichert die neugewonnene Freiheit. Der Staat darf keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß er fähig und bereit ist, seine Bürger vor Übergriffen zu schützen und die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze mit Besonnenheit, aber auch mit Entschlossenheit durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine der vorrangigsten Aufgaben der Rechtspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist der Aufbau einer unabhängigen Rechtspflege. Der Maßstab hierfür ist die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehört die Zulassung einer freien Anwaltschaft.

Ein umfassender Rechtsschutz ist sicherzustellen. Deshalb ist bei der Neuordnung der Gerichte eine Aufgliederung in die Ordentliche Gerichtsbarkeit mit den Zweigen der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, Arbeitsgerichtsbarkeit sowie der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit unerläßlich.

Gericht und Justizvollzug der ehemaligen DDR waren bis zur Wende bewußt eingesetzte Instrumente der SED-Gewaltherrschaft.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Eine unkritische Übernahme der in diesem Bereich Tätigen für Aufgaben einer unabhängigen, nur Recht und Gesetz, nicht den Weisungen einer Partei verpflichteten rechtsprechenden Gewalt scheidet von vornherein aus. Mit der Entpflichtung der Präsidenten der Bezirksgerichte und der Kreisgerichte, ihrer Vizepräsidenten sowie der leitenden Bezirksstaatsanwälte wurde ein Zeichen gesetzt. Die Repräsentanten der alten willfährigen Justiz sind ihres Amtes enthoben.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Durch die Einsetzung erfahrener Richter aus den westlichen Bundesländern ist ein Neuanfang gemacht worden, der auch von der Bevölkerung als positives Signal gewertet wird.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen volles Vertrauen in eine nur an Recht und Gesetz gebundene unabhängige rechtsprechende Gewalt setzen können. Dies ist möglich, wenn auf die Auswahl

der Richter und Staatsanwälte ein Höchstmaß an Sorgfalt verwendet wird.

Der vom Justizminister inzwischen eingesetzte Beirat, dem integre und erfahrene Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Verwaltungsbeamte aus den westlichen Bundesländern angehören, ist diesem Ziel verpflichtet. Er wird zunächst die richterlichen Mitglieder der Richterwahlausschüsse und die staatsanwaltlichen Mitglieder der Staatsanwaltsberufungsausschüsse überprüfen. Dabei wird er unter Einbeziehung aller ihm zugänglichen Informationen darauf achten, daß nur solche Persönlichkeiten an der Auswahl von Richtern und Staatsanwälten beteiligt werden, deren rechtsstaatliche Grundüberzeugung nicht in Zweifel gezogen werden kann. Gerade in dem sensiblen Bereich der unabhängigen Gerichtsbarkeit muß sich der freiheitliche Rechtsstaat bewähren.

Sodann wird der Beirat die übrigen Richter und Staatsanwälte, die dem Rechtsstaat in Mecklenburg-Vorpommern dienen wollen, überprüfen. Der Justizminister wird den Richterwahlausschüssen und den Staatsanwaltsberufungsausschüssen mit seiner Stellungnahme das Ergebnis der Ermittlungen zukommen lassen.

Die nach dem Einigungsvertrag mögliche Überprüfung von Urteilen aus der früheren DDR muß zügig durchgeführt werden. Ein aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzter Ausschuß zur Überprüfung von Strafurteilen hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Die Rehabilitierung Unschuldiger und die Anwendung gerechter Strafmaße wird ein düsteres Kapitel der früheren Willkürjustiz abschließen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Schulen können durch Rechtskundeunterricht zur Bildung eines rechtsstaatlichen Bewußtseins beitragen. Inhalte des Unterrichts müssen die Information über die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien und die Freiheitsrechte, aber auch die Pflichten des mündigen Staatsbürgers sein. Der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtete Richter und Staatsanwälte und Notare sollen nach Möglichkeit den Unterricht übernehmen. Auf diese Weise wird der enge Bezug zur lebendigen Rechtspraxis gewährleistet.

An der Erarbeitung der Landesverfassung wird die Landesregierung aktiv und konstruktiv mitwirken. Ziel sollte die möglichst schnelle Verabschiedung der Verfassung sein. Sie muß das stabile Fundament für das Handeln der Verfassungsorgane sein.

Meine Damen und Herren! Wir sind zur Zeit vollauf damit beschäftigt, die einzelnen Ministerien personell und sächlich arbeitsfähig zu machen. Dies muß, trotz aller Ungeduld, jetzt gegenüber Sachfragen noch Vorrang haben. Denn ohne eine funktionierende Landesverwaltung kann das Land nicht ordentlich regiert werden.

Leider haben auch hier die letzten vierzig Jahre nicht viel mehr als einen durch und durch mit SED-Leuten und mit Stasi-Spitzeln durchsetzten Apparat hinterlassen. Gegenseitiges Mißtrauen, Bürokratenmief, fachliche Inkompetenz und Duckmäusertum waren überwiegend das Kennzeichen dieses zentralistisch geführten Staatsapparates. Wir werden alles daranset-

zen, so schnell wie möglich eine Landesverwaltung aufzubauen, in der ausschließlich Fachkompetenz und persönliche Integrität, demokratische Gesinnung und Loyalität gegenüber Parlament und Regierung zählen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der öffentliche Dienst wird dabei allen offenstehen, die die bundesweit geltenden Voraussetzungen dafür erfüllen und die bereit sind, beim Aufbau des Landes zu helfen. Dies gilt in besonderer Weise für Bewerber aus Mecklenburg-Vorpommern selbst.

Aber ich sage es ebenso deutlich: Wer für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet hat, wer herausgehobene Funktionen in der SED hatte, wer in Amtsmißbrauch oder Korruption verwickelt war oder ist, oder wer gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, der ist als Bediensteter der öffentlichen Verwaltung nicht tragbar.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Um solche Fälle ohne Rücksicht aufklären zu können, um offenkundig noch immer vorhandene Seilschaften zu entdecken und aufzulösen, hat die Landesregierung beschlossen, eine unabhängige Personalkommission zu bilden und ihr den Auftrag zu erteilen, die gesamte Landesverwaltung Person für Person zu überprüfen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen nach diesen vierzig Jahren in vielerlei Hinsicht vor einem Neubeginn. Wir bekennen uns nachdrücklich zum Rechtsstaat, aber wir haben bei weitem noch nicht die dafür notwendigen Rechtsvorschriften. Dies gilt besonders für den gesamten inneren Bereich.

Es fehlt nahezu an allem, am Landesbeamtenrecht ebenso wie an Verwaltungsverfahrensgesetzen, an einer Landesbauordnung ebenso wie an einem Finanzausgleichsgesetz, einem Kommunalabgabengesetz oder einem Brandschutzgesetz.

Wir brauchen diese Rechtsvorschriften alle gleichzeitig und wissen doch, daß ein solches Pensum weder von unserer personell noch längst nicht vollständigen Verwaltung noch von Ihnen, vom Landtag, zu schaffen ist.

Ich appelliere deshalb an Sie alle hier im Hohen Hause und auch an alle Bürger außerhalb dieses Hauses: Haben Sie mit uns auch ein wenig Geduld. Was in vierzig Jahren abgetötet wurde, kann nicht in wenigen Wochen wieder zum Leben erweckt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vieles wird jedoch unverzüglich auf den Weg gebracht. Im Vordergrund stehen dabei Vorschriften, die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unerlässlich sind, sowie jene, mit denen Investitionen und Arbeitsplätze verbunden sind, mit denen es vor allem den Kommunen ermöglicht wird, in rechtsstaatlich einwandfreier Weise sich die notwendigen Einnahmen zu verschaffen.

Besonders wichtig sind uns auch die Regelungen, mit denen die Voraussetzungen für die Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht geschaffen werden. Hier werden wir auch über den Bundesrat an den Bund herantreten und auf rasches Handeln drängen. Ich

freue mich besonders darüber, daß bei uns die kommunale Selbstverwaltung wieder die Bedeutung erlangt, die ihr zusteht und die für das Wohl unserer Bürger unerläßlich ist. Sie ist das eigentliche Bollwerk gegen zentrale Kommandowirtschaft mit all ihren schlimmen Folgen.

Die von mir geführte Landesregierung wird deshalb alles daran setzen, die Selbstverwaltungskraft des kommunalen Bereichs zu stärken, wo immer es geht. Neuen Zentralismus wird es nicht geben.

Die gegenwärtige Verwaltung unserer Kommunen bietet leider Anlaß zu großer Sorge. Unsere Gemeinden und Kreise haben es seit der Kommunalwahl vor einem halben Jahr nicht leicht gehabt. Sie mußten sich von heute auf morgen auf die neue Situation einrichten und waren dabei ganz allein auf sich gestellt. Während in Berlin – ich war nicht ganz unschuldig – geradezu hektisch Gesetz für Gesetz beschlossen wurde, mußten in den Gemeinden und Kreisen diese Regelungen Tag für Tag und fast ohne jede fachliche Hilfe praktisch umgesetzt werden. Die Kommunen haben die Belastungen, die mit der Einführung von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwangsläufig verbunden waren, in besonderer Weise tragen müssen und getragen. Dafür danke ich auch an dieser Stelle allen, die beteiligt waren: Bürgermeister, Landräten und allen Angestellten. Lassen Sie uns diese fruchtbare Zusammenarbeit fortsetzen.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der LL/PDS)

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehören eine ausreichende Verwaltungskraft und Finanzausstattung. Viele kleine Gemeinden sehen sich dazu nicht ausreichend in der Lage.

Wichtig ist deshalb schon heute, daß unsere Gemeinden bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die über die eigenen Grenzen hinaus wirken, enger als bisher zusammenarbeiten, etwa in Form von Nachbaraussschüssen, von Verwaltungsgemeinschaften oder von Zweckverbänden. Im Sinne derartiger kommunaler Selbstbestrebung und Selbstverwirklichung kann auch die Bildung von Landschaften angestrebt werden. Die Landesregierung wird solche von der kommunalen Basis angestrebten Zusammenschlüsse stets fördern.

Ein besonders sensibler Bereich ist die Polizei, eine Nahtstelle zwischen Staatsgewalt und Bürger. Hier zeigt jeder Staat – ob er es will oder nicht – sein wahres Gesicht. So sind denn auch die vergangenen vierzig Jahre nicht spurlos an der Polizei vorübergegangen. Die Neugliederung der Polizei ist deshalb eine der vorrangigsten Aufgaben in den vor uns liegenden Wochen. Diese Aufgabe gehört seit dem 3. Oktober in die Zuständigkeit des Landes.

Unser Land braucht eine Polizei, die sich unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung besonders verpflichtet fühlt, die sich aktiv zu unseren Grundwerten bekennt.

Ich kündige deshalb hiermit an, daß die von mir geführte Landesregierung die Polizei auf ihre Loyalität gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat überprüfen wird. Dies gilt vor allem für die Polizeiführung. Sie muß untadelig sein. Die ersten Entlassungen mußten

deshalb vom Innenminister bereits vorgenommen werden. Weitere werden folgen müssen.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Umgekehrt fordere ich jeden Polizeibediensteten, der sich bisher nichts zuschulden kommen ließ, auf, am Neuaufbau der Polizei aktiv teilzunehmen. Wir brauchen jeden loyalen und befähigten Polizeibeamten.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Wichtig erscheint mir gerade in diesem Zusammenhang besonders die Ausbildung und ständige Fortbildung der Polizei. Hier müssen Lehrer und Ausbilder gewonnen werden, die sich dem Geist von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders verpflichtet fühlen.

Als sichtbares Zeichen des Neubeginns unserer Landespolizei werden wir unverzüglich ein Programm der völligen Neuausrüstung in die Wege leiten. Das soll von der Neueinkleidung über neue Symbole bis hin zu neuen Fahrzeugen und Verteidigungsmitteln gehen. Bereits in der Ausrüstung, im äußeren Erscheinungsbild der Polizei, muß deutlich werden, daß mit der Polizei der Staat als Helfer, als Partner des Bürgers und nicht als sein Gegner auftritt.

Mit der Freiheit kam auch die Freiheit zu mehr und neuer Kriminalität. Gewalt bei Sportveranstaltungen, Suchtmittelmißbrauch und auch Banküberfälle gehören dazu. Noch besteht kein Grund zu größerer Sorge. Der schmale Grat zwischen der Gewährleistung persönlicher Freiheit und öffentlicher Sicherheit und Ordnung wird jedoch sichtbar.

Demokratie und Freiheit sind nur dann dauerhaft, wenn sie sich in angemessener Weise gegen die Feinde der Verfassung zu wehren vermögen. Aus diesem Grunde haben sowohl der Bund als auch die Bundesländer Verfassungsschutzämter eingerichtet. In Mecklenburg-Vorpommern ist ebenfalls ein solches Amt vorgesehen. Wir brauchen es. Wir müssen vierzig Jahre SED-Herrschaft und Staatssicherheitsdienst vollständig überwinden.

Vor allem wegen zahlreicher sich bis heute hinter den Kulissen abspielender Untergrundaktivitäten alter Seilschaften kann die Landesregierung auf ein solches Amt nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden den Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern behutsam aufbauen, ihn auf eine saubere rechtliche Grundlage stellen, ihm die notwendigen parlamentarischen Kontrollorgane zuordnen und ihm eine untadelige Führung geben.

Sobald wir dazu in der Lage sind, werden wir dem Parlament regelmäßig einen Verfassungsschutzbericht vorlegen.

Meine Damen und Herren! Unser Land steht am Anfang einer baulichen Entwicklung in Städten und Gemeinden. Unser Ziel, Mecklenburg-Vorpommern in wenigen Jahren zu einem blühenden Gemeinwesen zu entwickeln, bezieht sich besonders auf infrastrukturelle Leitziele, wobei dem Städtebau eine besondere Bedeutung zukommt.

In diesem Zusammenhang – und das möchte ich besonders betonen – muß es allerdings unser besonderes Ziel sein, bei aller Notwendigkeit der Einhaltung von Rechtsvorschriften, von Raumordnungs-, Landesplanungs- und Umweltschutzvorstellungen die einzelnen Verfahren so straff und zügig, so einfach wie möglich durchzuführen, damit die geplanten Vorhaben auch tatsächlich schnell in Gang kommen können, damit private oder öffentliche Initiativen nicht erstickt werden. Ich werde mein persönliches Augenmerk darauf richten, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht durch unnötige Bürokratie behindert wird.

Um den Prozeß der baulichen Entwicklung zügig voranzutreiben, wird die Landesregierung vor allem im Wege der vorausgehenden Beratung Möglichkeiten für eine schnelle Verwirklichung der Vorhaben aufzeigen. Dieser jetzt nach und nach anlaufende Prozeß muß künftig weiter verstärkt und – soweit rechtlich irgendwie möglich – auch vereinfacht werden. Dazu gehört auch, daß es gelingt, die erforderlichen Planunterlagen durch eine umfassende Neuorientierung und eine angemessene Personalausstattung der Vermessungs- und Katasterverwaltung kurzfristig zu erstellen.

Mit der Erhaltung alter städtischer Bausubstanz und Strukturen ist humanes Leben, mit der Schaffung von ausreichendem Wohnraum sind Arbeitsplätze, ist Lebensstandard unmittelbar verbunden. Ich werde alles dafür tun, daß so schnell wie möglich Schluß ist mit dem Verfall unserer Städte und Dörfer, mit Wohnungsnot, mit beengten Wohnverhältnissen, auch mit der Plattenbauweise in gleichförmigen Wohnsilos ganzer Trabantenstädte.

Wir wollen, daß jeder so bald wie möglich in angemessener Weise seine eigenen vier Wände hat. Die Förderung von Privateigentum liegt uns auch hier besonders am Herzen. Beim Wohnungs- und Städtebau sind wir besonders auf die Finanzhilfen des Bundes angewiesen. Ich möchte, daß wir uns an allen vom Bund angebotenen Förderprogrammen beteiligen und die dazu erforderlichen Ergänzungsmittel aus dem Landeshaushalt aufbringen. Soweit eigene Haushaltsmittel dafür nicht ausreichen, werden wir den Bund bitten, uns auch hier entgegenzukommen, und wir baten bisher nicht vergeblich. Ich weiß, daß die Bundesregierung uns gerade in diesem Bereich abgeschlossen gegenübersteht.

Unsere Kommunen fordern wir auf, schon jetzt die notwendigen Planungen voranzutreiben, damit die Arbeiten schnell beginnen können. Wir werden uns darum bemühen, bereits im Landeshaushalt 1991 besondere Mittel zur Unterstützung der Planungsarbeiten bereitzustellen.

Auch im Hinblick auf den dramatischen Wohnraum-mangel bin ich fest davon überzeugt, daß es uns bald gelingen wird, ihn zu beseitigen, ohne die herrliche Landschaft Mecklenburg-Vorpommern zu zersiedeln. Hier werden die Förderungsinstrumente in unserem Land in absehbarer Zeit greifen. Viel zu lange schon ist gerade hier gesündigt worden. Die Folgen liegen offen zutage.

Mieten müssen grundsätzlich kostendeckend sein. Wer das nicht will, der muß dem Steuerzahler erklären, von wem der Unterschuß getragen werden soll. Den-

noch muß sich niemand sorgen. Der Angleichungsprozeß in Richtung Kostenmieten wird behutsam vor sich gehen und sich vor allem den Einkommensverhältnissen anpassen. Wer genug Einkommen hat, mag sich schon jetzt auf dem freien Markt umsehen. Dort wird es bald auffällige Zuwächse geben. Für diejenigen, die in ihrem Einkommen nicht so gutgestellt sind, werden wir mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten den sozialen Wohnungsbau mit den dazugehörigen Sozialmieten vorantreiben. Das Instrumentarium des Wohngeldes erlaubt auch hier einen behutsamen Anpassungsprozeß im Mietzinsniveau.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß nicht bloß Zuwachs und Qualität verbessert werden, sondern daß man den Umgang mit Wohnraum auch kostenbewußter handhabt. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß noch immer so verschwenderisch mit Strom, Heizung und Wasser umgegangen wird. Auch hier wird die Landesregierung versuchen, mit gezielten Kontroll- und Förderungsinstrumenten diesem Zustand entgegenzuwirken.

Last, but not least, noch ein Wort zu den Medien: Wir wünschen uns kritische Begleitung durch die sogenannte vierte Gewalt im Staate, die Presse. Ich freue mich, daß wir endlich eine freie Presse haben, die nicht von oben gesagt bekommt, was sie schreiben darf, sondern tatsächlich meinungsbildend tätig ist. Die Landesregierung verschmäht Hofberichterstattung und Gefälligkeitsjournalismus, und ich wünsche mir, daß sich jeder Bürger unseres Landes umfassend informieren kann über alles, was ihn interessiert. Ich kann nur hoffen, daß wir die breite Palette im Printmedienbereich behalten, wenngleich ich mit Sorge Konzentrationsprozesse beobachte.

(Beifall bei Dr. Harald Ringstorff und Dr. Gottfried Timm, beide SPD)

Bei Hörfunk und Fernsehen wird sich einiges ändern müssen: Nach der Maßgabe des Ländereinführungsgesetzes und des Einigungsvertrages wird auch unser Land dem Vorbild der Rundfunkordnung in den alten Bundesländern folgen. Hörfunk und Fernsehen sind danach zusammenzuführen und einheitlich zu leiten. Allerdings ist es wirtschaftlich nicht verantwortbar, eine eigene Landesrundfunkanstalt für Mecklenburg-Vorpommern zu bilden. Wir sind also auf Partnersuche. Klar: Zum Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks bestehen viele enge Beziehungen in Kultur, Natur, Sprache und Geschichte. Aber auch eine Kooperation mit unseren Nachbarländern im Süden, die ja ebenfalls den Rundfunk neu zu ordnen haben, ist denkbar. Wir müssen noch viele Gespräche führen, das Für und Wider abwägen, ehe wir uns entscheiden. Neben der ARD soll aber auch das Zweite Deutsche Fernsehen flächendeckend zu empfangen sein, und wir erwarten, daß wir so behandelt werden wie die übrigen Bundesländer auch, daß also ein ZDF-Landesstudio gegründet wird.

Aber wir wollen nicht nur öffentlich-rechtlichen, sondern auch privaten Anbietern von Hörfunk und Fernsehen Sendemöglichkeiten bieten und schnellstens für Lizenzen und Frequenzen sorgen.

Es brechen also neue Zeiten an hier in Mecklenburg-Vorpommern. Der unerträgliche Dirigismus der letzten Jahrzehnte durch die SED, das Zujubeln für

eine Partei haben ein Ende. Sicher wird uns nicht immer gefallen, was über uns geschrieben, gesagt und gezeigt wird. Das gehört zu einer freien Medienlandschaft. Aber ich will Sie an den journalistischen Ehrenkodex erinnern und appelliere an die Presse: Seien Sie fair und anerkennen Sie das Prinzip der Ausgewogenheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen persönlich gehaltenen Bemerkungen abschließen. Ich halte es für unerlässlich, daß jeder die neue politische Freiheit auch als eine persönliche Verpflichtung begreift, als eine Herausforderung zu eigener Leistung. Nur so können wir Selbstachtung gewinnen und erhalten. Auch für unser Verhältnis in und zum Bund muß gelten, daß zunächst die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit erreicht sein müssen, ehe Hilfe gefordert werden kann und darf.

Ich bitte Sie, besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft und auf gute Traditionen. Im Jahre 995 wurde Michelenburg – Mecklenburg – erstmals urkundlich erwähnt. Die Tausendjahrfeier im Jahre 1995 sollte für unser nun größeres gesamtes Land ein Zielpunkt sein. Bis dahin wollen wir Mecklenburg-Vorpommern so verändert haben, daß wir Vergleichen mit den alten Bundesländern standhalten. Bis dahin wollen wir unsere Heimat zu einem soliden, sauberen, sozial sicheren und selbstbewußten Land umgestaltet haben.

Meine Damen und Herren! Ich erhielt vor einigen Wochen – in der Anfangszeit meiner Regierung – ein symbolträchtiges Geschenk. Ich wünschte mir, daß dieser Tappen (das Geschenk hochhaltend) länger sei, daß er einen Ring bilden würde und daß an diesem Ring alle Bürger in diesem Land anfassen könnten – getreu dem Spruch, den mir die Industrie- und Handelskammern von Neubrandenburg, Rostock und Schwerin eingravieren ließen:

„Mit dissn Strick trecken wi uns tausamen ut'n Dreck.“

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Rainer Prachtl: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete und Oppositionsführer Dr. Ringstorff von der SPD-Fraktion.

Dr. Harald Ringstorff SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist für Mecklenburg-Vorpommern ein denkwürdiger Tag. Wir haben heute die erste Regierungserklärung eines frei gewählten Ministerpräsidenten nach über siebenundfünfzig Jahren gehört. Wir wollen in dieser Stunde auch an die Menschen zurückdenken, die in den vergangenen Jahrzehnten gelitten haben, die zu Unrecht verfolgt wurden, die Widerstand leisteten und Repressalien auf sich genommen haben. Sie haben den Grundstein dafür gelegt, daß wir im vergangenen Herbst Mut faßten und uns zu unserem Wunsch nach Freiheit bekannten.

Oft ist seither von der „friedlichen Revolution“ und von der „Selbstbefreiung“ gesprochen worden. Aber machen wir uns nichts vor: Diese SED hätte uns nach chinesischem Vorbild zusammenschießen lassen, Konzentrationslager waren schon vorbereitet, und wir

stünden heute nicht hier, wenn nicht der Mann, der in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhält, den Mut gehabt hätte, seine Soldaten in den Kasernen zu belassen, und damit dem verbrecherischen SED-System die Rückendeckung zu versagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Dieser Mann, Michail Gorbatschow, steht in einer verzweifelten Situation. Er hat das Erbe einer totalen Mißwirtschaft zu verwalten und hat, da es keine halbe Freiheit gibt, mit viel Opposition und Kritik im eigenen Land zu kämpfen. Gerade wir Deutschen haben ihm und den Kräften, die ihn tragen, viel zu verdanken. Er kann sicher sein, daß wir historisch denken und für seine Tat Dank empfinden, daß wir ihn nach besten Kräften unterstützen werden. Wir sollten gemeinsam trotz aller Schwierigkeiten in unserem eigenen Land uns den Solidaritätsaktionen für das von Hungersnot bedrohte Land Gorbatschows anschließen. Wir sind ja schon dabei, das zu tun.

Der gleiche Dank gebührt dem kleinen ungarischen Volk, das als erstes in sehr kritischer Situation durch einen mutigen Schritt vielen unserer Landsleute einen Weg in die Freiheit geöffnet hat.

Ich denke auch mit Wärme an unser polnisches Nachbarvolk, das sich vor uns befreit hat und das, wie wir wissen, mit ganz anderen existentiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als wir es tun müssen.

Wir Deutsche können uns in einem einigen Vaterland gegenseitig helfen. Wir müssen auch in unserem Bundesland jenen entschlossen entgegentreten, die jetzt mit der DM in der Tasche hier und im Ausland deutsche Überlegenheit demonstrieren möchten.

Es ist mir ein Bedürfnis, in dieser Stunde über alle Zwistigkeiten von Wahlkämpfen hinweg den Kräften im Neuen Forum und im Bündnis 90, aber auch vielen in CDU und F.D.P. die Hände zu reichen, die damals Seite an Seite mit uns auf der Straße waren, und ich schließe auch viele einfache, von ihren Funktionären betrogene SED-Mitglieder nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht bereit, diese Solidarität, die ich in den damaligen Demonstrationstagen in gemeinsamer Überwindung von Angst empfunden habe, preiszugeben. Ich versichere Ihnen, daß völlig unabhängig von tagespolitischen Konflikten und Verwerfungen diese von mir beschriebene Solidarität der Demokraten ein Wert ist, den wir bewahren sollten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Herr Ministerpräsident Gomolka, ich werde, wie es die Aufgabe eines Oppositionsführers ist, Ihr tagespolitisches Vorgehen oft kritisieren. Ich werde Ihnen Fehler vorhalten, wie Sie es mit uns tun werden. Aber lassen Sie uns über einen fairen Streit, über Sachfragen diese von mir eben beschriebene Brücke, die uns scharf von der Nachfolgerin der SED, der PDS, trennen sollte, nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Sie haben in einem DLF-Interview am 2. November gesagt: „Ich will Entscheidungen mit der Opposition vorbereiten“, und in Ihrer Regierungserklärung spre-

chen Sie davon, daß wir zusammen in dieselbe Richtung starten müssen.

Ich sage noch einmal, wir würden einen Dialog der demokratischen Parteien begrüßen, ja wir halten ihn im Interesse der Menschen und unseres Landes und angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die vor uns stehen, für unabdingbar.

Leider hat es aber den Anschein, daß Teile Ihrer Fraktion oder der Regierung anders darüber denken.

Wir befürchten, daß sich die Kräfte durchsetzen wollen, die die in früheren Zeiten von der SED als Staatspartei gestellte Machtfrage nun ihrerseits stellen, obwohl es eigentlich gilt, den Dialog der demokratischen Kräfte zu erhalten, der ja ein Ergebnis der friedlichen Wende war.

Diese Atmosphäre des Dialogs, die einen sachlichen Meinungsstreit selbstverständlich nicht ausschließt, finden wir zur Zeit im Ältestenrat, und ich möchte ausdrücklich dem Präsidenten, Herrn Prachtl, dafür danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bin mir sicher, daß Sie, Herr Präsident, auch weiterhin dafür ein Garant sein werden.

Mehr als schlechter Stil der Regierung ist es allerdings, sich für die Regierungserklärung sechs Wochen Zeit zu nehmen und sie der Opposition erst kurz vor der Aussprache zur Verfügung zu stellen.

Würde man nicht in Rechnung stellen, daß sich Ihre Ministerien erst im Aufbau befinden, könnte man dieses Vorgehen schlichtweg als Arroganz der Macht deuten, und ich appelliere noch einmal an Sie, Herr Ministerpräsident, im Interesse des Landes zukünftig anders zu handeln. Ihr persönliches Zugeständnis, die Regierungserklärung um einen Tag zu verschieben, um damit der Opposition wenigstens 24 Stunden Zeit zu geben, sich auf die Debatte vorzubereiten, sehe ich als einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Statt einer Provinz von Berlins Gnaden ist nun ein selbständiges Land Mecklenburg-Vorpommern entstanden, das im Bund mit anderen deutschen Ländern unsere Bundesrepublik Deutschland bildet. Für viele von uns heißt das umlernen, es heißt eigene Verantwortung und Rechte wahrzunehmen. Es heißt auch, Pflichten zu erfüllen, bei denen bisher andere einstehen mußten. Dieses Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wollen wir so blühend, so liebenswert für seine Bürgerinnen und Bürger attraktiv machen, wie es in unserer Kraft steht.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen – und ich sage das jetzt nicht aus gewöhnlicher Parteirhetorik –, werden wir alle demokratischen Kräfte unseres Landes zusammenfassen müssen. Lassen Sie mich daher erneut bekräftigen, daß ich aufrichtig bedauere, was bei der Regierungsbildung geschehen ist. Um es klarzustellen: Die Ehre des Kollegen Schulz wird von mir nicht beschnitten werden. Aber ich stelle doch die Frage, ob hier nicht der Wille von über neuntausend Rostocker Wählerinnen und Wählern in sein Gegenteil verkehrt wurde.

(Vizepräsident Dr. Rolf Eggert
übernimmt den Vorsitz)

Zahlreiche Zuschriften aus der Bevölkerung beweisen das. Einer Provokation kommt es gleich, ausgerechnet den Mann zum Bürgerbeauftragten zu ernennen, ihn mit einem hohen Regierungsamt zu belohnen, der den Willen so vieler Bürger gröblichst mißachtet und von dem sich auch das Neue Forum so deutlich distanziert hat.

(Beifall bei der SPD und teilweise
bei der LL/PDS)

Und dies ohne Parteitaktik an die Adresse der CDU, an den Kollegen Gomolka: Schätzen Sie die Probleme und Nöte unseres Landes als nicht so ernst und schwerwiegend ein, daß Sie meinen, auf einer so wackligen und zweifelhaft legitimierten Grundlage arbeiten zu können?

(Beifall bei der SPD)

Und zu allem lassen Sie mich noch eins hinzufügen: Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben uns nicht vom Status einer Provinz Berlins freigemacht, um jetzt Bonner Provinz zu werden.

(Eckhard Rehberg CDU: Pfui! Unterstellung)

Sie wissen, was ich damit sagen will. Es darf nicht sein, daß in unsere Angelegenheiten so massiv hineingeregelt wird, wie es bis heute den Anschein hat.

Im Interesse unseres Landes dürfen Sie nicht am Gängelband von Herrn Krause gehen. Die Auftritte dieses Ministers ohne Geschäftsbereich im Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern lassen Schlimmes ahnen. Unser Land verdient einen starken und selbstbewußten Ministerpräsidenten, der das Zentrum seiner Aufgaben hier sieht.

(Götz Kreuzer LL/PDS: Ruhe im Saal! –
Jürgen Seidel CDU: Herr Kreuzer, früher
konnten Sie sich das erlauben; das ist vorbei!)

Zur Wirtschaftspolitik hat neben dem Bereich Justiz die Regierung eine Konzeption vorgelegt, die wir überwiegend befürworten und mittragen können, ich nenne nur die Punkte landeseigene Wirtschaftsfördereinrichtung, Technologiezentren, Infrastruktur, Bewahrung der traditionellen Partnerschaften, Tourismus, wobei wir allerdings ein waches Auge darauf haben werden, daß es diesbezüglich nicht nur bei Liebeserklärungen an unsere Landschaft bleibt.

Statt der im Bedarfsfall angekündigten unkonventionellen Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft allgemein erwarten wir allerdings schnell die Vorlage konkreter Programme für den Bereich maritime Wirtschaft, für Konversionsstandorte, für den in der Vergangenheit besonders vernachlässigten Landesteil Vorpommern, denn dort besteht konkreter Handlungsbedarf.

Wir erwarten kurzfristig die Anmeldung von Landesprojekten für die Gemeinschaftsaufgaben wie Wirtschaftsförderung einschließlich der Bereiche Tourismus, Landwirtschaft und Umweltschutz beim Bund. Und wir erwarten die Anmeldung von EG-Anpassungsprogrammen für die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft unseres Landes.

Etwas näher eingehen möchte ich doch auf die maritime Wirtschaft, zu der Sie sich kaum geäußert

haben. Ja, Sie scheinen sich um den nordwestlichen Bogen mit Wismar, Rostock und Stralsund überhaupt keine größeren Sorgen zu machen, obwohl es hier – und dies zeigt die Entwicklung in den vergangenen Wochen deutlich – doch erhebliche Probleme geben wird, die nur durch die bis zum Jahresende laufenden Kündigungsschutzabkommen kaschiert werden.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil der Beschäftigten in der Industrie vergleichsweise sehr gering. Er beträgt knapp 25 Prozent aller Beschäftigten. Innerhalb der Industrie besteht wiederum eine überdurchschnittliche Konzentration auf den Schiffbau und die maritime Produktion. Das schafft bei uns im Norden ganz besondere Probleme beim anstehenden Umstrukturierungsprozeß. Und obwohl die maritime Produktion insgesamt für Mecklenburg-Vorpommern unverzichtbar ist und einen industriellen Zukunftssektor darstellen muß, sind viele Arbeitskräfte abzubauen. Man kann nicht allein im Vertrauen auf den Markt versuchen, die Probleme zu lösen. Um eine wirkliche Zukunftsperspektive für diesen Bereich entwickeln zu können, bedarf es einer gesamtdeutschen Konzeption, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, unserer Auffassung nach drängen müssen.

Neben eigenen Anstrengungen in der Deutschen Maschinen- und Schiffbau-AG und im Verein Meerestechnik Schiffbau zur Weiterentwicklung des Produktionsspektrums, zur Modernisierung und Produktionssteigerung im Schiffbau, muß die Landesregierung sich vor allem auch auf sozialem Gebiet in den Umstrukturierungsprozeß einschalten. Das gilt natürlich auch für die Bereiche Hafenwirtschaft und Fischfang. Den Fischern in Mecklenburg-Vorpommern müssen die bisherigen Fangquoten erhalten bleiben, und sie müssen Zugang zu Quoten in bisherigen EG-Meeren bekommen. Im Bereich Hafenwirtschaft muß ein geschlossenes Hafenkonzept entwickelt werden, um unnötige Konkurrenz zu vermeiden.

Der Personalabbau im maritimen Bereich sollte über Abwicklungsgesellschaften zeitlich gestreckt werden, damit genügend Zeit bleibt, regionale Entwicklungskonzeptionen für Wirtschaft und Umwelt zu erarbeiten, die Ersatzarbeitsplätze schaffen.

Das Land muß sich beteiligen an Qualifizierungs-, Innovations- und Beschäftigungsgesellschaften, und eine enge Zusammenarbeit aller relevanten politischen Kräfte zur Lösung der Umstrukturierungsaufgaben ist unbedingt notwendig. Ich nenne neben dem Land und den betroffenen Kommunen vor allem die Gewerkschaften und Unternehmerverbände, aber auch wissenschaftliche Einrichtungen und Umweltverbände.

Unabdingbar für die erfolgreiche Gestaltung dieses Übergangsprozesses ist natürlich die finanzielle Garantie des Bundes für die Abwicklung der bestehenden Aufträge, vor allem für die Sowjetunion, eine weitgehende Entlastung der Betriebe von Altschulden, die Einbeziehung unserer Werften in das Wettbewerbs-hilfsprogramm der Bundesregierung, solange die süd-ostasiatische Konkurrenz staatlich subventioniert wird.

Anmahnen müssen wir, daß in den wirtschaftspolitischen Ausführungen der Regierungserklärung an keiner Stelle Interessen der Arbeitnehmer und die Stellung und Bedeutung der Gewerkschaften genannt werden. Bitte, unterschätzen Sie nicht den Anteil, den

die gesamte Arbeitnehmerschaft bei dem anstehenden Wiederaufbau zu leisten hat. Neben dem zu schaffenden landespolitischen Einfluß auf die Treuhand muß unter anderem auch dort die Vertretung und Mitwirkung der Gewerkschaften gesichert werden.

Die begrüßenswerten Initiativen zur Infrastruktur, beispielsweise im Verkehrswesen, müssen schnell ihren Niederschlag im Bundesverkehrswegeplan finden, und da ist der Norden zur Zeit abgehängt. Wir wollen vor allem der Schiene und dem öffentlichen Personennahverkehr im Interesse unserer Umwelt eine größere Unterstützung gewähren. Der derzeitige Trend zur Straße kann nicht akzeptiert werden, da ein modern entwickeltes Schienenverkehrssystem eindeutige Vorteile bietet bezüglich seiner größeren Umweltverträglichkeit, Transportsicherheit und Energiewirtschaftlichkeit. Auf der Straße sollte nur die Verteilung in der Fläche sowie der Transport von Gütern, die nicht bahnfähig sind, verbleiben.

Dringend erforderlich ist es, ein Raumordnungsgesetz einzubringen und eine Landesentwicklungsgesellschaft zu gründen, denn schon jetzt gibt es spekulative Landkäufe, die spätere Infrastrukturmaßnahmen gewaltig verzögern können. Negative Erfahrungen mit Bodenspekulanten wie in den Altbundesländern sollten hier nicht noch einmal gemacht werden.

(Beifall bei der SPD und teilweise bei der LL/PDS)

Die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern will den Landwirten wieder eine Perspektive geben, das ist tatsächlich eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Wer nun aber eine auf Fakten und Eckzahlen gestützte und an Fristen orientierte Regierungskonzeption erwartet hatte, sieht sich bitter enttäuscht. Die Erklärung erhebt sich kaum über das Niveau verschommener Wahlausagen. Wenn nicht fehlende Kompetenz die Ursache dafür ist, dann liegt die Vermutung nahe, daß die Diktion und der Inhalt der Erklärung unter anderem von agrarpolitischen Zielen der jetzigen konservativen Bundesregierung bestimmt werden, die der Bevölkerung der ostdeutschen Länder noch nicht oder nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen angeboten werden können. Sie bestehen darin, frühere Eigentümer in ihren alten Besitzstand zurückzusetzen, eine unerwünschte potentielle Konkurrenz auszuschalten, die ebenso unerwünschte kooperativen Agrarstrukturen weniger umzuwandeln als vielmehr zu zerstören und sie ebenfalls ideologiebefrachtet durch Familienbetriebe zu ersetzen, was immer man darunter verstehen mag.

Die Regierungserklärung verweist auf die Verworfenheit der Eigentumsverhältnisse und auf das Erfordernis zu deren Neuordnung. Sie verzichtet aber dabei auf einen Anhaltspunkt, der sich in den Aussagen des CDU-Landesvorsitzenden zur bevorstehenden Bundestagswahl beständig wiederholt: die Sicherheit der Bodenreform oder – im Sprachgebrauch des Einigungsvertrages – der besatzungsrechtlichen und besatzungshoheitlichen Enteignungen. Warum wird darauf verzichtet?

Umbruch kann eine Chance sein. Er kann den großzügigen Neubeginn ermöglichen, ohne daß Fehler der Bundesrepublik aus der Nachkriegsentwicklung wiederholt werden müssen. Neubeginn 1990 heißt

auch Zukunftsorientierung der Agrarpolitik an der Europäischen Gemeinschaft und Vorwegnahme unausbleiblicher Entscheidungen, wie sie im Ergebnis der GATT-Verhandlungen bevorstehen. Solches betrachtet die Regierungserklärung nur durch einen Spalt in der Tür, anstatt aktiv agrarpolitische Grundpositionen abzuleiten, die darin bestehen:

Erstens: Mengenstimulierende Agrarsubventionen werden in Zukunft entfallen. Das bedeutet vorrangige Ausrichtung auf Qualität und auf Daseinszwecke des Agrarbereiches.

Zweitens: Die Land- und Forstwirtschaft erhält den Lebensraum unserer Bevölkerung in einer insgesamt industriell dominierten Gesellschaft und wird für ihre dazu erbrachten Leistungen bezahlt werden müssen.

Das heißt zum Beispiel Einkommensausgleich beziehungsweise andere Zweckbestimmungen der auch in Zukunft unverzichtbaren Subventionen, neue Produktionsziele, komplexe Programme für die Entwicklung ländlicher Räume. Alles das fehlt. Es fehlen Aussagen zur integrierten Landwirtschaft, zum ökologischen Landbau, über gezielte Flächenstillungsprogramme, über Extensivierung in der Grünland- und Ackerwirtschaft bei teilweiser Erhaltung intensiver Produktionseinrichtungen.

Der Anbau von Raps erscheint Ihrer Regierung als das bestimmende Produktionsziel im Agrarbereich. Ihre Erklärung macht diese anspruchsvolle, für Norddeutschland besonders geeignete Kulturpflanze zu einem ideologiebehafteten Politikum, denn großflächiger Rapsanbau ist eine entscheidende Voraussetzung für eine ökonomisch und ökologisch sozialverträgliche landwirtschaftliche Produktion.

Es ist kaum glaublich, wie verantwortliche Politiker visionär und populistisch und im übrigen völlig unausgewogen darin fortfahren können, den Raps von einem sicher nicht unwichtigen nachwachsenden Rohstoff zur tragenden Säule der Landwirtschaft, zu ihrem Retter in der Not zu funktionieren. Das wird gefährlich, wenn die ökonomischen Möglichkeiten überschätzt werden und die Risiken des großflächigen, intensiven Anbaus unerwähnt bleiben; ich nenne nur Ertragsrepressionen, hoher Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatz.

Bei dieser Gelegenheit hat die SPD-Fraktion das Bedürfnis, sich nicht den Kritikern der vorliegenden Erklärung an der Kieler Landesregierung über deren Einschätzung zur Bedeutung nachwachsender Rohstoffe anzuschließen. Wir möchten vielmehr dieser Regierung herzlich dafür danken, daß sie die Länderbildung insbesondere im Bereich der Verwaltung und der Agrarpolitik tatkräftig unterstützt.

Das ausgewiesene Produktionsziel erzeugt bei uns die Vorstellung, daß die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern leistungsfähige, intensiv produzierende Marktfruchtbetriebe – vielleicht nach Art der früheren ostelbischen Güter – mit modernster Technik und minimalem Arbeitskräfteeinsatz zur Grundlage ihrer Strukturpolitik macht. Wir können das nur vermuten, denn Ihre strukturpolitischen Auslassungen sind mager und unklar. Sie müssen sich schon äußern, welche Vorstellungen denn tatsächlich bestehen. Alte, erhaltenswerte Strukturen werden erwähnt. Was ist damit gemeint?

Damit meinen Sie doch nicht die bisherigen LPGen und die volkseigenen Güter. Andere Strukturen bestehen aber zur Zeit nicht.

Zu den dringendsten Erwartungen der Menschen auf dem Lande an die Landesregierung gehört eine klare Aussage darüber, was aus eben diesen Strukturen werden soll. Sie müssen sich auch verbindlich über das Schicksal der Einrichtungen im bisherigen Kombinat Industrielle Tierproduktion äußern. Die Bundesregierung hat – wie erwähnt – eine Meinung dazu; aber welche Meinung haben Sie? Wenn die bisher volkseigenen Flächen Ihrer Erklärung gemäß „für die Stärkung neugeschaffener bäuerlicher Betriebe verwendet werden“, dann programmieren Sie für Mecklenburg-Vorpommern das Ende kooperativer Betriebsformen als Nachfolgeeinrichtungen der bisherigen LPG.

Wir anerkennen Ihre Bereitschaft, Investitionen im Agrarbereich zu fördern, und Ihre Ankündigung, Ausfallbürgschaften zu leisten. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Fördermitteln haben wir allerdings einige Bedenken, daß dies mit der notwendigen Konsequenz und Geschwindigkeit erfolgen wird. Im übrigen haben wir in dieser Erklärung auch weitere und noch klarere Aussagen zu Investvorhaben für Vermarktungs- und Verarbeitungsbetriebe für landwirtschaftliche Produkte erwartet. Aussagen über Art, Umfang und Standort vermissen wir ebenfalls.

Wir begrüßen ferner, daß Sie sich sehr schnell unserem Antrag über die Gründung einer Land- und Siedlungsgesellschaft zugewendet haben und daß Ihr Ressortminister bereits in der zurückliegenden Woche Kontakte zu der entsprechenden Einrichtung in Schleswig-Holstein aufgenommen hat. Wir werden Sie bei diesem Vorhaben unterstützen, insbesondere was die Gemeinnützigkeit der Landgesellschaft betrifft.

Es ist jedoch unter aller Kritik, daß sich die Aussage Ihrer Regierung zu den Quoten auch gegenwärtig noch auf die bloße Bereitschaft beschränkt, „verträgliche Regelungen“ – so haben Sie es genannt – zu finden. Die Gründung und Umstrukturierung von Betrieben duldet keinerlei Aufschub bei der Herbeiführung geeigneter Regelungen, die einen spekulativen Umgang mit den Quoten bei Milch und Zuckerrüben ausschließen. Jeder Tag der Verzögerung verschlechtert die Chancen für den Neubeginn.

In einem breit beachteten Zeitungsinterview hat der zuständige Minister kürzlich die Arbeitskräftefreisetzung im Agrarbereich mit 80 bis 90 Prozent quantifiziert. Wir vermissen diese außerordentlich schwerwiegende Aussage in dieser Regierungserklärung und erwarten Ihre Stellungnahme insbesondere dahin gehend, wie diese Arbeitskräfte nun sozialverträglich eingesetzt werden sollen.

Es kann nicht Ihr Ernst sein, bei diesen Größenordnungen – 230 000 Arbeitskräfte – mit – ich zitiere – „Denkmalpflege, Naturschutz, Betreuung von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, Pflege von Grünanlagen, Museums- und Archivarbeiten“ ausgerechnet in ländlichen Räumen ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Vielmehr wären hier großzügige und großflächige Konzepte und Maßnahmen der Dorferneuerung hilfreich, in die Landwirtschaft, Gewerbe, Infrastruktur und Tourismus komplex integriert sind

und die durch sofort zu gründende Entwicklungsgesellschaften zügig vorangebracht werden. Wir haben grundsätzliche Vorstellungen dazu und kennen entsprechende Projekte und sind selbstverständlich im Interesse der Bevölkerung gerade auf diesem Gebiet zur Unterstützung bereit.

Auch für die vorgenannten Aufgaben ist eine leistungsfähige Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft gefordert, die von Ihnen neu aufgebaut werden soll. Wir erwarten bei nächster Gelegenheit eine klare Darstellung dahin gehend, nach welchen Prinzipien und mit welchen Strukturen diese Verwaltung gestaltet werden soll.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß sich in Mecklenburg-Vorpommern die größten und leistungsfähigsten Potentiale der außeruniversitären Agrarforschung auf dem Territorium der ehemaligen DDR konzentrieren. Diesen Einrichtungen, die in Ihrer Erklärung mit keinem Wort erwähnt werden, müssen Sie sich auch in Anbetracht der bestehenden großen Verunsicherungen sehr bald zuwenden.

Abschließend bleibt festzustellen, daß eine Agrarpolitik, die aus Ihrer Regierungserklärung abgeleitet ist, die drängendsten Probleme in Mecklenburg-Vorpommern nicht im Interesse der Landesentwicklung und der hier lebenden Menschen lösen kann. Sie werden die Ergebnisse zu verantworten haben.

Obwohl Mecklenburg und Vorpommern seinen Bewohnern und Gästen noch eine vergleichsweise gesunde Umwelt bietet, gibt es jedoch auch hier zahlreiche Altlasten der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur durch die SED-Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Was das Land vor eingreifenden Planungen benötigt, ist eine gründliche ökologische Analyse als Basis für ein Sanierungsprogramm.

Für ein solches Umweltsanierungsprogramm sind die Finanzierungsmöglichkeiten nachzuweisen. Es sind nach unserer Auffassung folgende Problembereiche in diese ökologische Bestandsaufnahme einzubeziehen: Böden, Wälder, Gewässer, Deponien und wilde Müllkippen, landwirtschaftliche und industrielle Produktionsstätten und auch Militärstandorte.

In einem jährlich zu erstellenden Umweltbericht der Landesregierung ist unter anderem über den sukzessiven Abbau dieser Altlasten zu berichten.

Zur Umweltkontrolle und -überwachung ist in der Regierungserklärung nichts aufgeführt. Diese aber sind notwendig, um Schäden frühzeitig zu erkennen und vorbeugende Maßnahmen ergreifen zu können.

Umweltkontrolle und -überwachung sind auch Grundvoraussetzung zur dringend notwendigen Bekämpfung von Umweltkriminalität. Es darf nicht zugelassen werden, daß man diese als Kavaliersdelikte behandelt.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Im Rahmen des Generalplanes „Naturschutz“ erwartet die SPD konkrete Aussagen zur Verwaltung und Finanzierung der Aufgaben in diesem Bereich.

Wir fordern die Herausnahme von Militärobjekten aus den neuen National- und Naturparks. Ich nenne hier als Beispiel nur den Schießplatz Zingst. Die Landesregie-

rung wird von uns aufgefordert, dazu umgehend Verhandlungen mit Herrn Stoltenberg aufzunehmen.

Nicht gewürdigt wird die herausragende Rolle von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in unserem Land. Es ist zu fragen, wie diese Gruppierungen als Träger demokratischer Willensbildung in Entscheidungsprozesse integriert werden sollen. Landesweit organisierten Verbänden sollte unbedingt das Recht der Verbandsklage eingeräumt werden. Dies jedenfalls ist unsere sozialdemokratische Position zur praktischen Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern in Bereichen der Landesumweltpolitik.

Zur Energiewirtschaft wollte oder konnte uns der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern wenig sagen. Anstehende Probleme mit beträchtlichem sozialen Zündstoff hätten einer Positionserklärung bedurft. So fehlt eine klare, eindeutige Aussage zum KKW Greifswald. Ich freue mich allerdings darüber, daß Sie meine Initiative „Forschungsprogramm Stilllegung eines KKW“ aufgreifen.

Eine weitere Sorge unserer Menschen gilt der künftigen Preisentwicklung im Energiebereich. Am 1. Januar 1991 haben wir neue Preise, das wurde uns mehrfach gesagt, aber wie hoch werden sie sein? Man befürchtet in Regionen unseres Landes höhere Preise als in den Altbundesländern. Wie verhält sich unsere Regierung, in deren Kompetenz die Preisgenehmigung liegt? Fragen, die heute noch ohne Antwort geblieben sind.

Auch zum Thema „erneuerbare Energiequellen und rationelle Energieverwendung“ hörten wir in der Regierungserklärung wenig. Und dabei hat das neue Bundesland Mecklenburg-Vorpommern durchaus Know-how einzubringen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Geothermie. Es werden zur Zeit immerhin 22 MW Leistung aus dieser Quelle genutzt, fossile Energieträger eingespart und Luftverschmutzungen vermieden.

Für die Zukunft sind 600 MW und mehr als realisierbar zur Nutzung für Kommunen und für die Landwirtschaft prognostiziert. Aber der Geothermie droht das Aus, wenn nicht Fördermittel und Ausgleichszahlungen für die Kommunen als Betreiber der Anlagen vom Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und vom Bund bewilligt werden. Die Erdwärmenutzung ist besonders erhaltenswürdig und zukunftsorientiert, weil sie die Nummer eins ist unter den umweltfreundlichen Energieträgern.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der Abfallwirtschaft vertreten wir Sozialdemokraten im Gegensatz zur Regierung die Ansicht, daß die Organisation der Abfallwirtschaft maßgeblich in den Kommunen zu entscheiden ist. Entscheidend ist für uns nicht die Privatisierung als solche, sondern das am besten funktionierende und umweltfreundlichste System sollte nach dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft auch hier den Vorzug erhalten.

Wir wollen uns mit Ihrer Aussage, daß trotz aller Bemühungen zur Verringerung der Abfallmengen die Müllberge in Deutschland weiter wachsen werden, nicht abfinden. Dies würde doch bedeuten, daß wir vor dem Problem resignieren und konkret die realen Möglichkeiten zur Abfallvermeidung, auf die wir uns konzentrieren müssen, außer acht lassen.

Nun etwas zum Bereich Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Frauen:

Es wäre mit dem Sozialstaatsprinzip unvereinbar, wenn die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft in das untere Drittel der Zwei-Drittel-Gesellschaft verbannt würde. Deshalb sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein gutes Mittel, daß aber nicht auf die Denkmalpflege und den Naturschutz beschränkt werden darf. Die Landesregierung sollte, und dies ist eine dringende Empfehlung, ihr besonderes Augenmerk auf die finanzielle Ausstattung von Beschäftigungsgesellschaften richten.

Für das Gesundheitswesen fehlen Aussagen zur Finanzierung. Über die eingehenden Beiträge zur Krankenversicherung ist sie nicht sicherzustellen. Betriebe werden aufgelöst, und wegen hoher Arbeitslosenzahlen sind die Beiträge niedrig. Mit dem Bundesminister für Finanzen müssen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt bis zum Ausgleich der Einkommensverhältnisse zeitlich befristet und projektbezogen ausgehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung will sich bemühen, den notwendigen Strukturwandel sozial zu begleiten. Die Orientierung auf die freie Niederlassung von Ärzten befürworten auch wir. Dabei muß jedoch primär die Sicherung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung gewährleistet sein.

Unter den ambulant tätigen Ärzten ist ein Drittel über 50 Jahre, von den unter 40jährigen Ärzten, ebenfalls etwa ein Drittel, sind 70 Prozent Frauen. Für erstere ist das finanzielle Risiko der Niederlassung schwer zu tragen, für letztere sind vielfach familiäre Probleme ein Grund, sich nicht zu privatisieren, sondern eine ambulante Tätigkeit als angestellte Ärzte in Gemeinschaftspraxen oder Praxisgemeinschaften zu bevorzugen. Auf ihren Anteil an der Betreuung der Patienten kann zur Zeit nicht verzichtet werden. Es wäre nicht vertretbar, vorhandene Arzt-Patienten-Beziehungen aus wirtschaftlichen Erwägungen zu zerstören.

Die Kindertagesbetreuung wird nur in einigen Nebensätzen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und bei familienfreundlichen Öffnungszeiten der Kindergärten erwähnt.

Zum Wohle der Kinder und zur Entlastung der Familien und Alleinerziehenden muß das Recht auf eine kindgemäße Tagesbetreuung in unserem Land gesetzlich verankert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Erklärung gesagt, daß das Subsidiaritätsprinzip einen wichtigen Grundsatz in der Sozialpolitik darstellt. Nach unserer Meinung ist die Forderung, ehrenamtliche Helfer in stärkerem Maße als zuvor zu aktivieren, nicht weitreichend genug. Hier wäre ein klares Bekenntnis mit unterstützenden Maßnahmen für die freien Wohlfahrtsverbände notwendig gewesen, um sie als Hauptleistungsanbieter sozialer Arbeit auch in Mecklenburg-Vorpommern bei ihrer Entfaltung zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Lebenssituation der Behinderten finden wir in Ihrer Regierungserklärung nichts außer der Feststel-

lung, daß sie als unsere Mitmenschen das Recht auf menschenwürdiges Leben und Unterstützung haben. Dieses Recht wurde ihnen im Staatssozialismus auch vielfach zugesichert. Wie die Realität aussah, wissen wir. Deshalb wäre ein konkretes Konzept zur Integration Behinderter nötig, das auf folgende Themen eingeht:

- Integration Behinderter in Kindergärten, Schulen und im Freizeitbereich,
- soziale Hilfen und Entlastung der Familien,
- Durchsetzung des Rechts auf Arbeit,
- Integration in das gesellschaftliche Leben
- und Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen in Pflegeeinrichtungen.

Herr Ministerpräsident! Bei der Vorstellung Ihrer Regierungserklärung entsteht für uns der Eindruck, als ob Ihr Wahlprogramm und das Koalitionspapier der Regierung schon wieder nicht mehr wahr sind. In beiden Papieren wurde gerade unseren Kindern und Jugendlichen viel versprochen, in Ihrer Regierungserklärung finden wir davon wenig wieder.

Wir sind uns bewußt, daß es die Schuld der SED-Regierung war, wenn unsere Kinder jahrzehntelang mißbraucht wurden und von Kontakten in westlichen Ländern abgeschnitten waren. Jetzt aber müssen und wollen sie sich den neuen Bedingungen stellen, und dabei brauchen sie Fürsorge und Unterstützung von uns Erwachsenen.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Wir halten ein Sofortprogramm zur Bekämpfung und Aufklärung des Drogenmißbrauchs und über die Einflußnahme von Sekten in der Schule für dringend erforderlich. Leider ist zur gesamten Problematik der Gesundheitsförderung und -aufklärung in Ihrer Erklärung nichts zu finden.

In Ihrer Regierungserklärung nehmen Sie Stellung zur Einrichtung einer Abteilung „Frauen und Familie“, die dem Sozialministerium angegliedert ist. Familien- und Frauenpolitik umfaßt alle gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bereiche. Sie muß gezielte positive Maßnahmen zugunsten der Familien und Frauen durchsetzen.

Ziel ist eine reale Umverteilung von Haus-, Erwerbs-, Pflege- und Erziehungsarbeit zwischen Mann und Frau. Vordringliche Aufgaben sind vor allem:

- materielle Unabhängigkeit und eigenständige Gestaltung des Lebens von Frauen,
- Öffentlichkeitsarbeit, Erziehung und Bildung im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- der Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen entgegenzuwirken mit dem Ziel, ein humanes und gleichwertiges Verhältnis von Mann und Frau in allen Bereichen zu verwirklichen.

Wir meinen, daß der Satz von Richard von Weizsäcker:

„Es gibt keinen wirtschaftlichen Fortschritt um den Preis eines sozialen Rückschritts.“

gerade hier bedacht werden sollte.

(Beifall bei der SPD und teilweise bei der LL/PDS)

In der Regierungserklärung berufen Sie sich auf das von der Volkskammer verabschiedete Rehabilitationsgesetz, durch das die rechtliche und moralische Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus eingeleitet werden sollte.

Bedauerlicherweise hielt das Ihr Landesvorsitzender und Minister ohne Geschäftsbereich für nicht so wichtig, um es im Einigungsvertrag zu verankern. Dadurch bleibt Ihre Forderung ein frommer Wunsch.

(Beifall bei der SPD und bei Kerstin Kassner LL/PDS)

Wir wollen, daß Mann und Frau selbständig über Familienbetreuung oder Teilzeitarbeit entscheiden. Wir fordern die Beibehaltung der Fristenlösung bis zur zwölften Woche und die Schaffung von Beratungsmöglichkeiten von Frauen und Männern in Konfliktsituationen. Wir fordern für Alleinerziehende Unterstützung bei der Wohnungssuche, eine Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Formen des Zusammenlebens und Versicherungsschutz für Teilzeitbeschäftigte.

Wir ermutigen Sie, in dieser wichtigen Frage Ihren Intentionen treu zu bleiben.

Weiterhin fehlt in der Regierungserklärung eine Aussage zur Ausländerproblematik in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern. Seit Monaten wird eine Lösung dieses akut anstehenden Problems den Kommunen überlassen.

Wir bitten die Regierung im Vorfeld einer zu verabschiedenden Ausländergesetzgebung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, bereits jetzt aktiv zu werden und den Kommunen handhabbare Regelungen zu übergeben.

(Beifall bei der SPD)

Für den Bereich der Bildung, Wissenschaft und Kultur gibt es in der Regierungserklärung bestenfalls Ansätze eines Konzeptes. Freiheit zuallererst als Freiheit des Geistes und die Selbstverantwortung der einzelnen Menschen als Zeitgedanken werden diesen wichtigen Bereichen allein nicht gerecht.

Für die Erneuerung der Wissenschaft, Bildung und Kultur ist ebenso staatliches Handeln auf gesetzgeberischem Gebiet gefordert wie die Bereitstellung der Mittel dafür. Doch dazu schweigt die Regierung.

Wir stimmen überein, die alte Einheitsschule sozialistischer Prägung wollen auch wir nicht, aber keine Schulreform, kein Bildungsweg kann heute auf die Hinführung zur Arbeitswelt verzichten. Immer mehr Abiturienten gehen direkt in die Berufsausbildung und erst danach auf die Hochschule. Die gymnasiale Bildung ausschließlich im Blickwinkel der Studierfähigkeit zu sehen, geht in die falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Unsere Schulen dürfen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein, unsere Schulen brauchen Unterrichtsformen, die Kinder zu Selbständigkeit, zur Eigenverantwortlichkeit und Kreativität führen. Stundentafel und Lehrpläne dürfen keine unüberwindlichen Mauern zwischen den Bildungswegen errichten. Die alte Zuordnung, die Hauptschule für die praktische, das Gymnasium für das theoretische Wissen, stimmt immer weniger.

Wir brauchen im Lande durchlässige Schulformen, die jedem Schüler ein vollständiges Bildungsangebot bieten. Ja, die Neugestaltung unserer Schule braucht Zeit. Sie darf aber nicht verordnet werden, sondern es bedarf des breiten Zuspruchs der Bevölkerung. Land und Kommunen müssen Hand in Hand und nicht gegeneinander arbeiten. Über Anträge von Schulträgern darf politisch nicht willkürlich entschieden werden; denn vor Ort kann am besten eingeschätzt werden, welche Schulangebote am sinnvollsten sind.

Eltern muß das Recht auf Beratung und Empfehlung bei der Entscheidung über den Bildungsweg ihrer Kinder zugesichert werden, ohne ihnen die Entscheidung selbst abnehmen zu wollen.

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde zu den Lehrerinnen und Lehrern wenig gesagt, aber gerade über sie wird eine erfolgreiche Bildungspolitik gemacht.

Chancengleichheit für alle Kinder sollte auch Regelungen bezüglich der Lehrmittelfreiheit enthalten.

Die Aussagen zum Sport finden unsere allgemeine Zustimmung, aber schnelles Handeln ist unbedingt angebracht, um den Breitensport in den Kommunen besonders durch finanzielle Zuwendungen zwischenzeitlich zu erhalten.

Die personelle Ernennung an den Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern soll durch ein bereits im Entwurf vorliegendes Hochschulrahmengesetz vollzogen werden. Den Vorstellungen der Landesregierung, eine grundsätzliche Novellierung der Hochschulen und Universitäten vorzunehmen, bevor diese ihre Selbstverwaltung erhalten, können wir generell zustimmen.

Für uns als SPD erscheint es aber wichtig, daß Studenten und Mitarbeiter an den Hochschulen und Universitäten nicht verunsichert werden, sondern daß klare Aussagen zur Fortsetzung der bereits begonnenen Studiengänge und den Abschlüssen gemacht werden und daß der Personalabbau bei den Beschäftigten unter sozialen Gesichtspunkten zu erfolgen hat.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Diese konkreten Informationen erwarten die Menschen von unserer Landesregierung sofort, sonst ist mit einer weiteren Abwanderung von Studenten und qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern zu rechnen. Es reicht nicht, wenn die Landesregierung unter anderem sagt, sie würde den jungen Menschen unseres Landes eine Perspektive geben.

Derartige allgemeine Formulierungen überzeugen die Jugend nicht. Unseres Erachtens fehlen konkrete Hinweise, welche Prioritäten die Landesregierung auf dem Gebiet der Lehre und Forschung setzt.

Für die materielle Erneuerung auf dem baulichen und technischen Gebiet der Hochschulen und Universitäten können wir nicht allein auf die Hilfe des Bundes hoffen. Wir erwarten von der Landesregierung Finanzierungsmodelle. Zur Erneuerung beziehungsweise Umgestaltung von Akademien und Forschungszentren wird in der Regierungserklärung aber keine Aussage gemacht.

Auch zu diesem Gegenstand müssen nach unserer Meinung in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium klare strukturelle Vorstellungen erarbeitet und vorgelegt werden, damit die betroffenen Mitarbeiter in einer gezielten Aufbauarbeit beginnen können.

Die Landesregierung muß sich dazu bekennen, welche Forschungsschwerpunkte in unserem Land zu setzen und zu unterstützen sind.

Wie richtig gesagt, sind Investitionen in Lehre und Forschung von heute Zukunftsinvestitionen, die sich morgen für unser Land auszahlen werden.

Uns als Opposition reichen allgemeine globale Formulierungen der Regierungserklärung aber nicht aus. Besonders die jungen Menschen erwarten auf ihre konkreten Fragen klare Antworten.

(Beifall bei der SPD und bei Jürgen Zelm LL/PDS)

Zum Bereich Kultur enthält die Regierungserklärung enttäuschend wenig konkrete Aussagen. Auch hier stellen sich die Existenzfragen teilweise mit besonderer Härte. Seit der Wende hat es eine dramatische Verschlechterung in der finanziellen Sicherung unserer Kultur gegeben. Die Regierungserklärung bietet außer dem Verweis auf die Freiheit der Kunst und dem Appell an die privaten Träger kein Konzept. Kulturaufgaben sind Investitionen in die Zukunft, in die Kreativität der Menschen und in die Attraktivität unseres Landes.

Die Bundesregierung hat für den Erhalt von Kunstdenkmälern 900 Millionen DM bereitgestellt, das Bundesministerium noch einmal 150 Millionen DM zur Unterstützung von kulturellen Einrichtungen in den neuen Bundesländern. Weitere Mittel wären eventuell aus der Kulturstiftung der Länder zu beantragen.

Hier sollte die Regierung mit konkreten Projekten schnell vorstellig werden. „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“

Die Landesregierung sollte sich auch darum bemühen, für die Kulturaufgaben im Land Zuschüsse vom Bund zu erhalten.

Wir plädieren dafür, den Erhalt und Aufbau einer vernünftigen und bedürfnisgerechten kulturellen Infrastruktur als verpflichtende Aufgabe für Städte und Gemeinden, vor allem aber für das Land festzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dafür, die sozialen, rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen zur Sicherung der Kultur und besonders der Kulturschaffenden so zu ändern, daß sich Kultur, Wissenschaft und Künste auch unter Marktbedingungen entfalten und behaupten können. Dazu gehören auch die Berücksichtigung der Freischaffenden bei der Subventionsumverteilung und die Verstärkung des urheberrechtlichen Schutzes der Künstler. Dazu gehören der Ausbau des Versicherungsschutzes für Kulturschaffende und die Umgestaltung des Steuersystems zugunsten nichtstaatlichen Mäzenatentums.

Der weite Bereich der Freizeit und Volkskunst bedarf einer langfristig gesicherten Perspektive. Kulturpolitische Entscheidungen sind durch die Einbeziehung von Beiräten, durch öffentliche Ausschreibung von

künstlerischen Leitungsfunktionen und Großaufträgen, durch die Förderung genossenschaftlicher Kulturmodelle und der Selbstorganisation der Künstler grundsätzlich zu demokratisieren.

Die Formierung starker, demokratisch strukturierter Interessenvertretungen der Kulturschaffenden ist eine dringende Notwendigkeit. Um eine zweckentfremdete Nutzung unserer Bau- und Kunstdenkmäler zu verhindern, ist eine Grundsatzentscheidung des Parlaments erforderlich.

Die SPD ist für eine demokratische Kultur, die durch eine politische Kultur des Dialogs und der Toleranz, durch parteipolitische Unabhängigkeit der Medien und der wirklichen Freiheit der Künste geprägt ist.

Nur so kann Kultur der Raum für Kommunikation über Sinnfragen, über individuelle und gemeinsame Werte sein.

Wir treten deshalb für den öffentlich-rechtlichen Status von Rundfunk und Fernsehen und für die Subventionierung von Kultur und Kunsteinrichtungen nach vernünftigen Prinzipien ein.

Wir betonen die Wichtigkeit der Erhaltung wertvoller Teile der bei uns gewachsenen Kultur und die Fortführung solcher kultureller Traditionen, die Heimatgefühl und Identität der in unserem Land lebenden Menschen mitbestimmen. Diese, aber auch die Ansätze einer alternativen Kultur sind als Beitrag zur deutschen und europäischen Kultur in ein föderalistisches Deutschland einzubringen.

Uns beunruhigt ein Satz in der Regierungserklärung, der dem Bereich der Ökonomie entnommen wurde: „In der Kunst wollen wir Qualität statt Quantität.“ Wer entscheidet denn, was Qualität in der Kunst ist? Totalitäre Regime benutzen das Qualitätsurteil, um mißliebige Kunst auszuschalten.

(Zuruf von der CDU: Soll das ein Vergleich sein?)

Die Aussagen der Regierungserklärung zur Finanzpolitik dürften eine kräftige, aus unserer Sicht aber berechnete Ohrfeige für den CDU-Landesvorsitzenden beziehungsweise für seine oft mit Stolz und Selbstlob vorgetragenen Verhandlungsergebnisse im Bereich des Einigungsvertrages sein.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Was der von Herrn Exstaatssekretär vielgescholtene SPD-Finanzminister Romberg in den Einigungsvertragsverhandlungen durchsetzen wollte und was der damalige Staatssekretär verhinderte, nämlich eine ausreichende Finanzausstattung der neuen Länder, wird nun von seinen Parteifreunden in Mecklenburg-Vorpommern vom Bund erbeten.

Es soll nach einer gerechten Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen gesucht werden, die zurückgehenden Zuführungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ werden beklagt und neue Verhandlungen gefordert. Es wird beklagt, daß es bis Ende 1994 keinen gemeinsamen Länderfinanzausgleich zwischen den sechzehn Bundesländern geben wird.

Auch mit dem ausgehandelten Länderanteil für die neuen Bundesländer an der Umsatzsteuer ist man nicht zufrieden, und es wird weiter der vom Land zu

erbringende hohe Anteil an der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beklagt.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Regierungskoalition in den Forderungen nach Nachverhandlung mit dem Bund im Finanzbereich, denn sonst kann den Erfordernissen eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht Rechnung getragen werden.

Wir haben Verständnis dafür, daß die Finanzministerin aufgrund der Situation in unserem Land und der zweifelhaften Verhandlungserfolge ihres Landesvorsitzenden zur Zeit nur mit Provisorien, Bestrebungen und Empfehlungen aufwarten kann.

Besonders den vielen kleinen Kommunen muß jedoch unverzügliche Hilfestellung gegeben werden, weil sie zur Zeit in allen Finanz- und Finanzierungsfragen völlig hilflos und überfordert sind.

(Beifall bei der SPD und der LL/PDS)

Die rechtspolitischen Vorlagen der Regierung finden die volle Unterstützung der SPD; ihnen ist kaum etwas hinzuzufügen.

Hinweisen möchte ich hier nur noch auf die im Einigungsvertrag offengehaltene Möglichkeit, nach dem 18. Oktober 1989 vorgenommene Eigentumswechsel überprüfen zu können.

Es wäre nämlich zu klären, inwieweit auch in unserem Land ungesetzliche Begünstigungen ehemaliger Funktionäre in der Modrow-Zeit stattgefunden haben.

(Beifall bei Dr. Gottfried Timm SPD)

Die Regierungserklärung beschreibt in bestimmten Bereichen, was der Innenminister tun will, aber nicht, wie es getan werden soll. Es fehlt jede Aussage zum Problembereich der notwendigen Kreisgebietsreform und zur Einführung einer neuen Kommunalverfassung in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kommunen versuchen schon jetzt, durch Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen die kommunale Verwaltung und die öffentliche Versorgung effektiver zu machen, so etwa im Bereich des Gesundheitswesens, in dem durch Absprachen der Krankenhausleitungen verschiedener Einrichtungen die Versorgungsaufgaben koordiniert werden.

Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Träger kommunaler Einrichtungen bald wissen, wann die Kreisgebietsreform stattfinden soll und wie sie durchgeführt wird. Erst dann ist eine gründliche Planung der Verwaltungsaufgaben auf Landkreisebene möglich.

In den Kommunen tragen vielerorts Sozialdemokraten gemeinsam mit CDU- und F.D.P.-Politikern Verantwortung. Auch aus diesem Grunde bieten wir bei der Erarbeitung der Gebietsreform unsere Mitarbeit an.

Wir begrüßen das Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung. Jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin wissen jedoch, daß die Selbstverwaltung nur dann funktioniert, wenn die Kommune eigene Einnahmen hat oder durch Zuschüsse mit Finanzmitteln ausgestattet ist. Zu diesem Problemkreis fehlt in der Regierungserklärung eine Aussage sowohl zur schnellen und einfachen Rückübertragung von Verwaltungs-

und Finanzvermögen an die Kommunen als auch zur Höhe der Finanzausstattung durch Zuschüsse.

Dieses ist um so schwerwiegender, als der wirtschaftliche Aufschwung unseres Landes im wesentlichen Impulse über Investitionen aus den Kommunen erhalten muß.

Deshalb fordern wir Sozialdemokraten den Ministerpräsidenten auf, nicht einfach in Bonn um Geld zu bitten, sondern durch klare Konzepte mit einzufordernden Bundesmitteln für die Finanzausstattung der Kommunen einzutreten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Die Zielstellung, daß jeder in seinen eigenen vier Wänden wohnen soll, hört jeder der vielen Wohnungssuchenden in Mecklenburg-Vorpommern gern. Der Weg jedoch, allein über die Förderung von privatem Wohnungseigentum die Wohnungsnot zu bekämpfen, ist falsch. Wir werden dann zwar teure und schöne, aber niemals ausreichende und bezahlbare Wohnungen haben.

Sie haben den sozialen Wohnungsbau in einem Satz ganz am Ende Ihrer Regierungserklärung erwähnt. Herr Ministerpräsident, wir können nur vor einer falschen Wohnungsbaupolitik warnen. Wir brauchen neben dem privaten natürlich auch den sozialen Wohnungsbau, damit die Mieten für Niedrigverdiener bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Ihre Aussagen zum Verwaltungsaufbau und zur Neuordnung der Polizei begrüßen wir. Der Aufgabe, unserer Bürgerinnen und Bürger vor Rechtsbruch und Gewalt zu schützen, muß sich der Staat stellen und sie mit Konsequenz und Umsicht lösen.

Ob allerdings Ihre Analyse richtig ist, daß in diesem Punkt noch kein Grund zu größerer Sorge bestehe, wagen wir zu bezweifeln. Die Statistiken belegen das Gegenteil und zeigen, daß in Gruppen unserer Gesellschaft durchaus die Flucht in den Suchtmittelmißbrauch zunimmt und die Neigung zur Gewalt steigt.

Diese Probleme werden mit steigender Arbeitslosigkeit nicht geringer. Die Ursachenbekämpfung dieser Erscheinung muß unbedingt das Anliegen aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte werden, wobei der Regierung eine besondere Verantwortung zukommt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe, so gut es unter den auch Ihnen bekannten Umständen möglich war, Defizite der Regierungserklärung deutlich gemacht, habe aber auch hervorgehoben, daß wir uns nicht auf Kritik beschränken wollen, sondern konstruktive Vorschläge anbieten und in welchen Bereichen eine Nähe in den Positionen zu verzeichnen ist.

Wir wollen einen konstruktiven Wettstreit über die richtige Politik für Mecklenburg-Vorpommern und setzen beim Aufbau unserer schönen Heimat auf das Engagement und den Fleiß unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert: Ich danke Herrn Dr. Ringstorff für seine Worte. Bevor wir jetzt die Aussprache unterbrechen und mit der Mittagspause beginnen, möchte ich darauf hinweisen, daß noch bis 16.00 Uhr Geldspenden geleistet werden können, danach erfolgt die Übergabe der Geldspenden im Amtszimmer des Präsidenten an die Innere Mission.

Wir unterbrechen die Sitzung und setzen sie um 14.00 Uhr fort.

Unterbrechung: 12.55 Uhr

Wiederbeginn: 14.03 Uhr

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Aussprache fort. Ich hoffe, alle haben sich gut gestärkt.

Das Wort hat der Abgeordnete Goldbeck.

Walter Goldbeck F.D.P.: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Weg des seit einem Jahr freien Mecklenburg-Vorpommerns ist nun abgesteckt. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten machte deutlich, daß diese Pflöcke auch weiter zeigen und besagen, daß es auch hinter dem Horizont, der jetzt ermeßbar in unserer Entwicklung ist, weitergeht.

Von der Entwicklung der Wirtschaft in unserem Land ist vieles, beinahe alles abhängig. Wenn wir unser Land nicht als Kolonie, als Anhängsel haben wollen, wenn wir es als ein souveränes Land in der Gleichberechtigung mit allen deutschen Ländern haben wollen, dann müssen wir so viel Selbständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet gewinnen, wie nur möglich ist. Das bedeutet, wenn in der Wirtschaft nichts läuft, wird unser Land mehr denn je zu einem Verkaufsladen, zu einem Durchfahrtsland. Wir müssen Produktivität gewinnen, wir müssen die Konsumententwicklung mit der Produktivitätsentwicklung gleichzeitig in Gang bringen.

Da heißt es zuallererst die Strukturen, wie wir sie leider vorfinden, unbedingt in kürzester Zeit zu verbessern. Das bedeutet, alte wirtschaftliche Standorte auszunutzen, neue Standorte dort anzusiedeln, wo die Industrie günstig in Ortschaften eingebunden werden kann. Wir dürfen keine weitere Zersiedlung der Landschaft zulassen. Dies ist bereits ein eigener selbständiger Weg in Mecklenburg-Vorpommern, den andere Länder noch nicht gegangen sind. Deshalb bin ich auch dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, daß er insgesamt in seiner Regierungserklärung eigene vorpommersche-mecklenburgische Wege gehen möchte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wir haben eine große Chance, diese riesige – wenn man mit dem Auto durchfährt, merkt man es besonders deutlich – zusammenhängende Landschaft, die einzigartig in Europa ist, zu erhalten. Wir sollten wirklich alles daransetzen, bei dem Ausbau der Verkehrswege der Schiene den Vorzug zu geben, auch bei aller Gefahr, die beim Streik der Eisenbahner für die private Wirtschaft besteht.

Wir sollten möglichst darangehen, leistungsfähige Fernstraßen einzurichten, und uns nicht lange mit Diskussionen darüber aufhalten, ob erst die Autobahn Küste oder erst die Autobahn nach Lübeck in Anbin-

dung von Neubrandenburg und Prenzlau gebaut werden soll, um nach Polen noch ein weiteres Tor zu öffnen. Wir sollten hier viele Dinge – das ist die Schwierigkeit unseres Beginns – parallel erarbeiten und finanzielle Konzepte, wie es auch in der Regierungserklärung genannt worden ist, wirksam werden lassen. Wir unterstützen nicht nur das Anliegen der Abgeordneten, sondern auch die vielen Wünsche aus der Bevölkerung, daß Schwerin als Landeshauptstadt besser erreichbar ist. Aber warum Schwerin, warum nicht auch Greifswald, warum nicht Wolgast, warum nicht Neubrandenburg?

(Beifall bei der F.D.P., der CDU, der LL/PDS und teilweise der SPD)

Wir unterstützen sehr – das ist gestern im Parlament glücklicherweise auch so bestätigt worden –, daß die Nutzung der jetzigen Flugflächen als Regionalflugplätze weiter vorangetrieben wird. Wir sind sehr dafür, daß nach der militärischen Nutzung Laage-Kronskamp in eine Doppelnutzung überführt und später, wie der Abgeordnete Gerloff sagte, ein Zivilflugplatz daraus gemacht wird. Die Einwohner von Rügen und Greifswald werden uns dafür sehr dankbar sein.

Wir müssen aber auch sehen, daß wir den Wahlreden von Herrn Voscherau in Hamburg energisch entgegengetreten, daß er seine nutzlosen Versuche, Hamburger Flugplatzflächen in Schleswig-Holstein zu gewinnen, hier bei uns ausdehnt. Wir haben genügend verbautes, für solche Zwecke vorhandenes Land. Wenn die Hamburger sich hier finanziell beteiligen wollen, laden wir sie herzlich dazu ein.

Wir müssen aber auch eindeutig sehen, daß unsere Seehäfen nicht erst jetzt in Konkurrenz zu Europa stehen, sondern daß diese Seehäfen notgedrungen auch in aktueller Konkurrenz zu anderen stehen. Lübeck ließ verlauten, daß dort ein neuer Skandinavien-Anleger eingerichtet werden soll. Wir müssen alles daransetzen, daß der Transitverkehr im Lkw-Bereich schneller von der Insel Rügen herunterkommt, damit dort nicht die längere Fahrzeit per Schiff ausgenutzt wird, um über Lübeck schneller ins Hinterland zu gelangen, weil dort die Autobahnen liegen.

Alle diese Dinge müssen hier in diesem Land zusätzlich erneut bedacht werden. Wir als Liberale sind für eine energische Förderung der Wirtschaft. Wir lehnen aber eindeutig Subventionen ab, die ins Bodenlose fallen, nur den Konsum anheizen und nichts für die Produktion tun. Damit haben wir eine vorübergehende Lücke zugedeckt, wir reißen aber große Löcher in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wir müssen zielgerecht Strukturförderung planen; das liegt auch mit dem Konzept der Regierung vor.

Wir plädieren eindeutig für die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft, für die Klein- und Mittelbetriebe. Bei der Strukturverbesserung des Landes sind solche Klein- und Mittelbetriebe nicht nur schnell zu gründen und zu bilden, sondern sie bieten ganz schnell Möglichkeiten, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sie haben darüber hinaus die wirtschaftliche Flexibilität, sich bei wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen schnell umstellen zu können und das Arbeitskräfteangebot immer aufrechtzuerhalten. Wir plädieren dafür – diesen liberalen Grundsatz hat Bundesaußenminister Genscher hinein-

gebracht –, daß die fünf neuen Bundesländer eindeutig Niedrigsteuergelände sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Niedrigsteuergelände ermöglichen in allererster Linie Investitionsmöglichkeiten für hiesige Existenzgründer, die bekanntlich noch keine Gelegenheit hatten, Kapital dafür anzusammeln. Sie ermöglichen aber auch den Anreiz für Investitionen von ausländischem Kapital, das wir in diesem Land dringend brauchen. Wir können nicht nur von dem Kapital leben, das man uns aus Bonn zu genehmigen gedenkt. Wir haben nicht genug Abgeordnete im Bundestag, meine Damen und Herren.

Wir wissen, daß auch auf diesem Weg schnellstens Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn Produktionsstätten aufgebaut werden; Eile tut not. Wir wissen, daß verschiedenste ungünstige Bedingungen, die sich die Treuhand zum Teil selbst organisiert, die Eigentumsbildung wie auch Produktivitätsgründung verhindern. Es wäre doch von der Treuhand zu erwarten, daß man manches in kommunaler Hand befindliche Grundstück einem Nutzer und künftigen kräftigen Steuerzahler kostenlos überläßt, damit die Kommune ein ihr lästiges und kostenpflichtiges Gelände los wird und baldmöglichst Steuereinnahmen dafür bekommt, wenn sich ein Existenzgründer findet.

Ich stimme dem Ministerpräsidenten zu, daß wir gut bedenken müssen, was wir tun. Aber wir dürfen keine vorpommersche-mecklenburgische Behäbigkeit aufkommen lassen bei all diesen Prozessen. Wir müssen dringend Arbeitsplätze schaffen, und die Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen dürfen sich nicht nur auf bestimmte Gebiete begrenzen, sondern sie müssen auch direkt von den Gemeinden, von den Kommunen angeregt werden können. Die Kommunen sind unmittelbar dazu in die Lage zu versetzen.

Wir stehen ab sofort im Wettbewerb mit den alten Bundesländern, glücklicherweise seit dem ersten Tag der Grenzöffnung, und wir stehen bald im Wettbewerb mit dem gesamten europäischen Binnenmarkt. Es ist jetzt schon zu erwarten, daß wir auch im Wettbewerb mit den Reformländern in Ost- und Mitteleuropa stehen werden, und das ist gut so. Wir haben jetzt noch eine geringe Chance, in zwei bis drei Jahren unseren politischen Entwicklungsvorsprung auch in einen wirtschaftlichen Entwicklungsvorsprung umzumünzen, und in diesem Punkt sollten wir uns alle einig sein.

Wir wissen, daß viele Fördermittel aus Bonn nicht abgefordert worden sind. Es kann niemand im Lande verkünden, Bonn gibt kein Geld. Bonn hat sehr viel Geld bereitgestellt, deswegen ist die Finanzdiskussion dort auch in den vergangenen Tagen sehr hoch geschlagen. Aber wir wissen, daß wir hier zum Teil Kommunen haben, die durch den neuen Weg nicht in der Lage sind, diese Mittel abzufordern. Manchmal ist auch schon unbekannt, wer wann wo was und wieviel abfordern kann; Formulare stehen dem im Wege. Wir wissen aber auch, daß die Kommunen – das muß man ihnen fairerweise auch zugestehen – das breit abgeforderte erhaltene Geld nicht in Baumaßnahmen beziehungsweise Produktivitätsmaßnahmen umzumünzen können, weil zum Teil Produktionskapazitäten fehlen oder Produktionsstrukturen zerschlagen sind oder nicht angesprochen werden.

Wir müssen also dringend erreichen, daß das Abwandern von Fachkräften aus unserem Bundesland unterbunden wird. Wir müssen unseren jungen Leuten, die ja arbeiten können – deswegen sind sie auch in anderen Bundesländern so begehrt –, deutlich machen, hier kann auch Geld verdient werden.

Ich plädiere dafür, daß wir Betriebe im Land, die uns kostengünstige Angebote machen, auch weiterhin mit Landesregierungsaufträgen versehen, um ihre Entwicklung begünstigen zu können. Wir können aber nicht allein über die Landesregierung solche wirtschaftlichen Entwicklungen steuern; hier muß auch die Privatinitiative gefördert werden.

Wir wissen, daß eine vernünftige Energiepolitik sehr abhängig von der Produktion in unserem Land ist. Die Landesregierung muß einer zuverlässigen kostengünstigen Energieversorgung – das wird sie auch tun – und dem Ausbau einer leistungsfähigen Energiewirtschaft in unserem Land Vorrang geben. Dabei ist aber immer noch Fakt, daß eine sparsame Energienutzung durchaus auch Investitionen ersparen kann; dieses Wort gilt noch immer.

Es sind in unserem Land kaum Energieressourcen anzutreffen, wenn man von traditionellen Energienutzungen ausgeht. Wir wissen aber auch, wenn wir auf diesem Gebiet Energie einkaufen, muß dem Geschäftsmann, dem Handwerker in Vorpommern Energie zum gleichen Preis angeboten werden wie in unserer Region. Diesen Ausgleich müssen wir erreichen, wir dürfen hier keine Unterschiedlichkeit festlegen, sonst würden wir die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung fördern, und das wollen wir hier nicht. Wir wissen, daß die Fernwärmeversorgung – erste Ergebnisse sind in Greifswald erreicht worden – verstärkt und hier noch einmal überprüft werden muß, ob sie, die die günstigere Alternative ist oder ob die Erdwärmenutzung für das Land besser ist; rechnet sie sich nicht, müssen wir diese alternative Energieträgernutzung aussetzen, bis kostengünstige Technologien für diese Sache gefunden werden. Ganz aus dem Auge verlieren dürfen wir das nicht.

Wir dürfen auch nicht die Nutzung alternativer Energien aus dem Auge verlieren. Es gibt aus dem Jahre 1926 ein Entwicklungskonzept zum Ausbau von Windkraftwerken in Mecklenburg und Vorpommern, das sich sehr ergiebig gezeigt hat. Hier ein Hinweis an die Wissenschaftler, dazu mal in den Bibliotheken nachzublättern.

Wir wissen aber auch, daß wir alleine ohne Kernkraft nicht auskommen können, ein Punkt, über den man sehr viel reden kann; aber die Kernkraft ist auch noch eine Nutzung alternativer Energiemöglichkeit, wenn uns nichts anderes bleibt. Es wird verständlich, daß wir uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht den Super-GAU wünschen.

Wir wissen, daß die bisherigen Energiesubventionen im nächsten Jahr entfallen, daß Energie also zum Herstellungspreis erhalten wird, sonst wäre auch die Marktwirtschaft nicht machbar, und sonst können wir auch das Herumaasen mit Energie nicht unterbinden. Hiervon darf aber keiner in seiner Lebensweise, besonders in sozial schwachen Schichten, betroffen werden. Hier muß die Regierung aufpassen, daß jeder genügend Energie zur Verfügung hat, die er auch bezahlen kann.

Meine Damen und Herren! In unserem Land sind sehr viele Altmilitärlasten, zum Teil noch von der Reichswehr her. Wir müssen bei den Hoheitspflichten, die wir zu erfüllen haben, eindeutig sehen, daß wir nicht zum Truppenübungsplatz Deutschlands werden; die Flächen bieten sich nämlich bei uns besonders dafür an. Die Altmilitärlasten und deren Abbau, was jetzt durch den Abrüstungsvorgang glücklicherweise ermöglicht wird, können auch viele Arbeitsplätze erhalten. Wenn die Panzerwerkstatt in Neubrandenburg Panzer zerlegt statt Panzer zu reparieren, dann ist dort ein höherer Arbeitsaufwand erforderlich, und es finden noch mehr Leute Arbeit. Es gibt leider noch genügend Panzer, die wir in diesem Land zerlegen müssen. Ich möchte gar nicht an die Munitionsvorräte erinnern, die noch überall in den Wäldern versteckt lagern und deren Sicherung uns große Sorgen machen muß.

Wir haben ein sehr dezidiertes Konzept zur Entwicklung der Landwirtschaft gehört. Es ist klar, daß man die Landwirtschaftsbetriebe mit dem Schuldenberg nicht in die freie Marktwirtschaft entlassen kann. Es ist aber ebenso klar, daß man nicht überall, auf jedem Boden, unabhängig von seiner Qualität, Bodenwertzahl und Produktivität, eine ungehemmte Landwirtschaftsförderung betreiben kann. Hier muß man auch den Mut haben, den Bauern – das muß man ihnen ganz klar sagen, sie verstehen ihr Fach selbst –, zu sagen, in dieser Region empfehlen wir nicht mehr – das kann die Regierung auch nicht tun – die Intensivierung von Landwirtschaftsmaßnahmen, hier rechnet sich das nicht, hier kommt ihr mit dem Ausgleich, der von der EG zu erwarten ist, nicht klar, und hier habt ihr zuviel Aufwand. Hier muß man Alternativwirtschaftsformen anbieten.

Wir denken, daß sich die meist in Dorfnähe angesiedelten ehemaligen landtechnischen Zentren oder landtechnischen Werkstätten durchaus zu selbständigen Produktionsbetrieben entwickeln können. Schlosser, die jahrzehntelang altersschwache Traktoren und Mähdrescher immer wieder in Gang brachten, sind auch noch zu anderen Produktivitäten fähig. Sie können auch eine Wirtschaftsentwicklung mit vorantreiben, die in der Lage ist, internationalen Konkurrenzen standzuhalten. Wir müssen ihnen die Technologieentwicklung ermöglichen, und wir müssen ihnen ermöglichen, hier auch wettbewerbsfähig zu sein.

Wir wissen aber auch, daß man nicht bedenkenlos Landwirtschaftsflächen in schlechte Naturschutzflächen und so weiter umwandeln kann. Wir müssen aber auch daran erinnern, daß Vorbehaltsflächen offengehalten werden. Wir wissen nicht, wie sich die Ernährungssituation ändert. Wir bekommen schon aus Spanien unsere Apfelsinen, aber wir müssen nicht unbedingt die Kartoffeln aus Holland hierherholen. Ich plädiere dafür, daß wir endlich eine landwirtschaftliche Produktion in Gang bringen, die nicht – wie der Ministerpräsident sagte – am Markt vorbei produziert, sondern marktgerecht. Das heißt, wir müssen es einrichten, daß die landwirtschaftlichen Produkte bei uns in einer auszubauenden Veredelungsindustrie marktgerecht aufbereitet werden.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und teilweise bei der SPD und der LL/PDS)

Dann sind der Aal aus Vorpommern und der Käse aus Mecklenburg für uns ebenfalls wieder attraktiv.

Man sollte ganz genau den Behauptungen nachgehen, daß unsere Produkte belasteter seien als die Produkte, die von woanders herkommen. Woanders geht man auch mit den Spritzmaschinen über die Äcker.

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert (unterbrechend): Herr Abgeordneter Goldbeck, darf ich Sie bitten, langsam zum Schluß zu kommen.

Walter Goldbeck (fortfahrend): Wir wissen, daß das Abfallentsorgungskonzept für uns sehr wichtig ist. Unser Land ist aus seiner strukturschwachen Gegebenheit heraus sehr dankbar für Dienstleistungsaufgaben für andere Bundesländer. Aber wir können kein einheitliches Abfallkonzept unterstützen, das uns lediglich zur Müllkippe anderer Bundesländer macht.

Meine Damen und Herren! Wir sollten in unserer Politik immer das Gesamtwohl der Bürger im Auge behalten und nicht nur einzelne Parteiprogramme favorisieren. Der Bürger ist aufgebrochen, um besser leben zu wollen; er ist nicht aufgebrochen aus einem hungernden Land – das Land hat nach Freiheit gehungert. Wir wollen ihm auch mit unserer Politik verantwortungsvoll ermöglichen, daß er seine Chancen hier begreift. Dazu zählt, daß wir beinahe alles – der Ministerpräsident hat es angesprochen – umformen müssen, was in diesem Land bisher war.

Ein großes Problem ist die bisherige Schule. Allen ist klar, daß sie nicht so bleiben kann wie sie ist. Wir werden deshalb nicht die Schulgebäude schleifen, und wir werden auch nicht alle Lehrer entlassen können. Wer früher als Lehrer verantwortungsbewußt für das Kind und am Kind in Zusammenarbeit mit den Eltern gearbeitet hat, ist auch heute fähig, in der Schule wieder Dienst zu tun.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und teilweise bei der SPD)

Alle anderen, die nur ihre politische Karriere darin gesehen haben, können wir nicht gebrauchen, und das gleiche gilt auch für die Hochschulen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen den Ministerpräsidenten auffordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Finanzausgleiche in voller Höhe schneller kommen als bis 1995. Ich weiß, es ist aus diesen und jenen Gründen wahrscheinlich nicht möglich. Aber wir müssen unseren Bürgern hier im Land auch das Gefühl geben, daß sie nun ganz und gar zu Deutschland gehören, mit allen Vorzügen und allen Nachteilen, die manche noch immer empfinden wollen.

Ich bitte noch um eine Minute Redezeit, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert: Eine Minute ist Ihnen noch zugestanden, Herr Goldbeck.

Walter Goldbeck (fortfahrend): Ich möchte Sie auffordern, dieses Regierungsprogramm tatsächlich als einen gangbaren Weg in die Zukunft zu sehen. Herr Dr. Ringstorff, Sie haben zu erkennen gegeben, an dem Tampfen mit anfassen zu wollen, und ich hoffe, daß Sie mit Ihrer Fraktion nicht in die andere Richtung ziehen möchten. – Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und teilweise bei der SPD und der LL/PDS)

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert: Ich danke Herrn Goldbeck und bitte jetzt Herrn Scheringer von der Fraktion der Linken Liste/PDS, das Wort zu nehmen.

Johann Scheringer LL/PDS: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat nunmehr nach sechs Wochen dem Landtag und damit den Menschen im Lande die Regierungserklärung vorgelegt. Befremdlich erscheint es der Fraktion Linke Liste/PDS, daß erst nach entschiedenem Protest der Opposition die Gelegenheit eingeräumt wurde, sich ausreichend mit diesem Papier zu beschäftigen. Wir fragen Sie: Soll das der künftige Stil des Umganges der Regierung mit der höchsten politischen Vertretung in diesem Land sein?

Wir haben bekanntlich erklärt, daß wir eine konstruktive Opposition sein wollen, die sich konsequent für die Interessen der Bürger einsetzt und ein selbstbewußtes, demokratisch verfaßtes Land Mecklenburg-Vorpommern mitgestalten will. Unsere Fraktion stellt fest, daß es zu einigen wichtigen Fragen, die vor allem in den acht eingangs genannten Schwerpunkten enthalten sind, Zielsetzungen gibt, denen wir zustimmen können und für die wir uns im Interesse unserer Wähler und Bürger entschieden einsetzen werden. Das gilt für solche Aussagen wie das Bekenntnis, „Teil einer demokratischen, lebendigen Europäischen Gemeinschaft“ werden zu wollen, wobei „Grenzen Brücken der Verständigung“ sein müssen, die „Schaffung und Sicherung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates“, das Vorhaben, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, die Gestaltung einer offenen Gesellschaft, die Kindern, Jugendlichen und Studenten eine gute Ausbildung und Bildung ermöglicht und die volle Entfaltung des reichen kulturellen Erbes unseres Landes und seiner Menschen garantiert. Das und weiteres in der Regierungserklärung sind Dinge, die wir unterstützen.

Zugleich muß ich hier sagen, daß die Regierungserklärung in ihrer Ganzheit den großen Anforderungen, vor denen die Landesregierung steht, nicht gerecht wird. Dafür sehen wir folgende Gründe:

Erstens: Wir vermissen in der Regierungserklärung ein klares Konzept für die Lösung der vielschichtigen brennenden Fragen des Landes und seiner Bürger. Sie setzen unzureichend konkrete Eckpunkte für die Entwicklung in der nächsten Zukunft.

Zweitens: Die Regierungserklärung bleibt die notwendige kritische und differenzierte Bestandsaufnahme als Ausgangspunkt für alle weiteren Schritte schuldig. Statt dessen stehen Pauschalisierungen und oberflächliche parteipolitische Klischees, die dazu führen können, altes Unrecht durch neues zu ersetzen und nur die Vorzeichen zu ändern. Es gehört geradezu zur Methode, daß immer dann, wenn der Regierung nichts Konstruktives mehr eingefallen ist, sie die vergangenen 40 Jahre des Sozialismus bemüht, um damit zu begründen, was heute nicht funktioniert. Christa Wolf mahnte dieser Tage: „Wir müssen jetzt aufpassen, daß uns nicht das Leben genommen wird, das wir wirklich geführt haben, und uns statt dessen ein verzerrtes Phantom untergeschoben wird.“

Drittens vermissen wir grundlegende Aussagen Ihrerseits zum Zusammenleben mit unseren östlichen

und nördlichen Nachbarländern. Das Wort Frieden darf unseres Erachtens auch im Prozeß des europäischen Zusammenwachsens in einer Regierungserklärung nicht fehlen.

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert (unterbrechend): Herr Abgeordneter Scheringer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johann Scheringer (fortfahrend): Mir wäre es recht, wenn dies am Schluß meiner Ausführungen erfolgt.

Herr Präsident, wertere Abgeordnete! Ich möchte die Position meiner Fraktion im folgenden an einigen ausgewählten Fragen näher erläutern.

Zur Wirtschaftspolitik: Wir stimmen dem Ministerpräsidenten zu, daß es derzeit keine dringlicheren Aufgaben gibt, als die Talfahrt der Wirtschaft zu stoppen und ihren Aufschwung mit allen nur verfügbaren Mitteln zu gestalten und zu fördern. Eine effiziente und konsequent ökologisch orientierte Wirtschaft ist letztlich die einzig dauerhafte Basis zur positiven Lösung der vielfältigen sozialen, geistig kulturellen und Umweltprobleme, das heißt, für die von uns allen angestrebte höhere Lebensqualität in unserem Lande. Um so bedrückender ist es, hier feststellen zu müssen, daß die wirtschaftspolitischen Angebote der Regierungserklärung weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurückbleiben. Die Ursachen sehen wir im offensichtlichen Wunderglauben der Verantwortlichen an den Automatismus der Marktwirtschaft, ohne die Regelmechanismen zu beherrschen. Wir meinen deshalb, in einem Land, das Jahrzehnte durch eine zentralistisch-bürokratische Planwirtschaft geprägt wurde, in dem an Stelle des Marktes ein System totaler Bilanzierung herrschte, muß der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft vor allem wirtschaftspolitisch, das heißt, durch entsprechende staatliche Konzepte und das aktive Setzen ökonomisch-juristischer Rahmenbedingungen gestaltet werden, einfach, weil gegenwärtig noch kein funktionierender Markt vorhanden ist.

Das gebietet auch die Ausgangslage der Wirtschaft, vor allem ihre Strukturschwäche, der große Rückstand im technisch-technologischen Niveau und damit in der Produktivität, Erzeugnisqualität und Effizienz.

Ausdruck dessen ist, daß Mecklenburg-Vorpommern im Oktober mit 24,4 Prozent die höchste Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquote und mit 15,5 Prozent im September den höchsten relativen Umsatzrückgang der Industrie aller Bundesländer verzeichnete und sich die existenzbedrohende Situation der Landwirtschaft trotz Preisbruchs- und Liquiditätshilfen kaum noch verschleiern läßt.

Es ist nicht nur wirtschaftlich kurzfristig, sondern politisch höchst verantwortungslos, wenn der Bund angesichts dieser Lage nichts gegen die Überschwemmung unseres Marktes durch Westunternehmen unternimmt. Sie haben recht, Herr Ministerpräsident: Unser Land darf nicht länger als bloßer Absatzmarkt, sondern muß wieder als Produktionsstandort funktionieren. Darauf muß zuallererst die Wirtschaftspolitik der Regierung gerichtet sein.

Wir fordern daher eine aktive Umsetzung des Grundsatzes: Finanzierung von Arbeitsplätzen statt

von Arbeitslosigkeit. Denn letztere erzeugt keine Kaufkraft, bringt keine Konjunktur in Gang. Wir erwarten, daß sich die Landesregierung in Abstimmung mit den anderen neuen Regierungen im Bundesrat für eine zeitlich befristete Investitionsförderung und Steuerbegünstigung für Unternehmer unter der Bedingung einsetzt, daß wirklich neue Arbeitsplätze geschaffen, Erzeugnisse hier produziert, vorhandene Rohstoffe im Land verarbeitet und landwirtschaftliche Produkte hier veredelt werden.

(Beifall bei der LL/PDS)

Mit diesem Konzept unterscheiden wir uns von der Vorstellung, die ganze ehemalige DDR zu einem undifferenzierten Niedrigsteuergbiet zu erklären.

Unsere Fraktion weiß sich in Übereinstimmung mit der Regierung, daß die Treuhandaufgaben landeshoheitlich wahrgenommen werden sollten. Wir sehen darin eine wichtige Garantie dafür, daß die Erlöse aus der Reprivatisierung in unserem Land verbleiben. Das ist für die Finanzierung der Modernisierung und Umstrukturierung der Betriebe notwendig. Schließlich sollen die Menschen, die das Volksvermögen erarbeitet haben, letztlich auch in den Genuß dieser Mittel kommen.

Von allen Bundesländern ist unser Bundesland dasjenige, in dem die Landwirtschaft das größte ökonomische und soziale Gewicht besitzt. Um so notwendiger ist es, daß die Regierung sich dem komplizierten Problem der Umstrukturierung des Agrarsektors und der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften mit aller Konsequenz stellt.

Als völlig verfehlt sehen wir die Ergebnisse der diesjährigen Bonner Agrarpolitik gegenüber der DDR. Hier müssen sich Landtag und Regierung gemeinsam stark machen, um die spezifischen Interessen, die auch der konkret historischen Entwicklung unserer Agrarstruktur geschuldet sind, durchzusetzen.

Wir fordern, daß die Treuhand Land- und Forstwirtschaft die Übertragung von landwirtschaftlichen Grundstücken an Genossenschaften und andere Agrarunternehmen nicht weiter verzögert, sondern beschleunigt und auch die Möglichkeit der Kaufpacht einräumt.

Herr Ministerpräsident, als Landwirt kenne ich natürlich den zukünftigen Stellenwert nachwachsender Rohstoffe. Auf die Rapstheorie des Landesvorsitzenden Ihrer Partei eingehend, die Sie uns in der Regierungserklärung dargelegt haben, würde ich doch eine unabhängige wissenschaftliche Begutachtung unter Federführung des Landwirtschaftsausschusses empfehlen, zumal uns Berechnungen bekannt sind, die zu anderen Ergebnissen führen.

In bezug auf die Landwirtschaft muß auch noch einmal eindeutig zur Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform Stellung bezogen werden. Und zum Veterinärwesen und ähnlichen scheinbaren Randgebieten der Landwirtschaft gab es in der ganzen Regierungserklärung überhaupt keine Ausführungen.

Zum Umweltschutz. Wir fordern, daß der Umwelt- und Naturschutz Eingang in die Landesverfassung findet. Die Erklärung, 15 Prozent des Landesterritoriums zu zusammenhängenden Naturschutzgebieten zu ent-

wickeln, bedeutet für den Naturschutz einen Rückschritt. Die traditionellen Naturschutzgebiete und die laut Einigungsvertrag unter Schutz gestellten

(Hermann Kühne CDU: Sonderjagdgebiete!)

Regionen machen 20 Prozent unseres Landesterritoriums aus. Soll das bedeuten, daß 5 Prozent der bestehenden Naturschutzgebiete kommerzialisiert werden? Sollen Kleinode unserer schönen Landschaft unter den Hammer kommen oder sind sie sogar der Autobahn im Weg?

Daß es bei der Abfallentsorgung, wie Sie es nennen, und nicht nur beim Absatz der Verwertungsprodukte Schwierigkeiten gibt, ist bekannt. Das Problem der Abfallbeseitigung brennt uns unter den Nägeln. Ihre halbherzige Herangehensweise löst jedoch die Probleme nicht. Die Müllberge wachsen, darum muß Umweltpolitik vor allem auch Vorsorgepolitik sein. Das Problem ist an seiner Quelle, das heißt in der Erzeugung, beherrschbar zu gestalten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unter Bezug auf die gestrige Debatte möchte ich einige wenige Bemerkungen zur Bildungspolitik machen.

Die demokratische Entwicklung des mecklenburgisch-vorpommerschen Schulmodells einschließlich der landesrechtlichen Regelung für die Kinderbetreuung und berufliche Ausbildung ist dringend erforderlich. Die bloße Anpassung an vorhandene Modelle der alten Bundesländer mit ihrer frühen Sortierung der Kinder in helle, graue, dunkle Schäfchen mit unterschiedlichen und ungleichwertigen Bildungsprofilen wäre jedoch ein Schritt zurück. Denn es geht um Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Wir teilen die Aussagen in der Regierungserklärung, die der Wissenschaft und Forschung eine sehr große Bedeutung beimessen. So manche Entscheidung zu jeder einzelnen Einrichtung ist mit den dort Tätigen vorzubereiten, und auch eine geistige Erneuerung an akademischen und anderen Bildungseinrichtungen ist nötig.

Aber was Sie auf diesen und anderen Gebieten planen, ist eine Hexenjagd wider rechtsstaatliche Grundsätze, zu pauschal und undifferenziert. Und wie soll eine Personalentscheidung mit 70 Prozent fachlicher und 30 Prozent politischer Bemessung anders verstanden werden als Berufsverbotspraxis?

(Lachen bei der CDU – Eckhard Rehberg CDU:

Das habt ihr doch vierzig Jahre betrieben! –

Gegenruf von Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS:

Das habt ihr doch bestimmt auch gehabt!)

Unser Land braucht nicht nur Antworten auf diese Fragen, sondern alle Bildungseinrichtungen im Fach- und Hochschulbereich stehen gegenwärtig vor Aufgaben, die sie zur Zeit nicht lösen können, die aber im Interesse der sich dort in Ausbildung befindenden jungen Leute schnell beantwortet und gelöst werden müssen.

Zur Kultur. Die Linke Liste/PDS vertritt den Standpunkt, daß Kultur als integraler Bestandteil der Gesellschaft verstanden und verwirklicht werden muß. Es ist nötig, Kultur als ein politisches demokratisches Element

zu fördern, und das im Zuge der Veränderung der Infrastruktur in gleichzeitiger Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei müssen Kultur und Kunst staatlich so subventioniert werden, daß die Nutzung kultureller Leistungen wie Theater-, Galerie-, Museumsbesuche, Bibliotheksbenutzung und so weiter allen Bevölkerungsschichten weiterhin ermöglicht wird.

Wenn in der Regierungserklärung gerade zur Kultur und Kunst gesagt wird, daß der Staat nicht mehr alles finanzieren darf und schon gar nicht mehr finanzieren kann, dann ist der Hinweis auf private Initiativen nur die halbe Wahrheit. Die Kulturpflicht des Staates ist unseres Erachtens in der Landesverfassung festzuschreiben.

Wir fordern, die kulturelle Substanz unseres Landes zu erhalten und mit ihr die wichtigen Kultur- und Kunsteinrichtungen. Ein Kulturförderprogramm muß erarbeitet, dem Abbau im Kulturbereich, der jetzt weiterhin ohne Konzeption geschieht, muß Einhalt geboten werden.

Vorrangige Notwendigkeit ist es, Übergangslösungen für die selbständigen Künstler zu schaffen, damit die Bedingungen zur Ausübung ihres Berufes gewährleistet sind.

Das Kultursozialversicherungsgesetz muß in Mecklenburg-Vorpommern sofort und nicht erst 1992 in Kraft gesetzt werden.

Zum gesamt-kulturellen Klima gehört unseres Erachtens auch, sich energisch gegen jeglichen Versuch der Verbreitung und Verherrlichung von Nationalismus, Rassenhaß, Militarismus und alle Formen von Gewalt zu wenden. In Ihrer Regierungserklärung finden wir dazu nichts.

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Unser Land Mecklenburg-Vorpommern will sich als demokratisches, soziales, rechtsstaatliches Bundesland den Bürgern präsentieren. Jedem Bürger sollte die Möglichkeit gegeben sein, gleichberechtigt und selbstbestimmend am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Werden wir diesem Anspruch gerecht, wenn Sie in der heutigen Regierungserklärung zum Beispiel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im wesentlichen den Begriff „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ anzubieten haben? Die Altersgruppe der Bürger zwischen 45 und 55 Jahren findet in Ihren Ausführungen überhaupt keine Beachtung, obwohl es sie doch im Falle der Arbeitslosigkeit besonders hart trifft.

Es schwinden die Arbeitsplätze der Landfrauen immer schneller, und neue sind nicht vorhanden.

Auch fehlen spezielle Umschulungsprogramme für Frauen und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Ich frage Sie: Kann das Land sozial sein, wenn Alleinerziehende – 98 Prozent sind Frauen – besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, der bezahlte Hausarbeitstag nach dem 31. Dezember 1991 nicht mehr existent ist, die Forderungen nach Anhebung der Renten kein Echo in Ihrer Erklärung finden und der Paragraph 218 des Strafgesetzbuches sich nach Ablauf der Übergangsfrist in das Land einschleicht?

Dem Stellenwert dieser Probleme messen Sie augenscheinlich so viel Bedeutung bei, wie es die Einordnung einer Frauenbeauftragten in Ihrer Regierung verdeutlicht, nämlich in die zweite Reihe.

Außerdem liegt es doch auf der Hand, daß es umgehend gesetzlicher Regelungen zur Beherrschung so wichtiger Fragen bedarf wie der Lösung des Problems der Krankenhausfinanzierung, der Finanzierung der Alten- und Pflegeheime, der Aufrechterhaltung von Beratungszentren für hilfsbedürftige Bürger, der Gewährleistung einer zumutbaren finanziellen Abrechnung der Leistungen der Ärzte mit eigener Niederlassung sowie des Erhalts kommunaler und staatlicher ambulanter medizinischer und Kindereinrichtungen.

Wir sind der Meinung, daß Aktivitäten bei der Ausübung der Sozialpflicht von Parlament und Regierung gemeinsam getragen werden müssen. Der Blick nach Bonn reicht dabei nicht aus.

Zu einigen Fragen der Rechtsstaatlichkeit. Wir unterstützen jeden vernünftigen Schritt, um Rechtssicherheit im Lande zu gewährleisten. Jeder Bürger hat das Recht, sicher zu leben. Dazu gehören nach unserem Verständnis vor allem der Schutz des Eigentums und die wirkungsvolle Bekämpfung von Gewalt und Verbrechen. Keinesfalls dürfen aber politische Meinungsverschiedenheiten und soziale Konflikte mit Polizeigewalt gelöst werden.

Nachdem die Bürger der DDR die Staatssicherheit beseitigt haben, ist ihnen auch kein neuer Geheimdienst – egal, welcher Art – zuzumuten.

Der Rechtssicherheit in unserem Land dient es auf jeden Fall nicht, wenn pauschalisierend über die Tätigkeit der Richter und Staatsanwälte geurteilt wird. Es geht nicht an, daß der Justizminister, Herr Dr. Born, sie öffentlich als Brandstifter bezeichnet, die in einer neuen Feuerwehr keinen Platz finden dürfen.

Wir sind für faire rechtsstaatliche Einzelfallprüfungen durch die allein dafür zuständigen Richterwahlausschüsse.

Es ist schon seltsam, wenn die Mitglieder der per Gesetz berufenen Richterwahlausschüsse nunmehr von einem Beirat überprüft werden sollen, den der Justizminister eingesetzt hat.

(Eckhard Rehberg CDU: Weil es notwendig ist! – Wolfgang Riemann CDU: Für Sie seltsam!)

Im Gesetzgebungsplan, von dem wir erwarten, daß er uns in allernächster Zeit von der Regierung vorgelegt wird, sollte die Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen herausragenden Rang besitzen.

Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch, klare Aussagen zur eventuellen Verwaltungsreform zu treffen. Es ist ein bedenklicher Zustand, daß in einzelnen Kreisen Landräte und Bürgermeister ihre eigenen Strukturen zu schaffen versuchen. Klarheit ist notwendig, ob es im Ergebnis der in den Kreisen Hagenow, Pasewalk, Perleberg und Strasburg durchgeführten Bürgerbefragungen tatsächlich zu weiteren Gebietsänderungen kommen wird. Laut Ländereinführungsgesetz ist es erforderlich, dazu Staatsverträge zwischen den beteiligten Bundesländern abzuschließen.

Wir schlagen vor, daß sich die Vertreter unserer Regierung im Bundesrat entsprechend Artikel 5 des Einigungsvertrages für die Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung einsetzen. In dieser Verfassung

sollten als einklagbare Bürgerrechte festgeschrieben werden:

- die tatsächliche Gleichstellung der Frau einschließlich ihres Rechts auf selbstbestimmte Schwangerschaft,
- das Recht auf Arbeit und Arbeitsförderung sowie angemessenen Wohnraum,
- das kommunale Wahlrecht für Ausländer,
- der Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage gegenwärtiger und künftiger Generationen.

Herr Ministerpräsident, aus all den genannten Gründen können wir Ihre Ausführungen als Regierungserklärung nicht akzeptieren. Gleichzeitig fordern wir, ein solches Regierungsprogramm zu erarbeiten, das ein greifendes Konzept zur Lösung der akuten Lebensfragen der Bürger unseres Landes für die nächsten Jahre enthält. Wir glauben, daß die Größe der anstehenden Aufgaben ein breites Zusammenwirken und eine konstruktive Opposition unerlässlich fordert.

Es ist richtig, daß bei der Lösung aller Fragen Eile geboten ist. Das darf jedoch nicht dazu führen, die erforderliche Gründlichkeit und die Verantwortung, die wir vor den Bürgern haben, zu vernachlässigen.

Da unserer Fraktion relativ wenig Redezeit zur Verfügung stand, war es nicht möglich, alle Fragen, die in der Regierungserklärung angesprochen wurden beziehungsweise die im Land bestehen, zu berühren. Ich möchte es bei diesen Ausführungen belassen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LL/PDS)

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert Ich danke dem Abgeordneten Scheringer. Sie hatten noch eine Frage, Herr Seidel.

Jürgen Seidel CDU: Herr Abgeordneter Scheringer, ich räume der Opposition natürlich gern das Recht ein, entsprechende Kritik an der Regierungserklärung zu üben. Nur, Sie müßten dann auch die Dinge, die Sie hier sagen, einigermaßen beweisen können.

(Zuruf von der LL/PDS: Eine Frage stellen!)

Ich bitte Sie, den Satz in der Regierungserklärung zu nennen, der Sie den Schluß daraus folgern läßt, daß hier altes Unrecht mit neuem Unrecht abgegolten werden soll.

Johann Scheringer LL/PDS: Ich beziehe mich vor allem auf die pauschale Verurteilung von Bürgern unseres Landes, sie, wenn sie Mitglied einer Partei oder der alten SED gewesen sind, ohne Ausnahme mit Schuld zu beladen, die sie in dem genannten Umfang mit Sicherheit nicht hatten.

(Jürgen Seidel CDU: Das haben wir, glaube ich, alle nicht gehört!)

Vizepräsident Dr. Rolf Eggert: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rehberg von der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg CDU: Werter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch vor einem Jahr konnte keiner von uns damit rechnen, daß sich die Länder so schnell bilden würden.

(Rainer Beckmann SPD: Sie standen ja auch noch auf der anderen Seite!)

Genaugenommen haben wir noch nicht einmal damit gerechnet, daß es wieder Länder geben würde. Die CDU und andere Parteien in der ehemaligen DDR forderten bereits im November/Dezember die föderale Struktur.

(Lachen bei der SPD und der LL/PDS)

– Sie können unser Programm vom 22. November 1989 nachlesen. Sie waren damals noch nicht so weit, das ist mir klar, und Sie sind heute scheinbar auch noch nicht viel weiter.

(Beifall bei der CDU –

Heidmarie Beyer SPD: Wir waren auf der Straße! –

Rainer Beckmann SPD: Als Sie noch hinter den Gardinen standen!)

Sie waren mit auf der Straße, vielleicht war ich auch einer der ersten in der Kirche.

(Rainer Beckmann SPD: Aber Ihre meisten Freunde nicht!)

Das müssen Sie erst einmal beweisen. Sie sind wohl vierzig Jahre auf einer weißen Wolke fünfzig Meter über dem Erdboden geschwebt.

Schon aus diesem Grunde ist der Tag der Regierungserklärung auch ein erhebender Tag. Herr Kollege Ringstorff, ich bin dafür, daß wir als Demokraten im fairen Streit hier im Parlament um die Meinung ringen. Ich möchte Sie aber bitten, nicht mit Vertrauensbrüchen wie in der ersten Landtagssitzung, mit Diffamierungen, wie es Frau Beyer am 23. November hinsichtlich unseres Vermögens gemacht hat, was sich vorgestern als Fälschung dargestellt hat, und mit Diffamierungen von Abgeordneten zu arbeiten.

Noch über einen langen Zeitraum hinweg werden wir uns selbstverständlich in Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs befinden. Es liegt eine schwierige Phase vor uns. Wir werden Probleme mit der Entflechtung des alten SED-Zentralstaates haben. Die alten Seilschaften werden versuchen, ihre Macht zu erhalten und Sand in das neue Getriebe zu werfen.

Die Menschen, die im letzten Herbst die friedliche Revolution – die erste friedliche Revolution der deutschen Geschichte – eingeleitet haben, die Männer und Frauen der Volkskammer, die für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gesorgt haben, haben uns eine große Verantwortung auferlegt, der wir uns würdig erweisen wollen.

An dieser Stelle möchte ich nachdrücklich allen danken, die durch ihren Beitrag Mecklenburg-Vorpommern zur Wiederauferstehung verholfen haben. Unsere Heimat, das Land Mecklenburg-Vorpommern, ist durch die Veränderung in Deutschland, aber auch in Osteuropa, aus einer abgelegenen Randlage befreit worden. Diese Veränderungen bieten ungeheure Chancen, die wir nutzen müssen. Wir können zu einer Drehscheibe zwischen Skandinavien, den alten Bundesländern und unseren europäischen Nachbarn werden.

Wir werden die Regierung unter Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gomolka bei jedem Versuch unterstützen, unsere Heimat voranzubringen und ihr einen wichtigen Platz in Deutschland und Europa einzuräumen.

Die vornehmste Aufgabe des Parlaments ist es jedoch, neben der Rechtssetzung und der Verabschiedung des Haushaltes die Regierung und die Verwaltungsabläufe zu kontrollieren. Es ist die Errungenschaft der Demokratie schlechthin, daß Gesetzgebung, Rechtsprechung und Regierung voneinander getrennt sind und unter der Herrschaft des vom Volke gewählten Parlaments arbeiten. Diese Aufgabe der Kontrolle darf sich ein Parlament nicht nehmen lassen. Das Parlament als Gesamtheit der Volksvertreter ist dem Volk und der Verfassung verpflichtet.

Die CDU-Fraktion wird in den kommenden schwierigen Zeiten des Aufbaues mit allen Demokraten zusammenarbeiten. Wir werden jedoch nicht alte Seilschaften dulden, mangelnde Eigeninitiative hinnehmen. Und es gilt auch keine Bangemacherei. Jetzt muß mit Mut in die Zukunft geschaut und hart gearbeitet werden.

Die vor uns liegenden Aufgaben werden wir kaum alle gleichzeitig anpacken können. Ich gebe dem Ministerpräsidenten recht, daß zunächst die Ministerien aufgebaut werden müssen. Bereits beim Aufbau der Ministerien müssen jedoch Schwerpunkte für die vor uns liegende Arbeit gesetzt werden.

Bei der Personalauswahl für die Landesbehörden ist mit rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorzugehen – und der Einigungsvertrag und die Richtlinien des Bundesinnenministeriums bieten die rechtlichen Möglichkeiten dazu –, daß in den Schulen, der Justiz, der Verwaltung und der Polizei, also im gesamten öffentlichen Dienst, ehemalige Stasimitarbeiter oder andere belastete Personen, die im alten SED-Regime an exponierter Stelle standen, Unterschlupf finden. Es kann nicht sein, daß Abschlüsse an Bezirksparteischulen oder anderen Bildungsinstitutionen der ehemals allein herrschenden Partei – wobei ich diese Institute in Anführungsstriche gesetzt wissen möchte – dazu berechtigen, unsere Kinder in den Schulen zu unterrichten.

Weitere Schwerpunkte sind:

- Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen,
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Aufbau der sozialen Marktwirtschaft,
- Wohnungsbau,
- Umstrukturierung der Land-, Forst- und Ernährungsgüterwirtschaft,
- Umweltschutz,
- Schule und Bildung und Schutz der Familie und – leider als letztes in der Aufzählung, aber gewiß nicht das Unwichtigste –
- Aufbau einer effizienten Verwaltung.

Alle diese Maßnahmen stehen in enger Verbindung zueinander. Der Erfolg auf dem einen Sektor ist ohne den Erfolg auf einem anderen nicht denkbar.

Ich weiß, daß für die meisten Bürger unseres Landes die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes groß ist. Trotz aller Bemühungen, insbesondere auch Bemühungen des Bundes zum Beispiel durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturhilfeförderungen, ist damit zu rechnen, daß eine schwierige Phase zur Umstrukturierung auf dem Arbeitsmarkt auf uns zu-

kommt. Wir müssen uns jedoch leider darüber im klaren sein, daß Arbeitsplätze nicht um jeden Preis erhalten werden können. Die auf uns zukommende Arbeitslosigkeit ist ein Erbe der alten SED-Herrschaft und der zentralen Planwirtschaft.

Die Umstrukturierung von der Plan- zur Marktwirtschaft wird zunächst Arbeitskräfte freisetzen. Hier müssen wir durch unsere Aufmerksamkeit verhindern, daß die alten Seilschaften ihre Macht ausbauen oder halten. Es darf nicht dazu kommen, daß Funktionäre des alten Regimes tüchtige und unbescholtene Mitarbeiter entlassen, um ihre eigenen Posten zu retten. Eine Entlassung von kreativen Mitarbeitern muß genauso verhindert werden wie ein künstliches Hochschrauben der Arbeitslosigkeit durch voreilige Entlassungen. Es kann jedoch weder eine Vollbeschäftigungsgarantie noch einen Weiterbeschäftigungsanspruch geben.

Die freiwerdenden Arbeitskräfte müssen auf dem Markt mit Hilfe von Beschäftigungsinitiativen eingesetzt werden, bis sich die allgemeine Lage stabilisiert hat. Da es in nahezu allen wirtschaftlichen Bereichen einen Nachholbedarf gibt, werden die freiwerdenden Arbeitskräfte schnell wieder untergebracht werden können.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes bieten den Gemeinden große Möglichkeiten der wirtschaftlichen Weichenstellung für die Zukunft. Diese reichen vom gemeindlichen Straßenbau über die kommunale Wohnungsmodernisierung bis zum Umweltschutz und der Modernisierung der Kanalisation. Hier sollten die Gemeinden auf das engste miteinander – vor allem auch mit den ansässigen landwirtschaftlichen Genossenschaften – zusammenarbeiten.

Die Kommunen müssen in ausreichender Art und Weise über alle möglichen Förderprojekte informiert werden. Denn es wäre verhängnisvoll, wenn die entsprechenden Bundesmittel nicht genutzt würden. Die Erfahrungen haben auch gezeigt, daß die Städte und Gemeinden der alten Bundesländer gern mit Rat und Tat partnerschaftlich bei der Lösung aller Probleme zur Seite stehen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebietet auch das System der sozialen Marktwirtschaft. Sie muß mit dem Aufbau der sozialen Marktwirtschaft Hand in Hand gehen. Voraussetzung für eine funktionierende, gesunde soziale Marktwirtschaft ist eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur. Wir müssen es den Bürgern unseres Landes erleichtern, Handel und Wandel zu treiben. Dieses geht nur durch ein vernünftiges Straßen- und Schienennetz.

Notwendig ist der sofortige zweigleisige Ausbau einer Intercity-Strecke zwischen Hamburg und Berlin mit einem Halt in Schwerin. Auch Rostock und Stralsund müssen an das Intercity-Netz angeschlossen werden.

Die vorrangigen Ausbauten der Intercity-Verbindungen dürfen jedoch nicht zu einer Vernachlässigung des übrigen Schienennetzes führen. Aus wirtschaftlichen Gründen wie aus Gründen des Umweltschutzes muß das Eisenbahnnetz erweitert und modernisiert werden. Der Wirtschaftsverkehr über weitere Entfernungen sollte – wann immer möglich – über die Schiene abgewickelt werden.

Der Flughafen Laage-Kronskamp sollte für eine zivile Nutzung ausgebaut werden. Dabei ist es besonders wichtig, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch bei der Konversion müssen sozialverträgliche Lösungen erreicht werden. Die Verkehrsinfrastruktur muß für die Bedürfnisse der Menschen in unserem Lande ausgebaut werden, unter Berücksichtigung ihrer sozialen Interessen.

Notwendig ist auch die Küstenautobahn, um die nördlichen Landesgebiete besser zu erschließen. Ebenso notwendig ist aber, parallel dazu eine Autobahn von Schwerin bis nach Vorpommern und darüber hinaus nach Polen zu bauen, um auch diesem infrastrukturschwachen Gebiet über die entsprechenden Verkehrsanbindungen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

(Beifall bei der CDU – Claus Gerloff SPD:
Drei oder vier Autobahnen?)

Für die Finanzierung dieses Autobahnbaues muß unverzüglich geprüft werden, ob eine Mischfinanzierung durch den Bund, unser Land und private Investitionen möglich ist. Damit schlage ich nicht die Einführung einer Mautgebühr vor, denn diese ist unpraktisch. Im übrigen: Kein Deutscher will mehr in seiner Heimat auf der Autobahn angehalten werden, um Eintritt zahlen zu müssen. Eine Plakette für ein ganzes Jahr – nach Schweizer Vorbild – ist einfacher zu handhaben.

Bei der Küstenautobahn wird es sich um eine außerordentlich fruchtbringende Investition handeln, weil dadurch gleichzeitig unsere schönen Feriengebiete für willkommene Gäste besser erschlossen werden.

Bisher ist unsere Küste noch nicht mit Bettenburgen verbaut. Bei einer weiteren Erschließung der Ostseeküste für den Tourismus sollten wir unbedingt mit aller Behutsamkeit vorgehen. Die Chance für den Tourismus an unserer Ostseeküste liegt darin, daß wir nicht die Fehler machen, die in den alten Bundesländern gemacht worden sind. Hier sind vor allem die Gemeinden zur Initiative aufgefordert, denn sie erstellen die Bebauungspläne. Über die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes können in den Küstenstädten und -gemeinden die notwendigen Vorbereitungen für einen blühenden Tourismus getroffen werden. Gleichzeitig wird der Arbeitsmarkt entspannt und die Arbeitslosigkeit gelindert.

Selbst bei einer behutsameren Bebauung, bei einem Verzicht auf Betonburgen, wird der Tourismus viele Arbeitsplätze an der Küste schaffen und Wohlstand für ihre Bewohner bringen.

Durch die Erhöhung des Steueraufkommens wird unser gesamtes Mecklenburg-Vorpommern profitieren, weil Geld für neue Investitionen frei wird. Die finanzielle Ausstattung unseres Landes ist nicht gerade reichlich. Durch die SPD-geführten Länder, die damals im Bundesrat die Mehrheit hatten, wurde eine bessere finanzielle Lösung, das heißt die Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ und der volle Länderfinanzausgleich früher als 1994, verhindert. Das bedeutet, daß der Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Günther Krause, überhaupt keine Chance mehr hatte, mit den vorgegebenen Vorstellungen des Bundesrates ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Ich hoffe, daß mit der jetzigen CDU /CSU/ F.D.P.-Mehrheit im Bundesrat hier Nachbesserungen möglich sind.

Es wird viel Geld für den Wohnungsbau und den Umweltschutz notwendig sein. Auch beim Wohnungsbau wird Eigeninitiative zu einer deutlichen Entspannung des beengten Wohnungsmarktes führen. Die Wohnungsbauprogramme des Bundes können dabei den Ländern helfen, daß jeder möglichst schnell zu seinen eigenen vier Wänden kommt.

(Vizepräsidentin Stefanie Wolf übernimmt
den Vorsitz)

Das Privateigentum, also ein Häuschen mit einem kleinen Garten, ist besonders für junge Familien wichtig. Der Einzelhausbau oder Reihenhausbau ist auch ökologisch vernünftiger, weil jeder noch so kleine Garten über eine Artenvielfalt verfügt. Hinzu kommt, daß Eigentum der beste Mieterschutz ist. Durch Eigenleistungen der Bauherren kann in vielen Fällen das ersetzt werden, was an Geld trotz staatlicher Förderung fehlt.

In den vierzig Jahren der SED-Herrschaft haben unsere Bürger gerade für die Erstellung und Modernisierung von Wohnungen einen großen Ideenreichtum entwickelt. Dieser Ideenreichtum und die Flexibilität in unserem Lande müssen auch in Zukunft bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt, mehr genutzt und gefördert werden, um den Wohnungsmarkt so schnell wie möglich in Ordnung zu bringen.

Obwohl wir einer breiten Eigentumsstreuung auf dem Wohnungsmarkt den Vorrang einräumen, dürfen die Modernisierung von Mietwohnungen, der soziale Wohnungsbau und andere WohnungsbaufORMen keinesfalls vernachlässigt werden. Es müssen die Modernisierungsprogramme und zinsgünstige Darlehen des Bundes beispielsweise für die Wärmedämmung, moderne Heizanlagen und so weiter voll ausgeschöpft werden.

Bei den Bestrebungen, durch Neubau möglichst viel Wohnraum für die Bürger unseres Landes zu schaffen, darf die Modernisierung nicht vernachlässigt werden. Durch die Modernisierung der Wohnungen leisten wir gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz, denn es wird Energie gespart. Die Umwelt wird am meisten geschont bei einem sparsamen Einsatz von Energie.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes, also auch der Sanierung von Altlasten, und beim Hoch- und Tiefbau bieten sich ungeheure Chancen für unseren Mittelstand. Allerdings meine ich, daß die Förderbedingungen über den Mittelstand Mecklenburg-Vorpommern und für das ehemalige Zonenrandgebiet einschließlich der Investitionszulage in den alten Bundesländern für uns nivelliert werden sollten. Nach meiner Auffassung sind die Förderbedingungen für unseren Mittelstand zu hoch angesetzt. Nach vierzig Jahren SED-Planwirtschaft brauchen unsere Mittelstandsbetriebe eine gewisse Anlaufzeit und bestmögliche Förderung.

Zur Förderung des Mittelstandes gehört auch, daß die Entflechtungsarbeit der Treuhand vorangetrieben wird. Dabei ist es äußerst wichtig, daß auch auf Landes- und kommunaler Ebene die Treuhand unter Mitwirkung der Gemeinden, in denen das jeweilige Objekt liegt, tätig wird. Ein solches Verfahren würde die Arbeit

der Treuhand beschleunigen und läge somit auch im Interesse der Bürger, denn sie könnten auf diese Weise schneller einen Betrieb von der Treuhand übernehmen. Die Erlöse, die durch die Treuhand erzielt werden, müssen weiterhin in einen gemeinsamen Topf fließen.

Zu einer gesunden Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gehört auch eine gesunde Landwirtschaft. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft haben bei uns eine große wirtschaftliche Bedeutung und alte, historische Wurzeln. Wir als CDU-Fraktion ziehen keine bestimmte Form der Landwirtschaft vor. Der Einzelbauer in einem bäuerlichen Familienbetrieb hat ebenso seine Berechtigung wie die landwirtschaftliche Genossenschaft oder auch die Gruppenlandwirtschaft beziehungsweise die Kapitalgesellschaft. Alles, was erhaltenswert ist, soll auch erhalten werden.

Nicht erhaltenswert sind jedoch häufig die alten Herrschaftsstrukturen in den Genossenschaften. Hier soll jede Genossenschaft Unterstützung bekommen, die sie braucht, um sich von den alten Herrschaftsstrukturen zu lösen und den Weg in die neue Wirtschaftlichkeit zu finden.

An dieser Stelle möchte ich den ausdrücklichen Dank der CDU-Fraktion und der Fraktion der Freien Demokraten an Herrn Landwirtschaftsminister Brick und Herrn Staatssekretär Roeloffs richten für die gestern und vorgestern in Bonn erzielten Ergebnisse über neue Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Während ständig bange gemacht und kritisiert wird, handelt die Regierung bereits, obwohl die Strukturen noch nicht vollständig sind.

Die wohl schlimmste Hinterlassenschaft des SED-Regimes ist das Schulsystem. Herr Scheringer, 15 000 Tage totalitärer Diktatur sind in 150 Tagen freiheitlich-demokratischer Grundordnung nicht aufzuholen. Wer den moralischen Anspruch des Neubeginns auf seine Fahnen geschrieben hat, sollte auch die Verantwortung für das übernehmen, dessen Vermögen er sich heute noch bedient.

Herr Scheringer, Sie haben gestern an dieser Stelle erklärt, Sie könnten nicht über das alte SED-Vermögen verfügen. Ich frage mich, wie Herr Zelm als Landesvorsitzender einen Brief an den Landtag richten kann, mit dem er um die Einsetzung einer Kommission bittet, die das Vermögen überprüfen und darüber befinden soll. Das ist mir unverständlich. Was für ein Vermögen haben Sie? Sie sagen, Sie könnten nicht auf das alte SED-Vermögen zurückgreifen, und Herr Zelm fordert, daß sich der Landtag mit dem PDS-Vermögen befaßt.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Die geistig-moralischen Verbrechen der SED sind wahrscheinlich schlimmer als die wirtschaftlichen. Die geistigen Folgen des gleichgeschalteten Schulsystems werden uns noch auf Jahre, möglicherweise auf Jahrzehnte, hinaus beschäftigen. Im SED-Staat maßte sich die Schule ein Alleinerziehungsrecht an. Der Einfluß der Eltern wurde systematisch zurückgedrängt. Jeder mußte an der Jugendweihe teilnehmen, bei der die jungen Leute auf das Regime eingeschworen wur-

den und sich zum sozialistischen Staat bekennen mußten. Wer – insbesondere von den christlich geprägten Schülern – dies nicht tat, mußte mit Nachteilen und Repressalien durch die Schule und andere Behörden rechnen. Die Jugendweihe ist nicht wertefrei und hat an den Schulen nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Erziehung der Kinder in der Familie ist die naturgegebene Aufgabe der Eltern. Die Familie und die Erziehung von Kindern stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Der Staat soll nur dort eingreifen dürfen, wo die Familienverhältnisse so zerrüttet sind, daß das Kindeswohl ein Eingreifen erfordert.

Aber auch die Kirchen sind in diesen Zeiten des Umbruchs besonders gefordert. An ihnen liegt es, Familien und Kindern bei der Vermittlung ethischer Leitlinien behilflich zu sein.

Wir sind für das gegliederte Schulsystem, das dem Flächenland Mecklenburg-Vorpommern Rechnung trägt. Denn nur im gegliederten Schulsystem können die begabten Kinder besonders gefördert und die durchschnittlich begabten Kinder ausreichend auf ein selbständiges Leben als tüchtige und freie Menschen vorbereitet werden. Nur das gegliederte Schulsystem kann uns auch dabei helfen, unsere jungen Leute so fit zu machen, daß sie auch in Zukunft eine Chance an allen Universitäten in den alten und in den neuen Bundesländern und in der Europäischen Gemeinschaft haben.

Obwohl wir zunächst einmal die Probleme in unserer Heimat lösen müssen, bekennen wir uns mit der Präambel des Grundgesetzes zur Europäischen Gemeinschaft. Der wirtschaftliche Sog, der durch die Vollendung des europäischen Marktes entstehen wird, wird seine Auswirkungen auch für uns – auch in dieser schwierigen Zeit – haben. Wir müssen diese Chance nur nutzen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Rehberg, lassen Sie eine Frage zu?

(Eckhard Rehberg: Nein. –

Karin Bresemann SPD: Das kann ja nicht wahr sein!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jelen von der CDU.

Frieder Jelen CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Herrn Rehberg danken, daß er jetzt keine Fragen beantwortet, weil ein gewisses Zeitregime notwendig ist. Deswegen möchte ich nun auch das, was ich sagen will, vorlesen, damit es nicht zu lang wird. Ich will zum Bereich Umweltschutz sprechen.

Umweltschutz ist fester Bestandteil staatlicher und gesellschaftlicher Arbeit. Das ist heute in der Regierungserklärung deutlich geworden. Er ist nicht Angelegenheit von Phantasten oder Radikalen, wie es manchmal scheint. Er ist auch keine Domäne einer bestimmten Partei oder Bewegung, sondern von äußerster Notwendigkeit zur Bewahrung der Schöpfung, zur Erhaltung der Lebensgrundlagen für uns und für kommende Generationen.

Wir freuen uns daher über die Grundsatzaussagen in der Regierungserklärung und möchten sie unter-

streichen. „Umweltschutz muß ein Grundprinzip werden, das unser tägliches Leben prägt, unser Verhalten leitet.“ Wir unterstreichen, was uns auch emotional erreicht und stolz macht und unsere besondere Verantwortung in Mecklenburg-Vorpommern begründen hilft.

Aber folgender Satz aus der Regierungserklärung, der so schön klingt, ist eher eine Zielbeschreibung: „Mecklenburg-Vorpommern ist ein Naturparadies, das in Deutschland ohne Beispiel ist.“ Daher hat der Naturschutz als Teil des Umweltschutzes eine große Bedeutung, vor allem in den von der Wertigkeit und vom Umfang her beachtlichen Landschafts-, Naturschutz- und Großschutzgebieten, den Nationalparks und dem Biosphärenreservat.

Diese sind aber nicht unumstritten, weil Wirtschaftler und Investoren befürchten, sie könnten investitions- und entwicklungshindernd sein. Wir finden es gut, daß in der Regierungserklärung im Abschnitt „Umwelt“ zuallererst klare Worte für den Naturschutz gefunden wurden, aber eben auch die politische Aufgabe deutlich gemacht wird, den scheinbaren oder wirklichen Gegensatz dort, wo er auftreten möchte, zu überwinden. In den Schutzzonen 1 und 2 der Nationalparks wird es dieses Gegeneinander ohnehin nicht geben. Und für die weiteren Bereiche ist eine Besänftigung durch die Ökologisierung einfach notwendig.

Der gründliche Neuaufbau der Strukturen im Ministerialbereich Umwelt wird ein Instrumentarium bieten, die Zuständigkeiten für Anleitung, Beratung, Kontrolle und Entscheidungswege optimal zu regeln. Dafür setzen wir uns energisch ein. Hier werden auch neu zu begreifende Wege zu gehen sein, zum Beispiel die Unterstellung der Nationalparks direkt unter das Ministerium, zum Beispiel den ökologischen Waldbau in diesen Nationalparks betreffend, indem man die Nationalparkflächen eventuell aus der Landesforstverwaltung herauslöst und in die Zuständigkeit der Nationalparkdirektionen überführt. Ähnliches würde für die Jagd in den Nationalparks und im Biosphärenreservat Südostrügen gelten. Hier hat die Naturschutzakademie „Insel - Vilm“ vorgedacht.

Umweltschutz ist freilich mehr als Naturschutz. Aber Naturschutz heißt Beachtung der Natur als Kapital, zum Beispiel für den Tourismus, aber vor allem für die wichtigste der Ressourcen: das Wasser. Naturschutz heißt eben auch strenger Gewässerschutz, bessere Voraussetzungen für die Trinkwassererschließung. Ohne Trinkwasser keine Wirtschaft, keine Entwicklung.

Auf Mönchgut, wo ich herkomme, will man bauen, und zwar touristische Bauten und Kureinrichtungen, Reha-Kliniken. Aber das Wasserdargebot reicht nicht aus.

Was wird aus den Konzepten? Auf der Umweltstrecke haben wir ein übergroßes Aufgabenfeld, das vor allem etwas zu tun hat – davon ist heute ja schon gesprochen worden – mit Altlasten, mit der Umweltpolitik des SED-Staates, die man trotz vieler echter Bemühungen redlicher Fachleute als unverantwortlich, ja als kriminell zu bezeichnen hat. Den ideologischen Altlasten, der Kriminalisierung der Wahrheit, wo die Ökodaten unter Verschluß genommen wurden, entsprechen die unzähligen Umweltbelastungen, von

denen wir bisher nur die Spitze des Eisberges kennen. Sie wurden verursacht durch den Militärstaat DDR und durch die Besatzungsmacht in Allianz mit den Sünden durch Industrie und Landwirtschaft.

Schätzungsweise werden allein in Mecklenburg-Vorpommern durch unterlassene Entsorgung zwei- bis dreitausend Standorte untersucht und saniert werden müssen. Die Hauptgebiete sind die ungeordneten Deponien und wilden Müllkippen sowie die übergüllten Flächen der Landwirtschaft, zum Beispiel Ferdinands-hof. Ein anderes Beispiel sind städtische Industriegebiete, wie Bergen, das ich ganz gut kenne, das mit zirka 40 000 Einwohnern keinerlei Kläranlage besitzt. Beispiele sind auch die Stapelteiche der Stärkefabrik Friedland oder die Abwasserverregnung in Schwerin-Hasenhege mit der katastrophalen Waldschadensbilanz.

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln war in der DDR doppelt bis dreifach so hoch wie in den Altbundesländern. Es gilt zu analysieren, wo eine künftige intensive Bewirtschaftung mit entsprechender Düngung, das heißt bei Beeinträchtigung von Wasserfassungen und Gewässern, zu unterbleiben hat, vor allem die Ausbringung der Gülle von Mastanlagen, die Einleitung von Silagesickersäften in die Vorfluter, die Einleitung von ungeklärten Abwässern in die Bodden; ich denke an unseren Kleinen Jasmunder Bodden, der keine Fische mehr hat. Hier sind wir bei der Aufklärung und Beseitigung auf die Hilfe der ganzen Bevölkerung angewiesen.

Die Aufzählung der Beispiele mag befremden, sie soll aber deutlich machen, daß in der Umweltpolitik riesige Probleme das junge Land Mecklenburg-Vorpommern von Anfang an belasten und es durch wahnsinnige Kosten und Anstrengungen in seiner Entwicklung weiter belasten werden. Hier sind wir dann noch einmal ganz besonders auf die finanzielle Hilfe der Bundesregierung angewiesen, die wir freilich nicht überall und immer melken können wie die heilige Kuh, aber anders ist es ja nicht möglich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sehe ich als die einzige Chance zur Lösung der Altlastenfrage.

Gute Lösungswege sind bereits in der Regierungserklärung aufgezeigt. Sie erfordern aber neue Kräfte und zum Teil wahrscheinlich auch neue Köpfe und immer ein hohes Maß an Öffentlichkeit. Hervorzuhebende Aufgaben bestehen – darüber ist ja zum Teil schon gesprochen worden – in der Erfassung des gesamten Aufkommens aller Abprodukte und der Lösungswege für ihre Entsorgung. In der Erfassung des Potentials stehen wir für vermeidbare und verwertbare Abprodukte. Das heißt konkret:

Erstens: Müllvermeidung. Auch wir sind dafür. Sie müßte honoriert werden sowohl bei der Industrie als auch bei der Bevölkerung.

Zweitens: Trennung von Müll und verwertbaren Abfällen. Das ermöglicht dann zum Beispiel Kompostierung, Gewinnung von Abwärme, von Biogas et cetera.

Drittens: Zu prüfen ist die Möglichkeit kostenfreier Abgaben von Sekundärrohstoffen durch Industrie und private Haushalte.

Viertens: Es bedarf einer vertiefenden Klärung, wie

und wo die unverwertbaren Abfälle entsorgt werden. Bedenken gibt es bei Großverbrennungsanlagen, die zu einem Müllimport führen könnten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die in der Regierungserklärung vorgeschlagenen Entsorgungsparks – so etwas ist auf dem Gelände des KKW angedacht – können die Diskussionen anregen. Spezialisierung und Privatisierung auf diesem Gebiet erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Für die organisatorische Bewältigung ist eine landesgesetzliche Regelung zu schaffen. Bisher wurde die Meldepflicht für Abprodukte schmäählich vernachlässigt.

Die Altlasten und neu entstehenden Belastungen befinden sich in einem krassen Widerspruch zu der Einmaligkeit unseres Naturerbes, das es, wie unser Ministerpräsident ausführte, zu bewahren, zu schützen und zu entwickeln gilt. Dieser Widerspruch muß in einer Zusammenfassung aller politischen und menschlichen Kräfte überwunden werden. Die Natur ist unser größtes und bestes Kapital, das wurde schon erwähnt. Das sollten wir aber auch nie vergessen.

Es wäre noch über vieles zu reden gewesen, Stichworte waren schon da und bieten sich auch immer wieder an. Auch ich hätte gerne über umweltfreundliche Energiequellen gesprochen, so wie es die SPD und die F.D.P. schon getan haben, nämlich über die Energiequellen Sonne, Wind und Erdwärme, die auch nach unserer Meinung mit höchstem ökologischen Nutzen Verwendung finden müssen.

Ein anderes Postskriptum, das Mitgliedern unseres Umweltschutzbereiches am Herzen liegt, ist zum Beispiel das Problem der Melioration, der neuen GmbHs, die nicht zum Zuge kommen, weil die möglichen Auftraggeber, die Landwirtschaft und die Kommunen, selber genug Probleme, aber keine Finanzen haben. Hilfreich wären hier noch zu schaffende Boden- und Wasserverbände.

Die Zeit ist zu kurz, ich breche einfach ab und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke dem Abgeordneten Jelen und bitte Herrn Dr. Stadermann von der LL/PDS, das Wort zu nehmen.

Dr. Peter Stadermann LL/PDS: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß bei der Fülle der Probleme eine Regierungserklärung die Details für die einzelnen Sachgebiete niemals befriedigend beleuchten kann und daß deshalb die Lesart über Kritik oder Zustimmung entscheidet. Ich spreche aus der Sicht der Opposition, meine Lesart ist also kritisch. Ich spreche aus der Sicht meines Berufes und meiner Tätigkeit außerhalb dieses Parlamentes und will auf die Probleme eingehen, die der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung zur Entwicklung des kleinen Mittelstandes gegeben hat.

21 476 kleine mittelständische Unternehmen wurden bis zum 30. September 1990 gegründet. Aber nur 14 Prozent davon sind Handwerks- und produzierende Dienstleistungsbetriebe. Der Rest verkauft als Kleinst- und Einzelunternehmen Erzeugnisse aus den Altbundesländern.

Die Kurzarbeit in den gestandenen und neu gegründeten produzierenden Handwerks- und Gewerbeunternehmen steigt in gleichem Maße wie in den Großbetrieben. Die Zahl der Arbeitnehmer in diesem Bereich ist rückläufig. Die Ursache hierfür: Die bestehenden Aufträge vom ersten Halbjahr 1990 von Großbetrieben, Kommunen und von der öffentlichen Hand allgemein wurden aufgekündigt. Die durch Fördermittel finanzierten Aufträge der öffentlichen Hand für das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern sind nur in schleswig-holsteinischen Katalogen ausgeschrieben, in Mecklenburg-Vorpommern aber nicht. Die ansässigen Betriebe hier im Lande sind damit von der Bewerbung um diese Aufträge im Territorium völlig ausgeschlossen.

Der wucherhafte Zinsanstieg – ich betone: der wucherhafte Zinsanstieg – der Altkredite auf 300 bis 400 Prozent plus 14 Prozent Mehrwertsteuern und 70 Prozent Personalkostenanstieg im Handwerk und in den produzierenden Unternehmen gefährden die Liquidität und verhindern gegenwärtig jede eigene Investition.

Die durch Handwerksbetriebe wie Elektriker, Tischler, Maler, Installateure oder Schlosser eingesetzten Materialien werden zu so hohen Eigenkaufpreisen angeboten, daß aus dem erzielbaren Gewinn trotz erhöhter Preise im Land Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel gegenüber Schleswig-Holstein keinerlei rentable Vermarktung erfolgen kann. Die Monopolstellung der Zulieferer aus den Altbundesländern, der fast kriminelle Aufkauf der Masse der Einkaufs- und Liefergenossenschaften und gleichzeitige Stopp der Erzeugung einheimischer Materialien wie Holz, Stahl, Armaturen und so weiter sind dafür die Ursache.

Herr Ministerpräsident Dr. Gomolka, Sie sprechen sich für die Unterstützung der gestandenen ansässigen Unternehmen aus. Ich vermisste aber konkret, wie den Unternehmen Chancengleichheit bei der Bewerbung um Aufträge in unserem Land eingeräumt werden soll. Ich vermisste den Aufruf zur Solidarität der Kommunen mit den ansässigen Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen. Ich vermisste den Aufruf zur Solidarität an den Handel, die einheimischen Produkte zu vertreiben. Ich vermisste auch den Gedanken zu den Problemen der Altkreditenschuldung und der Entschädigung der Mittelständler bei der Wirtschaftsstrukturierung in Betrieben, die der Treuhand unterstehen. Die privatisierten Großbetriebe werden durch die Passagen im Einigungsvertrag entschuldet. Aber die Folgekosten sind durch die Klein- und Mittelständler voll zu tragen. Sanktionen können nicht eingeklagt werden, weil die Partner als juristische Personen nicht mehr existieren.

Noch einige andere wichtige Punkte wünschte ich mir in Ihrer Erklärung zu finden. Durch die Währungs- umstellung und den Übergang der Bank- und Finanzhoheit aus der Hand der ehemaligen Staatsbank an die Bundesbanken entstanden gesetzefreie Räume, die noch immer nicht beseitigt sind und deren Folgen zu sehr wirksamen Schädigungen der genannten Handwerks- und Gewerbebetriebe führen. Wir haben noch immer eine Banklaufzeit von zwanzig Tagen auf der Volksbank und dadurch einen Rechnungslauf bis zu sechzig Tagen und damit wiederum eine zusätzliche Verzinsung der Umlaufkredite bis zu 16 Prozent. Die Volksbanken sind aber die ehemaligen Banken der

Mittelständler. Alle anderen Banken sind inzwischen mehr oder weniger technisch angepaßt. Es ist schwer, Herr Minister, hier von Zufall zu reden, ich kann das nicht. Mir scheint, es ist Absicht.

Ich bin der Meinung, zu diesen Problemen bedarf es der Handlung, dazu bedarf es zumindest der Absicht zur Veränderung, zur Sicherung der Fairneß beim Umgang mit den finanziellen Fonds der Klein- und Mittelständler. Ich habe keine Zeit, hier noch mehr Dinge anzusprechen.

Als Mitglied der Opposition habe ich mir das Recht genommen, ein Detail herauszupicken. Ich wünschte mir, daß diese Dinge in der zukünftigen Arbeit mehr Beachtung finden, nicht im allgemeinen. Im allgemeinen wird über Fördermittel und all die anderen Dinge gesprochen, aber im Detail, im ganz konkreten Fall ist die Wirksamkeit der Absicht aufgehoben durch fehlende Instrumentarien – Danke schön.

(Beifall bei der LL/PDS)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Abgeordneter Stadermann, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Ihde von der F.D.P.?

(Dr. Peter Stadermann: Selbstverständlich.)

Georg Ihde F.D.P.: Herr Dr. Stadermann, ich hörte vorhin von Ihrem Fraktionskollegen Herrn Scheringer, daß er gegen ein globales Niedrigsteuersatzgebiet in den neuen Bundesländern ist. Wie hat man das zu verstehen, wenn Sie sich hier als Förderer des Mittelstandes auführen?

Ich habe noch eine weitere Frage. Sie führten in der gestrigen Aussprache – was ich schon kritisierte – an, daß Sie die Forderungen der Eisenbahner unterstützen, somit auch deren Lohnforderung. Gleichzeitig kritisieren Sie hier die hohen Lohnkosten in Handwerk und Gewerbe. Wie vereinbart sich das?

Dr. Peter Stadermann LL/PDS: Ich möchte mit der Beantwortung der letzten Frage beginnen. Ich spreche nicht von zu hohen Löhnen in Handwerk und Gewerbe. Die Löhne bei den Arbeitnehmern haben sich nicht verändert, sondern die Lohngemeinkosten sind gestiegen, die Zinsbelastungen für die Kredite sind gestiegen, weil sich die Umlaufzeit der Rechnungen auf bis zu sechzig Tagen erhöht hat. Die Belastungen sind dadurch gestiegen, daß 14 Prozent Mehrwertsteuer abgeführt werden müssen. Die Belastungen sind auch dadurch gestiegen, daß die Materialien zu einem so hohen Preis eingekauft werden müssen, daß sie nicht mehr gewinnbringend eingesetzt werden können. Das hat mit hohen Löhnen nichts zu tun. Aber Sie fragen ja weniger nach diesem Gefüge, sondern in erster Linie danach, wie das mit dem Eisenbahnerstreik und den daraus resultierenden Problemen zu vereinbaren ist.

Es sind zwei Dinge, über die wir hier gleichzeitig sprechen. Ich glaube, den ersten Teil habe ich richtiggestellt. Selbstverständlich ist es sehr begrüßenswert, wenn die Bürger dieses Landes dafür eintreten, nicht als Menschen zweiter oder dritter Klasse bezüglich ihres Lebensstandards in deutschen Landen behandelt oder eingestuft zu werden. Aus dieser Sicht unterstützen wir jedes Bemühen, das den Bürgern dieser neuen Bundesländer die Möglichkeit schafft, aufrecht zu gehen. Dort gehe ich auch persönlich mit und unterstütze das.

Ich weiß natürlich um das Problem, daß es breite Bestrebungen in Westeuropa gibt, die Bereiche der Deutschen Reichsbahn um ihre Transportaufträge zu erleichtern. Mit schlichten Entlassungen sehen sich die Drahtzieher dabei aber einer sehr starken Gewerkschaft gegenüber und mit ihr konfrontiert. Aber in dem Moment, in dem sich Verunsicherung auf dem Markt breit macht, dadurch, daß die Reichsbahntransporte nicht mehr gesichert sind, verlagern sich wichtige Transporte automatisch schwerpunktmäßig auf die Straße. Und das ist die Unfairneß dabei, nämlich, daß diese Dinge mißbraucht werden. Damit werden eventuell erstreikte Lohnerhöhungen in einem Jahr hinfällig, indem die Reichsbahn zuwenig Aufträge hat und weniger Transporte durchführen kann. Das ist eine ganz große Schurkerei; in gewissem Sinne wird dort Mißbrauch betrieben.

Die Berechtigung der Reichsbahner besteht in jedem Falle, auch deshalb, weil in diesem Land nicht jede Berufsbranche diese Berechtigung aussprechen kann. Es bedarf schon einer sehr großen, flächenmäßig organisierten Institution, um eine solche Forderung aufstellen zu können. Da gebe ich Ihnen recht, das ganze Ding hat zwei Seiten.

(Walter Goldbeck F.D.P.:
Die nutzen das Monopol aus!)

– Ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Wenn Sie möchten, stellen Sie die Frage anschließend.

Ich hoffe, ich habe Ihre zweite Frage damit beantwortet, Herr Ihde.

(Georg Ihde F.D.P.: Sicherlich stimmen wir beide in diesem Punkt nicht überein, aber danke schön!)

Es gibt dazu sicherlich noch viel mehr zu sagen, aber nicht in diesem Plenum, das würde den Rahmen sprengen.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke dem Abgeordneten Stadermann. Als nächster hat Herr Riemann von der CDU das Wort.

Wolfgang Riemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die uns vorliegende Regierungserklärung findet gerade in finanzpolitischer Hinsicht die uneingeschränkte Unterstützung unserer Fraktion. Es ist wahr: Die vierzigjährige Mißwirtschaft einer korrupten SED-Clique hat uns auch in Mecklenburg-Vorpommern auf finanziellem Gebiet einen Scherbenhaufen hinterlassen.

Der Wiederaufbau unseres Landes erfordert einen erheblichen Finanzbedarf, welcher in keinem Verhältnis zu den derzeitigen Leistungsmöglichkeiten unseres Landes steht. Hier sind in erster Linie die Mittel privater Investoren sowie Bundesmittel beziehungsweise Mittel über den Länderfinanzausgleich als Hilfe zur Selbsthilfe gefordert. Ein effektiver Einsatz dieser Mittel in Eigenverantwortung der jeweiligen Verfügungsberechtigten ist unserer Unterstützung sicher.

Wenn es in der Regierungserklärung heißt, alte, noch offene Rechnungen dürften nicht unsere zukünftige Entwicklung behindern, so verstehen wir als Fraktion der CDU die Interessenvertretung unserer Bürger so, daß wir uns dafür einsetzen, daß der Mehrbe-

darf von 738 Millionen DM für das Jahr 1990, der zu 60 Prozent als Altlast das Haushaltsjahr 1991 belasten soll, noch 1990 aus Bundesmitteln sowie verstärkt aus Mitteln der Altbundesländer ausgeglichen werden muß.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß der Bund 99 Prozent der Kosten der deutschen Einheit trägt, die Altbundesländer sich aber nur mit einem Prozent beteiligen wollen. Hier wird eine Grenze neu aufgerichtet, an deren Beseitigung wir seit der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 gearbeitet haben.

Im übrigen widerspricht diese Tatsache auch der im Grundgesetz festgelegten Gleichbehandlung und Gleichentwicklung aller Bundesländer. Deshalb muß es unser Ziel sein, schon 1991 den Länderfinanzausgleich zwischen allen sechzehn Bundesländern in voller Höhe zugunsten der fünf neuen Bundesländer wirksam werden zu lassen.

(Beifall bei Johann Scheringer, LL/PDS)

Den Kollegen der SPD möchte ich empfehlen: Machen Sie in diesem Sinne Ihren Einfluß bei den SPD-regierten Altbundesländern geltend.

Werter Kollege Ringstorff, bei Ihrer Rede hatte ich oftmals den Eindruck, daß Sie bei der Rede des Ministerpräsidenten das in den vergangenen vierzig Jahren oft so bewährte Ohropax verwendet hatten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich glaube schon, daß auch die Opposition heute etwas genauer zuhören sollte. Verehrte Kollegen, die SPD macht zwar wahltaktische Vorschläge, was zu verbessern wäre. Ich erkenne aber in der Rede, werter Kollege Ringstorff, weder ein klares Konzept noch Ansätze von Lösungen zur Beseitigung dieser Krise. In Ihren Ausführungen fehlen völlig finanzpolitische Vorstellungen zur Bezahlung Ihrer Wahlversprechen.

Aber ich möchte hier nicht nur von den Kosten der Einheit unseres Vaterlandes reden – wie ein Herr aus dem Saarland –, sondern auch von den Möglichkeiten, die uns, wie keinem anderen Staat Osteuropas, aus der Einheit erwachsen.

Wir Christdemokraten sehen unsere Aufgabe darin, die finanziellen Rahmenbedingungen für einen schnellen Wirtschaftsaufschwung über die Mobilisierung eigener Mittel und die Kreditaufnahme in Höhe der Landesinvestitionen und der Investfördermaßnahmen zu verbessern.

Mit der finanziellen Hilfe des Bundes, der Länder sowie privater Investoren wird 1991 als das Jahr des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs in die Geschichtsschreibung von Mecklenburg-Vorpommern eingehen. Wir stimmen dem Ministerpräsidenten zu, wenn er sagt, der aufgeblähte Verwaltungsapparat des alten zentralistischen Systems muß abgebaut werden.

Gestern haben wir an dieser Stelle beschlossen, die Löhne und Gehälter der in den Kommunen, in den Kreisverwaltungen und in den Regierungsbehörden Tätigen 1991 auf 50 bis 60 Prozent im Verhältnis zu den Altbundesländern anzuheben. Ich glaube, daß wir einer Forderung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, der auch ich angehöre, sehr entgegenkommen.

Diese Lohnsteigerung darf aber nicht zu einer Steigerung der Personalkosten führen. Wir bitten Sie, Herr Ministerpräsident, bleiben Sie in Fragen des Personalbestandes bei Ihrer Forderung nach einer kleinen, aber effektiven und bürgernahen Verwaltung. Lassen Sie so unsere Regierung ein Beispiel für alle Kommunen, Kreisverwaltungen, aber auch für die Altbundesländer werden.

In der Regierungserklärung heißt es, daß der Bund in den nächsten drei Jahren jeweils rund 200 Millionen DM für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für unser Land bereitstellt. Dieses ist uneingeschränkt zu begrüßen. Gerade ich als ein Abgeordneter aus Vorpommern, wo sich unter der SED-Herrschaft von Tisch über Timm und Kühl bis Kreuzer Fuchs und Hase gute Nacht sagten, weiß diese Förderung besonders zu schätzen.

Allerdings wird auch von unserem Land ein gleich hoher Mitfinanzierungsanteil erwartet. Wir bitten hierbei noch einmal den Bundesrat und den Bundesfinanzminister, zu überprüfen, ob Möglichkeiten bestehen, den angedachten Mitfinanzierungsanteil von 13 Prozent der für 1991 geschätzten Steuereinnahmen zu senken und dafür 1993 einen höheren Anteil festzulegen.

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der finanziellen Situation unseres Landes sehe ich allerdings noch. Gestern habe ich die PDS in diesem Hause aufgefordert, ihr Geld für die Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Ich möchte dieses noch einmal anhand eines Beispiels aus meinem Wahlkreis erhärten: Im Frühjahr dieses Jahres stellte die PDS im Kreis Wolgast eine erhebliche Geldsumme für das Gesundheitswesen zur Verfügung. Eine gute Sache, sollte der Bürger meinen. Zur gleichen Zeit verkaufte sie vier ehemalige ZK-Heime an die Interflug. Nach einer Information soll allein das Heim Soja-Kosmodanskaja in Ahlbeck für mehr als 3 Millionen verkauft worden sein. Den Bürgern dieses Landes geraubtes Vermögen wurde also an einen Staatsbetrieb verkauft.

Allein dieses wäre schon eine Untersuchung wert. Aber es soll noch besser kommen. Aus dem Heim wurden wertvolle Heimelektronik, Küchengeräte, Porzellan, Bettwäsche und vieles andere mehr in Nacht- und Nebelaktionen herausgeholt. Das Interflugheim in Ahlbeck – ehemals Soja-Heim – kann deshalb kaum die normale Essenversorgung der derzeitigen Gäste absichern. Der wertvollste Teil dieser Ausrüstung wurde in das PDS-eigene Kliff-Hotel in Baabe transportiert. Ein Teil wurde dem Rehabilitationszentrum des Kreises Wolgast zur Verfügung gestellt, aber nicht etwa unentgeltlich, wie man es von einer ehrlichen und sauberen Partei erwarten könnte. Nein, es wurde noch einmal abkassiert: Etwa 500 000 DM mußte das Gesundheitswesen dafür bezahlen.

Ich fordere die PDS hier noch einmal auf: Geben Sie Ihre gesamten geheimen Konten, Ihr gesamtes Auslandsvermögen, Ihre gesamten Schwindeldarlehen, alle Ihre Heime und Einrichtungen in Landeshoheit,

(Beifall bei der CDU, der SPD und der F.D.P.)

und nicht nur etwa 800 000 DM aus wahltaktischen Gründen in ein Altersheim. Tragen Sie als Nachfolgerin einer Partei mit dazu bei, den Schaden, den sie verursacht hat, zu mildern und beseitigen.

Abschließend möchte ich sagen: Wir Parlamentarier der CDU-Fraktion sind uns durchaus der schwierigen finanziellen Lage unseres Landes bewußt, aber wenn Kommunen, Kreisverwaltungen, Treuhand, private Investoren, auch Gewerkschaften, Herr Ringstorff, Banken, Kreditinstitute und unsere Regierung an einem Strang ziehen, so wird Mecklenburg-Vorpommern – ähnlich wie der Freistaat Bayern – in wenigen Jahren zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas zählen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Danke, Herr Abgeordneter Riemann. Ich erteile der Abgeordneten Frau Lautenschläger von der Linken Liste/PDS das Wort.

Heide-Marlis Lautenschläger LL/PDS: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Mecklenburg-Vorpommern – unsere Heimat – gemeinsames Ziel. Ist damit gesagt, was den Menschen hier Heimat und Identität bedeuten soll? Zu Hause sein, im tiefsten Sinne des Wortes, wie nötig haben wir dies alle! Es schließt ein, uns mit Wurzeln halten zu können in unserer Vergangenheit, der guten wie der bösen, in der überlieferten wie in der selbsterlebten. Zu Hause sein birgt in sich die Erkenntnis und die freie Entscheidung, hier auf diesem Fleckchen unseres Landes verweilen zu wollen, uns umzutun, unseren Geist wirken zu lassen, die Hände sich regen zu heißen, den Sinnen ohne Argwohn umherschweifen zu gestatten.

Daheim bin ich nicht in dieser oder jener Wirtschaftsform, wenn auch feststeht, daß sie es ist, die mir Brot und Bett ermöglicht oder verwehrt.

Heimat ist, wo meine Seele klingt, wo mein Herz sich gerne bindet an tausend Dinge, die im Unbewußten leben, wo Dichterwort und Volksmund mich berühren, wo Landschaft, Städte, Dörfer mich nicht abstoßen, nicht zermürben und freudlos machen, sondern durch vielfältige Impulse anregen, bilden und mir Freude geben. Zu Hause wird sein, wo Wärme im Alltag ist, und wenn nicht Tatsache, so doch Hoffnung lebt auf intensivere neue Menschlichkeit. „Und ohne solche Liebe der Schönheit“ – sagt ein deutscher Dichter – „ohne solche Religion ist jeder Staat ein dürr Gerippe ohne Leben und Geist, und alles Denken und Tun ein Baum ohne Gipfel, eine Säule, wovon die Krone herabgeschlagen ist.“

Wenn wir uns nun anschicken, Gesetze machen zu wollen für Generationen, die hier sind, die kommen werden, sollten wir gewiß Bedingungen schaffen, die das Auf und Ab des Tages und das Tagwerk selbst sichern. Wir sollten nach einem Regellaß suchen, das Platz gibt für Notwendigkeit und Freiheit im menschlichen Tun und Lassen. Wir sollten aber die Dinge auf ihren tiefen Gehalt, ihr Wesen prüfen, und von daher die Wirkung ermessen für alles Lebendige. Kultur in jedem Bereich des Lebens muß Geist, Gipfel und Krone unseres Sinns und unserer Handlung sein.

Suchen wir mit Ernst und Fleiß ein Bündnis zu erproben zum Verwirklichen von Hoffnung und Forderung, von den Wünschen derer, die uns diese Aufgabe anvertrauen. Nutzen wir schöpferischen Streit zu Ansporn und Überprüfung unserer Gedanken. Erkennen wir Kleinmut und Dünkel als Schranken und die Notwendigkeit, sie zu überwinden. Gewesenes darf uns

nicht ängstlich machen und auch nicht verhärten. Die Lehre aus dem Gestern muß uns reifen lassen und wachsen, damit wir selbst ein Bild geben von dem, was wir wollen.

Die Kultur in unseren Köpfen und Herzen wird der Spiegel sein, der etwa beschlägt und stumm ist oder licht und weit und offen. Fangen wir darin ein, was um uns ist, damit wir wach bleiben und gewahr werden, an welchem Zweig ein Blatt verdorrt und wo der Stamm ausschlägt, neue Triebe bildet und zur Blüte ansetzt. Messen wir uns an dieser Krone, die überallhin zeigt, ob wir ihre Bedrücker oder Förderer und Befreier sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Herr Dr. Nieter von der CDU-Fraktion.

Dr. Helmut Nieter CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Regierungserklärung hat unser Ministerpräsident Zeichen für unser Mecklenburg-Vorpommern gesetzt. Umrissen sind die Grundaufgaben der vor uns liegenden Aufgaben, zeigen Probleme und lassen erkennen, daß vierzig Jahre verfehlte Entwicklung nicht von heute auf morgen zu erneuern sind, sondern hart und vielschichtige Arbeit von uns allen verlangen.

Die Bürger unseres Landes werden auf Parlament und Regierung schauen und Veränderungen erwarten. Die Sorge um den ländlichen Raum, die Landwirtschaft existenzfähig zu machen, Sicherheit und Arbeit, Natur und Umwelt zu gestalten, zu erhalten und zu pflegen, wird wieder eine Einheit werden. Das erfordert, wie es in der Regierungserklärung gesagt wurde, in erster Linie die Eigentumsfragen nach dem Einigungsvertrag mit der Bodenreform zu klären und so Strukturpolitik zu machen.

Die Opposition hat dazu zitiert, aber leider nur halb, denn das Wort „erforderlichenfalls“ trifft eine Aussage. Auch die Opposition muß sich die Frage beantworten, Struktur auf Kosten von Werten zu schaffen, oder Werte auf Kosten von Strukturen zu erhalten. Gerade hier können wir nicht kurzerhand westliche Strukturen übertragen und Leitbilder für die Agrarpolitik schaffen wollen. Die Antwort finden wir in der Vielfalt – hoffe ich gemeinsam mit der Opposition –, im bäuerlichen Privatbetrieb, in der Gruppenlandwirtschaft, in der freiwilligen genossenschaftlichen Landwirtschaft, in den Staatsdomänen der Lehr- und Versuchsgüter oder in Erzeugergemeinschaften.

Bei allen Vorhaben und Überlegungen muß die Gleichheit für alle stehen, die in freier Entscheidung getroffen wurde. Das erfordert jedoch eine andere Betriebswirtschaft, entsprechende Steuerregelungen, Bildung, Beratung, Umschulung und Marketing im Verbund Landwirtschaft, Industrie, Be- und Verarbeitung.

Diese Umgestaltung braucht die Anpassung als permanenten Prozeß der Marktwirtschaft, der durch die Eigentümer zu vollziehen ist. Die Anpassungszeit ist für die Landwirtschaft relativ kurz, denn mit dem Blick auf die EG verbleibt uns nicht viel Zeit, weil in diesem Prozeß Anpassung auch Konflikte zur Umwelt, zum Außenhandel und zur europäischen Agrarpolitik sich zeigen.

Hier den möglichen Weg zu gehen, stellt die Größe der Arbeit der Regierungserklärung für den Zweig Landwirtschaft, Forsten, Ernährung und Fischerei dar.

Ich sehe dort die reale Chance – bei Beachtung der marktwirtschaftlichen Zwänge –, daß in unserem Mecklenburg-Vorpommern die Landwirtschaft ihrer Rolle gerecht werden kann. Wir stehen vor keiner Katastrophe, wie es von einigen immer wieder betont wird, um Unsicherheiten zu belassen.

Ich erinnere an die gestrige Aussprache zum Schuldenmoratorium. Die Kredit- und Altlasten sind der verfehlten Agrarpolitik der SED zuzuschreiben und nicht der neuen freiheitlichen demokratischen Entwicklung. Oder die tiefe Krise im Juli, August ist doch dem Versagen des ehemaligen Ministeriums Ernährung und Landwirtschaft zuzuschreiben, das die Mittel zurückgehalten und nicht ausgegeben hat. Die sogenannte chronische Krise hat doch Ursachen in den noch vielen Altlasten, in den noch vorhandenen Seilschaften, GmbH's und anderen, die die Preise unter Druck setzen und damit das Neue behindern wollen.

Warum, so frage ich, zahlt zum Beispiel die Getreide GmbH für Raps 725 DM je Tonne und unser Raiffeisen-Partner 790 DM bis 805 DM je Tonne? Das sind alte Seilschaftenmanieren. Hier sehe ich neben den erforderlichen Strukturveränderungen in den Betrieben die notwendigen Veränderungen, um uns von diesen Altlasten an ehemaligen Kommandostellen schnellstens zu trennen und den Weg für echte, soziale Marktwirtschaft zu gestalten. Die Offenlegung des VdgB-Vermögens sollte auch dazu gehören.

Ich kann also sagen, die Opposition redet, kritisiert über Geschwindigkeiten und vieles andere, doch die Regierung handelt. In der Regierungserklärung sind Akzente gesetzt und Ergebnisse der Verhandlungen durch unseren Minister, Herrn Brick, lauten: Für die Wiedererrichtung bäuerlicher Familienbetriebe werden jetzt 250 000 DM öffentliche Darlehen zu 1 Prozent Zinsen und 2 Prozent Tilgung gewährt. Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe 90 000 DM öffentliches Darlehen – zuvor 50 zu 1 Prozent Zinsen und 3,75 Prozent Tilgung. Öffentliche Darlehen können bäuerliche Familienbetriebe bis zu 300 000 DM erhalten bei 5 Prozent Zinsverbilligung. Die Starthilfen wurden auf 23 000 DM erhöht und weitere Zuschüsse für den Bau von Gebäuden zur Rinderhaltung in Höhe von 50 000 DM.

Ein großer Erfolg ist, daß der Bund grundsätzlich bereit ist, Ausfallbürgschaft mit 60 Prozent zu tragen. Weiter hat unser Minister beantragt und die Zustimmung erhalten, für Investitionen in ernährungswirtschaftlichen Betrieben jetzt 45 Prozent Zuschüsse zu erhalten und eine Förderung von baulichen Verbesserungen im Wohnhausbereich mit Investitionszuschüssen von 40 Prozent bis zu 12 000 DM. An allen Maßnahmen beteiligt sich der Bund mit 60 Prozent bei der Dorferneuerung und -verschönerung.

Entscheidungen über Förderung von Investitionen von LPGen werden Ende Januar erfolgen. Mit dieser Investitionsförderung wollen wir die Lebensverhältnisse in unseren Dörfern verbessern, den Menschen Perspektiven geben, Signale für eine Zukunft setzen: Also nicht Katastrophe, wohl aber tiefgreifende Verände-

rung im Anpassungszeitraum für die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein weiteres wesentliches Element für die Erneuerung stellen die Agrarforschungskapazitäten unserer Landwirtschaft dar. Sie gilt es für größere Aufgaben zu profilieren. Ich unterstütze deshalb die Problemstellung, nachwachsende Rohstoffe als zu erschließendes Gebiet nicht nur im Rapsanbau, sondern auch in der Stärke-Bio-Alkohol- und Faserrohstoff-Produktion einzubeziehen, denn, Herr Abgeordneter Scheringer, eine wesentliche Alternative ist das wahrscheinlich für die Landwirtschaft und nicht, was nach GATT kommt.

Hier wird die Regierung klare Zielrichtungen im Verbund zwischen Landwirtschaft, Forschung, Wissenschaft, Industrie und Markt zu entwickeln haben. Die Landesforschung muß sich also typisch auf Mecklenburg-Vorpommern orientieren, denn letztlich muß das Land die Kosten dafür tragen, und diese Kosten müssen sich in Ergebnissen wiederfinden, um im Kreislauf auch wieder höhere Steuereinnahmen zu erzielen.

Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft spielt die Umwelt eine wichtige Rolle. Aus meiner Sicht als Landwirt haben wir die umweltgerechte Produktion zu fördern, das heißt zum Beispiel für mich, Flächenstilllegung oder ökologischer Landbau mit geringeren Erträgen, höherer Qualität, gesünderer Ernährung in der Struktur und Entflechtung zu beachten.

Viele Gespräche zum Abfall, Müll, Verbrennung und Beseitigung gibt es. Ich halte es für zweckmäßig, die Verwertung organischer Abfälle fest und flüssig – bis zu Nährschlamm – ins Spiel zu bringen und sich auch hier dem billigeren, natürlichen Stoffkreislauf zuzuwenden. Wir sparen Haushaltsmittel, mineralische Düngelast, schränken Aufwand und Belastung ein und können nachwachsende Rohstoffe produzieren.

Abschließend möchte ich die Regierung bitten, eine enge Zusammenarbeit mit den Agrarverbänden zu führen. Die Gestaltung der Agrarpolitik, die Förderung, Quotenregelung, Konzeption und Maßnahmen sollten mit den Agrarverbänden erfolgen. Der Genossenschaftsgedanke ihrer Gründer Raiffeisen und Schulze-Delitzsch kann uns guter Wegbegleiter für das Programm der Landwirtschaft sein, um den gemeinsamen Kampf – besonders mit den Bauern Schleswig-Holsteins – mit der EG zu führen. Deshalb sollten wir gegenwärtig darauf achten, nicht durch Fremdпachtungen der besten Böden Schaden für unser Land entstehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und Dr. Peter Kauffold SPD)

Ich darf erklären, daß ich die Regierungserklärung mittrage und mein Wissen und Können für ihre Wirksamkeit einsetzen werde.

Zum Schluß sei mir gestattet, Ihnen, Herr Abgeordneter Scheringer, die ersten 200 DM, die ich freundlicherweise unter meinem Scheibenwischer am Auto von Ihrer Partei angeheftet fand, als Anzahlung für die Entschuldung oder den Umlaufmittelbereich Ihrer LPG zu überreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Herr Dr. Zessin von der CDU-Fraktion.

Dr. Wolfgang Zessin CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als Abgeordneter Nummer 66 bin ich heute ausnahmsweise einmal nicht der letzte dieser Aussprache; ich denke, daß nach mir noch andere kommen. Es ist soviel Gutes, Kluges und auch weniger Gutes gesagt worden, und es fällt mir schwer, mein Konzept, das ich vorbereitet hatte, in dieser Weise vorzutragen, weil man selbstverständlich auch auf die Argumentation der Opposition etwas mehr eingehen muß.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß das Recht die Freiheit schützt und damit auch den inneren Frieden. Ebenso wahr ist, wenn die Freiheit des Andersdenkenden nicht gewahrt wird, gibt es keine Freiheit. Freiheit und Recht sind also wie siamesische Zwillinge: wo der eine nicht ist, da ist auch der andere nicht, und wo der eine ist, da ist auch der andere. 57 Jahre hat man den Bürgern dieses Landes Freiheit und Recht vorenthalten. Das ist ein ganzes Menschenleben. Das sind zwei Generationen. Zwei Diktaturen, zwei totalitäre Regime haben die Freiheit mit Füßen getreten und Recht zu Unrecht gemacht.

Wir stehen in der historischen Pflicht, die Grundsätze des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates in unserem kleinen Land Mecklenburg-Vorpommern wieder herzustellen. Förderative Ordnung und kommunale Selbstbestimmung, Selbstverwaltung auf allen Ebenen und in allen Bereichen gilt es, zügig zu verwirklichen.

Was bedeutet das? Das bedeutet erstens: Wir brauchen rasch – und das stimmen wir mit den Abgeordneten von den Oppositionsbänken überein – eine freiheitlich-demokratische Landesverfassung sowie Gemeindeordnungen. Ich betone rasch, aber das heißt nicht hektisch und heißt nicht übereilt. Es ist sehr viel von hoher und höchster Bedeutung in dieser Landesverfassung festzuschreiben und zu regeln. Das muß mit Umsicht und wachen Blickes geschehen. Das kann man nicht einfach woanders abkupfern.

Sie werden sich erinnern, meine Damen und Herren von der Opposition, bei der Festlegung der Sachverständigen und Parlamentarier für die zu bildende Verfassungskommission haben wir als CDU unter Hinweis auf die gemeinsame Trägerschaft der Revolution in diesem Land auch für eine Teilnahme der nicht im Parlament vertretenen Gruppen Grüne und Bündnis '90 plädiert, und – lassen Sie es mich so deutlich sagen – bei allen parteipolitischen, grundsätzlichen Differenzen, die es gibt, haben wir in der gemeinsamen Arbeit des Rechtsausschusses unsere Konsensfähigkeit nachgewiesen. Das stimmt mich zuversichtlich, auch für die Zusammenarbeit in der Kommission zur Erarbeitung der Landesverfassung.

Zweitens gilt es, eine unabhängige und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtete Gerichtsbarkeit aufzubauen. Sie werden mir recht geben: Hier müssen wir ganz von vorn beginnen. Halten wir uns doch vor Augen: Welche Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte haben wir zur Verfügung? Es sind dieselben, die in der Vergangenheit das Recht gebeugt haben, die in der Mehrzahl – bei Richtern und Staatsanwälten wohl alle – auch politische Urteile gefällt haben, und das im

Sinne der verkommenen Rechtsauffassung des verbrecherischen SED-Regimes, ihrer Partei und des willfährigen Werkzeuges Staatssicherheit.

Mit diesen Leuten gelingt es nicht, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen und herzustellen. Hier erwarten – auch mit Recht – die Menschen im Lande deutliche Zeichen, die wir setzen müssen und die wir als Regierungspartei auch setzen werden. Hierin, denke ich, haben wir auch die volle Unterstützung der SPD.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt noch abschließend eine Bemerkung machen: Der hohe Bedarf an Juristen in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern ist unumstritten. Vermutlich – mein Rechtsempfinden gebietet mir, das ganz stark anzunehmen – werden nur wenige der alten Richter und Staatsanwälte über die Richterwahlausschüsse erneut richten und im Namen des Staates anklagen können. Das ist auch so in Ordnung. Denn es war das System der alten SED-Herrschaft, daß sich kein Richter etwa auf unpolitische Bereiche der Rechtssprechung zurückziehen konnte. Sie wurden alle, ausnahmslos alle in die Pflicht genommen, ihre Treue zu Staat und SED unter Beweis zu stellen.

Woher wollen wir nun die vielen fehlenden Juristen nehmen? Da bedarf es zweifellos der Hilfe aus den älteren Bundesländern. Wir als CDU-Fraktion begrüßen es, daß mit dem Aufbau juristischer Fakultäten an unseren beiden Universitäten begonnen wurde. Intensive Vorarbeiten sind dazu bereits in Greifswald und Rostock getätigt. Wir können jungen Menschen in unserem Lande nur raten: Studieren Sie Jura. Der Bedarf an Juristen wird auch in Jahren noch nicht abgedeckt sein.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen drittens einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch ein bewährtes Berufsbeamtentum. Hier müssen wir rasch wirksam werden. Hier gilt es vor allem fähige und durch die Vergangenheit unbelastete Mitarbeiter zu finden.

Wir werden uns auch nicht scheuen, jene aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, die im SED-Staat Schuld auf sich geladen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte zum Thema Staatssicherheit sagen: Wir alle wissen, diese verbrecherische Organisation hat mit den Mitteln der Nötigung, Erpressung, der Drohung und Einschüchterung durch die Ausübung brutaler Gewalt und durch ein ausgeklügeltes System der Bespitzelung unsägliches Leid über uns gebracht. Die Stasi war das Unterdrückungs- und Machtsicherungsorgan der SED/PDS. Gott sei Dank, das ist nun vorbei.

„Stasi in die Produktion!“ Mit diesem Ruf sind wir gemeinsam im Herbst 1989 auf die Straßen gegangen und haben den Prozeß eingeleitet, an dessen vorläufigem Ende wir hier heute gemeinsam stehen. Sie sind nun teilweise in der Produktion,

(Dr. Harald Ringstorff SPD: Ja!)

aber wir wollten und wollen auch nicht, daß sie sich in Verwaltungen und dort teilweise in Spitzenpositionen wieder etablieren.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der SPD)

Ich komme nun zum vierten Punkt. Wir als CDU, wir Abgeordneten des Landtages, haben für die restlose Überwindung der Strukturen des alten SED-Unrechtsstaates zu sorgen. Nur im Rechtsstaat verbindet sich die Forderung nach Gerechtigkeit mit dem Willen zum inneren Frieden. Wir sind auch, Herr Dr. Ringstorff, für eine Überprüfung der ungesetzlichen Begünstigung von alten SED-Funktionären beim Eigentumswechsel in der Zeit der Modrow-Regierung. Selbstverständlich laufen Sie da offene Türen bei uns ein.

Am besten an Ihrer Rede, das muß ich sagen, hat mir die disziplinierte Einhaltung der Zeit gefallen.

(Till Backhaus SPD: Das ist ja wohl anmaßend, nicht? –

Dr. Rolf Eggert SPD: Das ist ja lächerlich!)

– Nein, ich wollte das auch gar nicht lächerlich meinen. Das ist eine sehr schwere Sache. Also, wenn man 60 Minuten Zeit hat und davon 60 Minuten spricht, gelingt das nicht jedem.

Was den Inhalt Ihrer Ausführungen betrifft, so zeigt er, so meine ich, die alte Schwäche der SPD-Politik, und diese ist: Sie machen die Rechnung ohne die Finanzen. Wunschvorstellungen haben wir auch genug. Entscheidungen werden aber immer die realistischen Zwänge, und in diese realistischen Zwänge sind wir auch als CDU in diesem Land in unserer Verantwortung als Regierungspartei gestellt. Einen Hinweis möchte ich Ihnen noch geben: Bei aller Ungeduld, Herr Dr. Ringstorff, bedenken Sie, in diesem Raum, in dem wir heute sitzen, hat noch vor einem Jahr das Parlament der SED, der von der SED diktierte Bezirkstag getagt. In einigen Punkten legen Sie zu Recht den Finger auf die Stellen, die in der Regierungserklärung nicht in der nötigen Ausführung dargestellt werden konnten. Diese Regierung befindet sich aber erst seit fünf Wochen im Amt.

Und wenn Sie möchten, daß sich die Ministerien schneller etablieren, dann müssen Sie in Kauf nehmen, daß die rote Gesinnungsfarbe in diesen Ministerien vorherrscht. Denn wenn Sie wollen, daß wir in den Ministerien ein buntes Bild haben, müssen Sie uns auch gestatten, daß wir die Bewerber entsprechend auf Leib und Nieren prüfen.

Damit bin ich beim letzten Abschnitt meiner kurzen Ausführungen angelangt. Wir treten für einen Staat ein, der seine Bürger wirksam schützt. Polizei und Strafverfolgungsbehörden verdienen zunehmend das Vertrauen der Bürger und der politisch Verantwortlichen. Es werden alle terroristischen Gewalttaten mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen sein. Auf das Innenministerium kommt eine immense Arbeit zu. Kriminalität und organisiertes Verbrechen, Rauschgiftdelikte und Vandalismus fallen bei jenen in unserem Land auf fruchtbaren Boden, die keinen Boden mehr unter den Füßen spüren. Sie sind vom SED-Staat enttäuscht, vielleicht ohne Arbeit, und der Frust geht in Gewalt über. Gewalt können wir aber nicht dulden und werden dagegen mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent vorgehen. Daneben werden wir uns aber auch mit gleicher Konsequenz den Ursachen zuwenden und sie zu beseitigen versuchen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich dieses am Schluß sagen: Wenn wir für die Bürger den inneren Frieden gewinnen wollen, müssen wir auch die Kraft zur

inneren Aussöhnung aufbringen. Nicht umsonst besagt der Artikel 1 des nun auch bei uns geltenden Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar. Geben wir all denen, die ehrlichen Herzens am Aufbau unseres Landes mitarbeiten wollen, die nötige Zeit der Besinnung, aber auch die Chance, sich mit ihrem Wissen und ihrer Tatkraft einzubringen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Schoenenburg von der Linken Liste/PDS?

Dr. Wolfgang Zessin: Wenn die Frau Präsidentin die Redezeit der nachfolgenden Redner nicht kürzt, bin ich gerne damit einverstanden.

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Ich habe Sie im Rechtsausschuß als einen sachlichen Menschen kennengelernt; deswegen bin ich etwas enttäuscht und möchte hier eine Frage stellen.

War es nicht so, daß die CDU in allen vierzig Jahren DDR eine systemtragende Partei war?

Dr. Wolfgang Zessin CDU: Nein, das muß ich entschieden verneinen. Die systemtragende Partei ist Ihre Vorgängerpartei, darüber gibt es in diesem Haus wohl keinen Zweifel.

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Also dann war es nicht so, daß die CDU nicht nur alles mitgetragen hat, was passiert ist, sondern sich häufig auch rühmte, Vorreiter zu sein?

(Jürgen Seidel CDU: Nachdem Sie 1943 den Außenminister eingesperrt haben, ging's!)

Justizminister waren zum Beispiel aus der CDU.

(Zuruf von der CDU: Wer, Hilde Benjamin? und Lachen bei der CDU)

Dr. Wolfgang Zessin CDU: Ich möchte dazu folgendes sagen: Die ehemalige Blockpartei CDU finden Sie in diesem Hause nicht mehr vor.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der LL/PDS)

Hier möchte ich ganz klar sagen, daß es zwischen gewissen Kräften in der Führung der ehemaligen Blockpartei CDU und denen, die die Basisarbeit geleistet haben, gewaltige Unterschiede gegeben hat.

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Aber wollen Sie das Recht nicht auch der SED zuerkennen?

Dr. Wolfgang Zessin CDU: Die PDS ist sicher nicht die SED von vor einem Jahr, da gebe ich Ihnen recht. Aber Sie sind die Nachfolgepartei und stehen in der Verantwortung, die Sie selbst übernommen haben. Sie haben schließlich auch noch die Finanzen, die Sie nicht abgeben wollen. Wenn Sie die abgeben und sich richtig reformieren, sind Sie herzlich willkommen in unserem Kreise.

(Beifall bei der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Wir sind schon da!)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke dem Abgeordneten Dr. Zessin und bitte jetzt Frau Großnick, das Wort zu nehmen.

Heide Großnick CDU: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Obwohl sich schon

viele Redner vor mir zur Bildungspolitik geäußert haben, möchte ich Sie trotzdem darum bitten, mir noch fünf Minuten zu gewähren.

CDU-Bildungspolitik heißt, jedem Kind und Jugendlichen entsprechend seinen geistigen, psychischen oder körperlichen Besonderheiten einen gangbaren Weg, nach Möglichkeit den maximalen, in sein weiteres Leben zu bereiten.

Wie in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommt, wird dazu ein markanter Meilenstein die Ablegung eines engen ideologischen Korsetts in allen Bereichen der Bildung sein, wobei der Lernende oder Studierende sicher in der derzeitigen Übergangsphase in neue Bildungssysteme die kleineren Hürden zu überwinden hat. Wesentlich komplizierter erscheint mir dieser Prozeß im Personalbestand der Erzieher, Lehrer und Dozenten.

Anläßlich eines großen Lehrermeetings auf unserer Insel Rügen wurde ich als einzige damalige CDU-Pädagogin vor den Kommunalwahlen im Mai 1990 nach meiner Haltung betreffs Personalfragen in der Lehrerschaft befragt. Heute wie damals vertrete ich den Standpunkt, daß alle Kollegen, die ehrlichen Herzens mit Fleiß, Geschick und persönlichem Engagement bemüht waren um eine gute Ausbildung und Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder zu lebensstüchtigen, kritischen und toleranten Menschen mit Herzensbildung und moralischen Werten in den zwischenmenschlichen Beziehungen, ein Recht auf ihren Arbeitsplatz auch in Zukunft haben werden, wobei eine qualifizierte Weiterbildung erfahrungsgemäß von vielen Kollegen immer angenommen wurde.

Die gegenwärtige Verunsicherung der Lehrer resultiert aus einem großen Informationsdefizit bezüglich neuer Strukturen in ihrem Bereich, aus dem organisatorischen Schwebezustand bezüglich ihrer Rechte und ihres sozialen Status und nicht zuletzt aus ihrer unangemessenen Bezahlung angesichts ihrer hohen Leistungen.

(Beifall bei der CDU und
Heide-Marlies Lautenschläger LL/PDS)

Ich hoffe, daß hier in enger Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und – wie ich mit Befriedigung auch im Ausschuß feststellen konnte – mit F.D.P. und SPD baldmöglichst Lösungen zur Überwindung dieser Mißstände und zur Hebung der Wertigkeit des Lehrerstandes gefunden werden. Selbstverständlich bieten wir unsere Hand auch trotz vieler Unterschiede der PDS bei der dringenden Lösung von Sachfragen an. Leider – so weist auch die Regierungserklärung knapp darauf hin – sind nicht alle Lehrer von der Güte gekennzeichnet, wie ich sie oben genannt habe. Die Schulleitungen und die darüberliegenden Ämter waren durchweg geprägt vom damaligen Zeitgeist. Sie entstammten der sozialistischen Kadenschmiede und nahmen oft andersdenkenden Lehrern, Eltern und Schülern fast die Luft zum Atmen.

Daher möchte ich den Satz in Absatz 2 auf Seite 2 zum Bereich Kultur um ein Wort ergänzen. Er soll heißen: „Die Schulleiter und ihre Stellvertreter sollen erneut ein Bestätigungsverfahren durchlaufen.“ Mir ist bekannt, daß in vielen Schulen, nicht in allen, bei der Neubenennung der Direktoren nur ein Rollentausch

vorgenommen worden ist. Wir wollen dafür sorgen, daß diesmal andere Gremien für diese Überprüfungsverfahren gefunden werden, um zu verhindern, daß nicht wieder die alten nur die alten wählen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte nicht meine Worte von gestern wiederholen, aber ich bin optimistisch, daß wir die organisatorischen Dinge, wie Schaffung eines neuen Schulnetzsystems mit breitem Bildungsspektrum, die Einführung neuer Lehrpläne, die Weiter- und Umschulung von Lehrpersonal, die Entlassung einiger nicht tragfähiger Kollegen, mit Geduld und Fingerspitzengefühl auf Rechtsbasis schaffen werden. Aber es kann uns nur gut gelingen, wenn wir unsere Vergangenheit realistisch betrachten. Jeder von uns stellt ein Stück DDR dar und trägt dies und seine Erfahrungen auf seine Weise mit in die Zukunft hinein, in eine Zukunft ohne das erwähnte ideologische Korsett.

Mögen wir alle mit unserer Freiheit nun auch richtig umgehen, das heißt in meinen Augen, nicht Egoismus oder parteipolitisches Profilieren um jeden Preis; es heißt Toleranz; ich wiederhole einmal: Toleranz in erster Linie, das heißt gesunder Meinungsstreit und Achtung des kostbaren Lebens. Freiheit ist zu praktizierender Humanismus. In dieses Umfeld eingebettet möchte ich unseren weiteren Bildungsweg in allen Bereichen wissen, hohe Fachkompetenzen natürlich vorausgesetzt, denn das Edelste, was der Mensch tun kann, kann er nur am Menschen tun.

Um meinen Beitrag praktisch zu beenden, möchte ich zwei Zitate von einer reinen CDU-Bildungskonferenz mit Persönlichkeiten aus Ost und West auf der Wartburg, an welcher der Arbeitskreis Kultur der CDU teilnehmen durfte, anführen. Dort kam die eindeutige Meinung zum Tragen:

„Die neuen Bundesländer wollen sich auf dem Bildungssektor keineswegs alle westdeutschen Strukturen überstülpen lassen, wie es immer heißt. Einige ihrer Lösungen könnten sogar Rückwirkungen auf die westdeutschen Länder haben.“

Ich hoffe, Herr Dr. Ringstorff und Herr Scheringer, daß Sie diesen Satz verinnerlicht haben und dies zumindest als einen Beitrag von der CDU dazu sehen, daß wir nicht nur ein Anhängsel Bonns sein wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Lammert, wies den Zielpunkt unseres gegenwärtigen Bemühens folgendermaßen aus: „Nach der Vollendung des europäischen Binnenmarktes wird jeder jetzt in Ausbildung Stehende nicht mehr einen nationalen, sondern einen europäischen Arbeitsmarkt vorfinden. Nicht die deutsche Einheit, sondern Europa ist der Testfall für unser Bildungssystem. Unser Land Mecklenburg-Vorpommern muß in seinen Bildungskonzepten diesem zukunftsgerichteten Aspekt voll Rechnung tragen.“ – Ich danke.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Frau Großnick. Als nächster hat Herr Dr. Brick das Wort.

Dr. Thomas Brick CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Namen meiner Fraktion zum Bereich Arbeit, Soziales

und Gesundheitswesen der Regierungserklärung Stellung nehmen.

Einerseits erfolgt in diesem Sektor die Finanzierung durch die Inanspruchnehmer beziehungsweise potentiellen Inanspruchnehmer, andererseits durch öffentliche Quellen, die wiederum ihre Zahlungsfähigkeit vom Steueraufkommen herleiten. Daher ist ein hohes wirtschaftliches Wachstum der kategorische Imperativ für Verbesserungen im Gesundheits- und Sozialwesen, und in dieser Frage sind wir begründet Optimisten.

Niemand kann bestreiten, daß die Überwindung der Folgen einer vierzigjährigen sozialistischen Fehlentwicklung mit erheblichen Anstrengungen und auch schmerzhaften Umstrukturierungsprozessen verbunden ist. Gleichzeitig erkennen wir aber dankbar die große Unterstützung an, die aus der Altbundesrepublik zu uns kommt. Denken wir bitte daran, wieviel schwieriger und wieviel langsamer sich in anderen ehemaligen Ostblockländern die Entwicklung vollzieht. Das sollte uns weiterhin zu solidarischer Hilfe anregen, nicht nur in der Vorweihnachtszeit.

Infolge der wechselseitigen Abhängigkeit von Wirtschaft und Sozialem nimmt natürlich die Arbeitsförderung einen hohen Stellenwert ein. Infrastrukturmittel, die vorrangig in Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungszentren fließen, stellen neben ihrer sozialen Funktion auch einen Faktor des Investitionsanreizes dar, dieses insbesondere dann, wenn neben einer Basisqualifizierung auch über eine spezifische Berufsausbildung zwischen den Arbeitsverwaltungen und den Wirtschaftsförderungs- und Regionalplanungsämtern abgestimmt wird. Arbeitsförderung muß aber auch im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau und dem öffentlichen Personennahverkehr gesehen werden, um die Mobilität der Arbeiter zu erhöhen. Natürlich brauchen wir weiterhin ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen im notwendigen Umfang, um den Frauen die Möglichkeit zur Arbeit zu gewährleisten. Hier sind das Land, die Kreise und Kommunen weiter gefordert.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insbesondere im sozialen Bereich können zeitweise Umstrukturierungslücken schließen und nach Einführung einer Pflegepflichtversicherung in dauerhafte Arbeitsverhältnisse gewandelt werden. Den Kommunen empfehlen wir, in stärkerem Ausmaß ABM in Anspruch zu nehmen, und insbesondere die zinsgünstigen Kredite für die sächlichen Leistungen.

Die Gleichstellung der Frauen beginnt mit dem Vorbild im Elternhaus. In der Schule sollte sie vertieft werden mit dem Ziel, partnerschaftlich achtungsvollen Umgang von Jungen und Mädchen und Konfliktbewältigungsstrategien zu verinnerlichen. Wir begrüßen die vorgesehene Berufung einer Frauenbeauftragten, die sich diesem komplexen Problemkreis widmen wird.

Herr Ringstorff führte das Rehabilitationsgesetz an, welches in der Volkskammer beschlossen wurde und in den Gesetzestext nicht völlig als weiter geltendes Recht überführt wurde. Ich muß sie daran erinnern, daß sich auch Frau Dr. Hildebrandt dagegen ausgesprochen hat, da dieses Rehabilitationsgesetz nach Expertenschätzungen allein 100 Milliarden DM kosten

würde. Das wären Schulden des Bundes, die uns alle belasten und die Wirtschaftshilfen schmälern würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Sozialstaat wird nicht nur charakterisiert durch die Höhe des Sozialbudgets. Nach vierzigjähriger geistig-moralischer Staatsdeformation und angesichts der neuen Konsumversuchungen und der Erzeugung von Pseudobedürfnissen gewinnen die Vermittlung und Erfahrbarkeit der menschlichen Grundtugenden Nächstenliebe, Verantwortung für den anderen, die Gruppe, die Familie, die Gesamtheit und die Schöpfung sowie Pflichtgefühl herausragende Bedeutung. Besonders unsere Kinder und Jugendlichen bedürfen jetzt der Hinwendung ihrer Eltern, sonst erwächst – durch uns verschuldet – die nächste Generation der 68er.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf (unterbrechend): Herr Dr. Brick, darf ich Sie darauf hinweisen, daß die vereinbarte Redezeit hiermit abgelaufen ist. Kommen Sie bitte zum Schluß.

Dr. Thomas Brick (fortfahrend): Auch im Gesundheitswesen werden erhebliche Leistungen entsprechend dem Einigungsvertrag in Form von Investitionsmitteln und einer Anschubfinanzierung getätigt.

Es stehen noch viele Fragen im Gesundheitswesen offen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß diese nicht im Verantwortungsbereich des zuständigen Ministeriums liegen, sondern durch Verträge zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung, den Kassen, der Krankenhausgesellschaft, den Kommunen und Kreisen erfolgen müssen. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten sind wir gewiß, daß wir in wenigen Jahren das Niveaufälle zu den Altbundesländern im Gesundheits- und Sozialbereich überwunden haben werden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Herrn Dr. Brick. Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 abgearbeitet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf: Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD: Vergabe der Quoten von Milch und Zucker an die Landwirte und Genossenschaften. Ihnen liegt die Drucksache 1/38 vor.

**Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD:
Vergabe der Quoten von Milch und Zucker an die Landwirte und Genossenschaften
– Drucksache 1/38 –**

Wird von der SPD-Fraktion das Wort zur Begründung der Anfrage gewünscht? Ich erteile das Wort Herrn Backhaus.

Till Backhaus SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich im Namen der Fraktion der SPD bei Herrn Brick für die Verhandlungsergebnisse, die er in Bonn erreicht hat, bedanken, wobei wir natürlich darauf hinweisen müssen und möchten, daß die Frage der eingetragenen Genossenschaften als auch der anderen Betriebsformen natürlich weiterhin von entscheidender Bedeutung ist; darauf hätte auch Herr Dr. Nieter eingehen sollen. Hinzu kommt auch, daß er selber noch in einer Genossenschaft arbeitet und so einen Betrieb auch in jahrelanger Erfahrung mit aufgebaut hat.

Nun zu der Großen Anfrage: Mit dieser Großen Anfrage verfolgen wir als Sozialdemokraten das Ziel, un-

seren Bauern im Land Mecklenburg-Vorpommern eine verbindliche Auskunft über ihre Perspektiven in bezug auf die Quotenregelung sowohl für Milch als auch für Zucker vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu verschaffen. In unserem Land und unter unseren Bauern nimmt die Verunsicherung weiterhin zu, da bis heute keine klare Auskunft über die Milch- und Zuckerquoten für das Jahr 1991/92 und die folgenden Jahre zu erkennen ist.

Diese Quoten bedeuten, daß eine festgesetzte Menge an Milch und Zucker zu einem festgesetzten Preis abgenommen werden. Da dieser Preis über dem liegt, der sich aus Angebot und Nachfrage ergibt, sind unsere Betriebe – sowohl die zu gründenden Familienbetriebe als auch die anderen Betriebsformen – jetzt sehr darauf angewiesen. Es geht darum, daß sowohl unsere Produktivgenossenschaften als auch die anderen Betriebsformen und die Familienwirtschaften heute klare Auskünfte benötigen, um für ihre Zukunft die richtigen Weichen stellen zu können.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß die uns aus der SED-Herrschaft hinterlassenen spezialisierten Betriebe der Färsenaufzucht in den Grünlandstandorten, wie zum Beispiel das Gebiet der unteren Elbe, der Lewitz als auch auf dem Darß, die nachweislich an einer Milchproduktion gehindert wurden und heute mit ihren Betrieben eine Milchproduktion aufbauen wollen, um überleben zu können, als auch die Bauern, die sich in Familienbetrieben neu niederlassen möchten, eine ganz klare Auskunft brauchen. Für diese Betriebe ist der Erhalt einer Milchquote zur Existenzfrage geworden, das heißt also, unsere Betriebe brauchen eine eindeutige Antwort.

Wenn Herr Kiechle in verschiedenen Zeitungsinterviews erklärt, daß erst Anfang des Jahres 1991 eine definitive Entscheidung getroffen wird, so kann ich mich als Sozialdemokrat mit dieser Aussage nicht einverstanden erklären, denn es ist im übrigen auch so, daß in den Landratsämtern die Anfragen bis hin zu Protesten, die angemeldet werden, überhaupt nicht aussagekräftig beantwortet und beachtet werden und diese Leute sind auch gezwungen, hier klare Aussagen zu treffen.

Wenn es uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht gelingt, dieses Problem zu lösen – und das so schnell wie möglich –, dann werden wir auf der anderen Seite zum bloßen Rohstofflieferanten für die alten Bundesländer werden, auf der anderen Seite vergeben wir uns die große Chance der Erhaltung und vor allen Dingen der Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Wir stimmen den Aussagen des Landwirtschaftsministers zu, in denen es heißt, daß Mecklenburg-Vorpommern mit regional typischen Qualitätserzeugnissen der Ernährungswirtschaft aufwarten muß, um so schnell wie möglich den eigenen Markt zurückzugewinnen und uns entsprechend auf dem EG-Markt behaupten zu können.

Wir als Sozialdemokraten erhofften uns aus der Regierungserklärung konkrete Angaben zur Milch- und Zuckerquote. Aber mit den globalen Aussagen können wir nicht einverstanden sein. Mecklenburg-Vorpommern ist und wird in der Zukunft ein Standort der Milch- und Zuckerproduktion bleiben. Insofern ist es von existentieller Bedeutung, Druck sowohl auf die Bundesregierung als auch auf das Europaparlament auszuüben,

um eine möglichst hohe Milch- und Zuckerquote zu erreichen.

Mir erscheint es sinnvoll, daß unser Landwirtschaftsminister, Herr Brick, an den Verhandlungen sowohl der Bundesministertagungen als auch den wichtigen Tagungen der EG teilnimmt, da jetzt und dort die Weichen für die Zukunft unserer Landwirtschaft in unserem Land gestellt werden. Ich fordere außerdem die Regierung auf, eine ständige Vertretung in Brüssel beim Europaparlament zu etablieren, um eine Verbindung sowohl zum Ministerrat als auch zum Europaparlament herzustellen. Mir ist bekannt, daß mittlerweile das Bundesland Sachsen, das sich jetzt auch schon als Freistaat bezeichnet, von dieser Möglichkeit regen Gebrauch macht.

Herr Minister, stimmen Sie mit mir überein, daß es nicht zu einem Export von Milch- und Zuckerquoten hinaus aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern kommen darf? Wie stellt sich die Regierung die Verteilung der Quoten auf die verschiedenen Betriebsformen vor? Werden die Betriebsformen bei der Vergabe berücksichtigt und in welcher Form? – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Herrn Backhaus. Die Antwort der Landesregierung, die uns Herr Minister Brick bringen wird, liegt Ihnen auch als Drucksache 1/60 schriftlich vor.

**Antwort der Landesregierung
auf die Große Anfrage der SPD:
Vergabe der Quoten für Milch und Zucker
an Landwirte und an Genossenschaften
– Drucksache 1/60 –**

Bitte, Herr Minister Brick.

Minister Martin Brick: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ihnen liegt die Antwort der Landesregierung vor, über der auch steht: Nach Maßgabe der Fragestellung. Wenn Sie Ihre Fragen anders gestellt hätten, hätte ich auch anders antworten können, sofern – wie ich nachfolgend noch berichten werde – die entsprechenden Zahlen dafür vorliegen.

Ich habe Ihre Fragen so beantwortet, wie sie gestellt sind, nämlich aus der Gegenwart heraus, und da war mehr nicht herauszuholen. Bei den Beratungen am 28. und 29. November in Bonn standen Entscheidungen über die Förderung von Investitionen im Mittelpunkt. Die Frage der Milchquoten wurde nur verbal behandelt. Einig sind sich alle Länder mit dem Bund, daß die Quote nicht zu einem Spekulationsobjekt werden darf. Deshalb wird diskutiert, für 1991/92 die Quoten vorläufig zuzuteilen. Die Zuteilung von Quoten erfordert ein hohes Maß an Abwägung. Es gibt keine Lösung, die die Interessen aller Milchviehhalter so berücksichtigt, daß diese zufriedengestellt werden können. Ich bin nicht bereit, Lösungen voreilig in Aussicht zu stellen, die später nicht realisiert werden können.

Noch eines zu diesem Punkt: Ich bin natürlich gerne bereit, im Agrarausschuß den aktuellen Stand und unsere Vorstellungen zu gegebener Zeit mitzuteilen. Es wurde bei der Mitteilung über die Ergebnisse, die wir in Bonn erreicht haben, versäumt, etwas zu den Genossenschaften zu sagen. Es stimmt, daß wir an der Hürde Bayern gescheitert sind. Wäre es zu einer Abstimmung

gekommen, dann wäre dieses Thema vom Tisch gewesen. Im Einverständnis mit Minister Kiechle haben wir erreicht, daß wir über die Förderungsmittel für Genossenschaften im Januar endgültig verhandeln werden.

Ich möchte abschließend noch eine Angelegenheit in eigener Sache hier loswerden. Ich fordere die Abgeordneten der Linken Liste/PDS auf, ihre Wahlhelfer dahingehend zu beeinflussen, daß Wahlkampf nicht kriminell wird und nur dort geführt wird, wo er hingehört. Oder wie empfinden Sie, verehrte Abgeordnete von der Linken Liste/PDS, ein Eindringen in mein Ministerium, um Aufkleber mit zweifelhafter Aussage an jedes Namensschild zu kleben? – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Herrn Minister Brick. Wird hierzu eine Aussprache gewünscht? Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 8 auf: Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD: Rückführung von Grundstücken und Immobilien. Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 1/39 vor.

**Beratung der Großen Anfrage
der Fraktion der SPD:
Rückführung von Grundstücken und Immobilien
– Drucksache 1/39 –**

Wird von der SPD das Wort zur Begründung gewünscht? Dann bitte ich Herrn Dr. Timm, den Antrag zu begründen.

Dr. Gottfried Timm SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben diese Große Anfrage gestellt, weil die Kommunen große finanzielle Schwierigkeiten haben. Darüber hinaus sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalen Verwaltungen überfordert, einige sind sogar verzweifelt, angesichts des Papierberges, der für die Kommunalisierung des Volksvermögens abgearbeitet werden muß.

Ich möchte Ihnen dieses Problem anhand von drei Vorgängen in drei Städten unseres Landes plastisch zu erläutern versuchen.

Eine Stadt ist Wismar. In Wismar ist offensichtlich ein sehr emsiger Senat am Werk. Nach Inkrafttreten des Kommunalvermögensgesetzes am 6. Juli 1990 und auf der Grundlage der ersten Durchführungsverordnung hierzu hat die Stadt Wismar fristgerecht bis zum 31. Juli die in Frage kommenden Kaufhallen und Ladenlokale öffentlich ausgeschrieben. Auf der Senatsitzung am 6. September wurde nach den eingereichten Anträgen entschieden. Die Kaufhallen und Läden wurden vergeben. Damit hat – wenn ich das hinzufügen darf – Wismar, glaube ich, eine Art Vorreiterrolle gespielt.

Jetzt ist es so, daß am 24. November, also vor ungefähr einer Woche, die Treuhandanstalt eben dieselben Kaufhallen und Läden ausgeschrieben hat. Das bringt die Besitzer dieser Einrichtungen jetzt in erhebliche Schwierigkeiten, und der Senat selbst sieht sich einer großen Flut von Anfragen aus diesen vergebenen Einrichtungen gegenüber. Es gibt also an dieser Stelle erheblichen Klärungsbedarf.

Ein zweites Beispiel ist Schwerin. Hier in dieser Stadt gibt es Grundstücke, die die Stadt als Gewerbe-

flächen ausweisen und erschließen will, was für den wirtschaftlichen Aufschwung hier in der Region sehr nötig ist. Nach den Grundbucheintragungen sind die entsprechenden Flächen Eigentum des Volkes und befinden sich in Rechtsträgerschaft des Rates der Stadt.

Notwendig für den Beginn der Erschließungsarbeiten und für den Verhandlungsfortgang mit den Investoren ist es, daß eine Übertragung in kommunales Eigentum vorgenommen wird. Das aber ist die große Schwierigkeit. Am Montag erhielt der Oberbürgermeister von Schwerin die Auskunft von der Treuhandanstalt, daß die Stadt diese Flächen kaufen, also bezahlen muß; ein völliges Unding angesichts der leeren Kassen in dieser Stadt. Auch hier gibt es erheblichen Klärungsbedarf.

Ein drittes Beispiel: In meiner Stadt, Röbel an der Müritz, einer Kleinstadt mit einer sehr kleinen Stadtverwaltung, ist das Antragsverfahren zu einem riesigen Problem geworden. Zuerst gab es die Regelung des Kommunalvermögensgesetzes mit der entsprechenden Durchführungsverordnung, dann gab es neue Regelungen durch den Einigungsvertrag, die immer wieder von den Verwaltungsmitarbeitern aufgearbeitet werden mußten. Man hat die Anträge bei der ehemaligen Auftragsverwaltung – mit viel Mühe bei den wenigen Mitarbeitern – eingereicht. Nun ist vom Finanzministerium unseres Landes ein Schreiben vom 14. November mit einer Anlage des Bundesministeriums des Innern eingegangen, das anscheinend das Verfahren vereinfachen soll – das ist ja ein Ziel, das wir alle haben –, aber das eben erforderlich macht, daß alle Anträge, die bisher gestellt wurden, noch einmal aufgearbeitet und erneut gestellt werden müssen.

Die Mitarbeiter in dieser kleinen Kommunalverwaltung sind jetzt – ich sage es einmal so salopp – völlig am Ende, weil sie dieses ganze Antragsverfahren nun schon einmal durchlaufen haben und plötzlich noch ein zweites Mal von vorne beginnen müssen. Also, es gibt auch hier erheblichen Klärungsbedarf unserer Landesregierung.

Ich möchte zu zwei Grundfragen zusammenfassend folgendes ausführen. Zur ersten: Mir scheint, daß die Kommunalverwaltungen unserer Kreise, Städte und Dörfer damit beschäftigt werden, daß sie sich mit sich selbst beschäftigen. Aber das kann ja nicht Ziel unserer Verwaltungsarbeit sein. Es ist erforderlich, daß so schnell wie möglich klare und einfache Regelungen ausgegeben werden, damit sich endlich die Kommunalverwaltungen den eigentlichen Problemen vor Ort in der Kommune zuwenden können.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die zweite Grundfrage besteht für mich darin, daß ein großer Widerspruch in dem Verhältnis zwischen Verwaltungsvermögen der Kommune und dem Finanzvermögen der Kommune besteht. Das Verwaltungsvermögen ist das Vermögen, das sie zur Aufrechterhaltung der kommunalen Verwaltung braucht. Dazu gehören Schulen, Polikliniken, Bibliotheken, Kindergärten, Horte, Pflegeheime, Friedhöfe und so weiter. Das gesamte Verwaltungsvermögen kostet die Kommune Geld und wir wissen ja, daß sie kein Geld hat. Das Finanzvermögen allerdings – und dazu zählen Grundstücke, volkseigene Betriebe und so weiter – bringt der

Kommune Einnahmen. Davon hat sie aber im Moment nichts, das heißt, sie ist natürlich bestrebt, dieses zu bekommen, was große Schwierigkeiten macht. Deswegen müssen wir so schnell wie möglich bewirken, daß die Kommunen neben dem Verwaltungsvermögen, das sie Geld kostet, nun auch das Finanzvermögen, das ihnen Einnahmen einbringt, bekommen. Auch dazu muß die Landesregierung so schnell wie möglich Regelungen herbeiführen.

Ich will deswegen unsere Anfrage verlesen:

„Welche Vorstellungen gibt es seitens der Regierung, um unbürokratisch und zügig Entscheidungen bei der Rückführung von Grundstücken und Immobilien in kommunales Eigentum zu erwirken?“

– Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der LL/PDS
und bei Rainer Prachtl CDU)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Für die Landesregierung wird Frau Ministerin Kleedehn auf diese Frage antworten.

Ministerin Bärbel Kleedehn: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch bei uns gibt es Irritationen wegen der schlechten Arbeit der Treuhand. Wir hatten seinerzeit bereits praktische Maßnahmen eingeleitet: So wurde bei uns am 26. September 1990 die Bildung einer Koordinierungsstelle für Kommunal- und Landeseigentum im Ministerium der Finanzen vorgenommen, mit einer Arbeitsfähigkeit: Soll: zehn Mitarbeiter, Ist: fünf Mitarbeiter. Dazugestellt wurde ein interdisziplinärer Beirat aus Vertretern aller Fachressorts, die im Detail die einzelnen Objekte des den Kommunen zu übertragenden Eigentums im Sinne des Kommunalvermögensgesetzes festlegen.

Damit ist seitens unseres Ministeriums seinerzeit ein wesentlicher Beitrag in Richtung Beschleunigung der Abwicklung des volkseigenen Vermögens vorbereitet worden, der jetzt gewährleistet werden muß. Es wurde von dieser Koordinierungsstelle ein Formblatt entwickelt, das zusammen mit beigefügten Objektlisten den Landräten übersandt wurde, so daß damals definitiv mit der Eigentumsübertragung hätte begonnen werden können.

Das Formblatt wurde per Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. Gomolka allen Liegenschaftsämtern als verbindliches Dokument der Grundbucheintragung übersandt. Nun ändert sich das von Tag zu Tag. Nun sind – wir sind genauso verärgert über die schlechte Arbeit der Treuhandanstalt – zunehmende Irritationen zu verzeichnen, auch hinsichtlich des Schreibens – das Herr Dr. Timm ansprach – der Treuhand vom 14. November mit der Arbeitsanleitung zur Übertragung des kommunalen Vermögens, das an die Bürgermeister und Landräte übersandt wurde.

Am 23. November übergab uns eine Kommune diese beigefügte Arbeitsanleitung des Bundesministeriums des Innern vom 13. November. Nach dieser sind alle Anträge zur Übertragung volkseigenen Vermögens erneut von den Kommunen an den Präsidenten der Treuhandanstalt zu stellen. Ich zitiere:

„Weitere Einzelheiten dazu sollen demnächst bekanntgegeben werden. Die Eigentumsüberführungs-

verfahrensverordnung vom 25. Juli 1990, welche ausschließlich die detaillierte Abwicklung der Überführung volkseigenen Vermögens regelt, das den Kommunen gemäß Kommunalvermögensgesetz vom 6. Juli 1990 zusteht und nach der vor dem 3. Oktober 1990 in den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg auch verfahren wurde, soll nunmehr keine Anwendung mehr finden.“

Rein juristisch müssen wir feststellen, daß die Eigentumsüberführungsverfahrensverordnung im Einigungsvertrag tatsächlich nicht als weitergehendes Recht ausdrücklich genannt ist, obwohl sie direkt auf dem Kommunalvermögensgesetz fußt.

Es ist aber auch gleichfalls zu konstatieren, daß die vierte und fünfte Durchführungsverordnung des Treuhandgesetzes ebenfalls nicht im Einigungsvertrag als fortgeltendes Recht genannt wird. Und diese Rechtsvorschriften betreffen das Vermögen des MfS beziehungsweise des AfNS sowie die volkseigenen Grundstücke der Wirtschaftseinheiten. Es wären noch weitere relevante Beispiele zu nennen.

Es gilt hier also schnellstens nachzubessern, unter anderem denkbar auf der Grundlage der Kommunalverfassung vom 25. Mai im Paragraph 100:

„Mit der Bildung der Länder geht die weitere Ausgestaltung der Kommunalgesetzgebung in die Kompetenz der Landtage über.

Das betreffende Vermögen ist gesetzlich eindeutig fixiert, nur ist das Wie der Übertragung effizienter zu gestalten.“

Ich habe in einem Drei-Punkte-Forderungsprogramm unter anderem einen Punkt aufgenommen – dieses Programm habe ich an den Bundesfinanzminister Dr. Waigel gerichtet –, der die Einrichtung von Landstreuhandanstalten fordert. Darauf wurde bislang noch nicht mit der nötigen Beachtung reagiert.

Es kann aus unserer Sicht doch nicht alles, was wir bis dato zur Beschleunigung der Übertragung des kommunalen Vermögens in unserem Land geleistet haben, und zwar wie erwähnt die Bildung der Koordinierungsstelle, die Bildung eines interdisziplinären Beirates, Druck und Verteilung von 40 000 Formblättern – Anträge auf Eigentumsüberführungsverordnung mit einem Kostenaufwand von 8000 DM, muß ich dazu sagen – und bereits grundsätzlich abgewickelte Eigentumsüberführungen umsonst gewesen sein.

Zumindest war die Arbeitsweise bis zum 3. Oktober geltendes Recht, was ich betonen muß. Wenn jetzt wieder alles unter Alleinregie der Treuhandanstalt, die bislang ihre Probleme – um es gelinde auszudrücken – beim Reprivatisieren der volkseigenen Wirtschaftseinheiten noch nicht umfassend im Griff hat, von vorne beginnen soll, so dürfen wir einfach eine solche Verfahrensweise nicht ohne Widerspruch hinnehmen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der LL/PDS)

Unsere vorgelegte Verfahrensweise würde dem Ansinnen der Kommunen, das Eigentum möglichst schnell zu übergeben, dienlich sein, wobei ich allerdings sagen muß, daß wir uns als Landesregierung damit sehr viel Arbeit aufhalsen, was aber für uns nicht ausschlaggebend ist.

Wenn man nach den Empfehlungen des BMI gehen würde, könnte es Jahre dauern, bis unsere Kommunen ihr Eigentum restlos übertragen bekämen.

Man kann buchstäblich die Welle der Empörung, die aus den Kommunen auf uns zu kommt, schon ahnen, und sie ist ja auch da. Wie Sie wissen, komme ich selbst aus der kommunalen Verwaltung, und es war damals schon sehr problematisch. Ich kann nur ahnen, wie es gegenwärtig aussieht.

Die Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern verwehrt sich gegen die vorstehend geschilderte Verfahrensweise der Treuhandanstalt und die unweigerlichen Auswirkungen. Beim Bundesfinanzministerium werden wir unsere Landesinteressen dahingehend verwirklichen, um endlich eine Überführung des kommunalen Vermögens als wichtige Grundlage für das Wirtschaftsleben der Kommunen herbeizuführen, um die Verfahrensregelung, wie von uns vorgesehen, dann auch im kommunalen Interesse zu erleichtern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Für weitere Anfragen hierzu würde ich Ihnen sehr gern unseren Spezialisten in Sachen Vermögen und Schulden, Herrn Dr. Pinske, als Leiter der Abteilung Vermögen und Schulden, zur Verfügung stellen. Die schriftliche Ausfertigung geht Ihnen selbstverständlich noch zu. Ich würde auch empfehlen, daß wir, um diese ganze Angelegenheit stärker zu kontrollieren und auch um unsere Beachtung demgegenüber Ausdruck zu verleihen, im Wirtschaftsausschuß und im Finanzausschuß in regelmäßigen Abständen über den Stand der Sachlage beziehungsweise der Überführung in kommunales Vermögen berichten, um so gegebenenfalls nötigen Druck auszuüben. – Danke.

(Beifall bei der CDU und teilweise bei der SPD)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Frau Ministerin Kleedehn. Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage?

(Ministerin Bärbel Kleedehn: Ja!)

Das Wort hat Herr Dr. Timm.

Dr. Gottfried Timm SPD (zur Geschäftsordnung): Wir haben im Ältestenrat verabredet, daß wir keine Debatte mehr führen, sondern daß wir eine Aussprache in einer der nächsten Landtagssitzungen führen werden, was ich auch richtig finde, um Ihrem Anliegen – daß wir das weiterdiskutieren – auch angesichts der Öffentlichkeit zu folgen.

Wenn ich Sie richtig verstehe, fällt mir auf, daß Ihr Ministerium oder die Landesregierung insgesamt im Moment wenig tun können, was ich allerdings nicht sagen würde. Ich denke schon, daß sie eine sehr große Aufgabe haben.

Die eine ist die, die Treuhand-Entscheidungen auf Landesebene zu ziehen. Das ist ja auch das Anliegen des Antrages, den wir eingebracht haben. Ich denke, die Vereinfachung der kommunalen Verwaltung, der Verwaltung zwischen Land und Kommunen in unserem Land ist eine ganz wesentliche Aufgabe, die von der Regierung ausgehen muß. Das will ich jetzt nicht vertiefen, obgleich wir darüber noch sprechen müssen.

Ministerin Bärbel Kleedehn: Ja, ich stimme voll mit Ihnen überein, es war eigentlich in meinen Ausführungen dahingehend auch kein Widerspruch. Es ist nur gegenwärtig so, daß es nicht so ist, daß wir nichts tun, um unseren Einfluß bei der Treuhandanstalt geltend zu machen. Wir haben uns dazu tatsächlich schon verschiedene Dinge überlegt, wie wir gemeinsam mit dem Minister des Innern und unserer Abteilung „Vermögen und Schulden“ weitestgehend Erleichterung schaffen und in Absprache mit den Bürgermeistern und Landräten eine schnellstmögliche Lösung herbeiführen. Das ist in unser aller Interesse.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Herr Ihde zu einer Zwischenfrage.

Georg Ihde F.D.P.: Vielleicht darf ich Sie einmal um Unterstützung bitten oder die Landesregierung überhaupt. Sie haben es anscheinend erreicht, daß am Mittwoch im Wirtschaftsausschuß Herr Rüsberg kommt, aber es ist mit dieser Institution schon ein Skandal. Man kommt über seine Vorzimmerdame – selbst als Wirtschaftsausschußvorsitzender – nicht hinaus.

(Beifall bei der CDU und teilweise bei der SPD)

Es tut sich da anscheinend ein Staat im Staate auf.

Wir als Landtag haben die Auswirkungen der Misere zu tragen und haben für die Entwicklung doch die Verantwortung, und diese „Skandal-Institution“ meldet sich noch nicht einmal, hält es nicht einmal für wichtig, zu uns zu kommen.

Ich bitte Sie also um unbedingte Unterstützung für diese Teilnahme dieses Herrn Rüsberg am Mittwoch um 9.00 Uhr im Wirtschaftsausschuß.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ministerin Bärbel Kleedehn: Wir haben die Problematik schon rechtzeitig erkannt. Warum, meinen Sie, haben wir die Forderung nach einer Landestreuhandanstalt gestellt? – Danke.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich erteile jetzt das Wort dem Herrn Innenminister.

Minister Dr. Georg Diederich: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist keine Aussprache, es ist eine Ergänzung, die Anfrage war an die Regierung gerichtet, aus diesem Grunde einige ergänzende Hinweise.

Es ist alles ohne Beispiel heutzutage, beispiellos ist auch die Einigung, beispiellos ist die Treuhand und alles, was damit zusammenhängt, beispiellos ist die Überführung von kommunal genutztem Eigentum in kommunales Eigentum, beispiellos ist die Gesetzgebung. Man sollte eigentlich nicht, denke ich, über ungelegte Eier sprechen, es sei denn, das Huhn macht schon die Augen zu und drückt, und so weit ist es zur Zeit, deshalb werde ich darüber sprechen.

Sie haben das Beispiel Gewerbegebiet Schwerin-Süd genannt. Es geht seit einer Woche zwischen Innenminister und der Bürgermeisterin konkret um dieses Gewerbegebiet. Wir haben eine Verfahrensweise veranschlagt, die heute in der Stadtverordnetenversammlung, die parallel zu uns tagt, kurz zur Sprache kommen wird. Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, daß es nicht nur darum geht, daß gewisse Gesetze mit

dem Einigungsvertrag nicht übernommen wurden und daß nun neue Verfahrensregelungen gefunden werden müssen, sondern daß man mit diesen Gesetzen, die von der Volkskammer in mühevoller Kleinarbeit und in Windeseile kreiert wurden, wenn sie denn übernommen worden sind, erst einmal leben lernen muß; Gesetze sind ja für eine lange Zeit gemacht, wir wollen aber nicht eine lange Zeit warten. Aus diesem Grunde ist bei der Interpretation dieser Gesetze offensichtlich dieses Mal das Land Mecklenburg-Vorpommern schneller als die gesamte Bundesrepublik. Wir haben herausgefunden, man muß, um kommunales Eigentum zu erzeugen – was per Gesetz vorhanden ist, um es auch ordnungsgemäß überzuleiten –, gar nicht immer die Treuhänder fragen, und das wagen wir jetzt einfach einmal. Wir fragen die Treuhänder nicht, wir unterschreiben einfach.

(Beifall bei allen Abgeordneten)

Wenn wir denn unterschrieben haben, dann machen wir es dieses Mal umgekehrt, wir lassen uns nicht den Präzedenzfall von oben, links oder rechts servieren, sondern wir servieren ihn, und dann sollen sie einmal reagieren.

(Beifall bei allen Abgeordneten)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke dem Herrn Innenminister. Ich glaube, es bestand Konsens darüber, daß wir zu diesem Tagesordnungspunkt weiter keine Aussprache führen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 9 auf: Drucksache 1/40: Große Anfrage der SPD-Fraktion: Personalpolitik an den Universitäten und Hochschulen.

**Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Personalpolitik an den Universitäten
und Hochschulen
– Drucksache 1/40 –**

Die Drucksache dazu liegt Ihnen vor. Das Wort zur Begründung hat Herr Friese.

Siegfried Friese SPD: Frau Präsidentin, wertere Abgeordnete! Die Anfrage der SPD lautet:

„Welche personalpolitischen Maßnahmen wird die Regierung ergreifen, um die Universitäten und Hochschulen des Landes zu erneuern?“

Eine notwendige Vorbemerkung: Wir müssen uns künftig keine Sorge um unser Land machen; denn in einem Land, in dem Wunder geschehen, braucht sich niemand zu sorgen. Ein solches Wunder ist hier geschehen. Konkret in der Stadt Schwerin, in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch dieser Woche. Worin bestand dieses Wunder?

Am Dienstag mittag erklärte der Staatssekretär des Kulturministeriums den Abgeordneten des Kulturausschusses, auf o.g. Anfrage könne er nur darauf verweisen, daß ein entsprechendes Gesetz in Vorbereitung sei und Anfang Januar vorgestellt werde. Dann kam die Wundernacht. Am Mittwoch, dem nächsten Tag, trat der Staatssekretär mit einem fertigen Gesetz vor die Presse und erklärte, daß es ein Hochschulerneuerungsgesetz gebe, in dem auch diese Fragen geregelt seien. Detailliert wurden die wichtigsten Daten des neuen Gesetzes der Presse vorgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Werter Herr Minister! Wenn dieses die Art ist, wie die Regierung auf Große Anfragen reagiert, wird für die Fraktion der sozialdemokratischen Partei das Instrument der Großen Anfrage künftig große Anziehungskraft haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei LL/PDS)

Ich sagte, wir müssen uns keine Sorgen machen. Vielleicht sollten wir uns aber doch sorgen, nämlich über die Art und Weise des Umgangs der Regierung mit dem Parlament. Man kann der Vorgehensweise des Staatssekretärs eine gewisse Cleverneß nicht absprechen. Ich frage aber, ob Cleverneß, wie wir sie aus den Parlamenten der alten Bundesrepublik kennen, ein Kriterium ist, das wir beim Aufbau einer neuen politischen Kultur brauchen.

Wenn ich die Menschen dieses Landes, die sich aktiv in die Erneuerung eingeschaltet haben, richtig verstehe, geht es ihnen vor allen Dingen um partnerschaftliche Solidarität und Fairneß im Umgang miteinander.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Zur Drucksache selbst ist an dieser Stelle von uns noch nicht viel zu sagen. Der Minister und Staatssekretär haben das Gesetz der Presse vorgestellt.

Wir stimmen den bekanntgewordenen Ausführungen im Grunde zu. Wir unterstützen die Absicht, die fachlich unfähigen und politisch belasteten Kader an Hochschulen und Universitäten nicht weiter zu beschäftigen. Gleichzeitig fordern wir, daß den Wissenschaftlern, die in der Vergangenheit auf ihren Forschungsgebieten und in ihrer Person benachteiligt wurden, Gerechtigkeit widerfährt, und wir fordern, daß jungen Wissenschaftlern neue Chancen gegeben werden. Wir wenden uns bei dieser personellen Erneuerung aber gegen die Sensenmethode. Wir haben es mit Menschen zu tun, hier muß verantwortungsbewußt vorgegangen werden.

Deshalb hat sich die Sozialdemokratische Partei auf ihrem Parteitag in Neubrandenburg 1989 gegen die Sensenmentalität des Abgeordneten Schulz gewandt, der alle rausschmeißen wollte. Dagegen sind wir, mit Bürgern muß man bürgernah umgehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Eine letzte Anmerkung: In den Interviews zur Verabschiedung dieses Gesetzes wurde vom Minister eine „weitgehende staatliche Mitwirkung“ bei der personellen Erneuerung gefordert. Wir stimmen dem zu, fragen aber an, ob es möglich ist, diese „weitgehende staatliche Mitwirkung“ durch eine parlamentarische Flankierung zu ergänzen. – Danke.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Dr. Schulz, wollten Sie eine Frage stellen?

(Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Ja!)

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Ich bin nun scharf angegriffen worden, ich möchte wenigstens eine Kleinigkeit dazu sagen:

Ich habe auf diesem Landesparteitag der SPD nichts weiter gefordert, als daß Sie in das Wahlkampf-

programm aufnehmen, daß die Professuren sukzessive wieder ausgeschrieben werden. Darin stimmen wir doch hoffentlich überein, daß alle Professuren neu ausgeschrieben werden müssen.

Was Sie eben gesagt haben, Herr Friese, war knallharte Verleumdung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Siegfried Friese SPD: Herr Schulz, ich kann Ihre Betroffenheit ja verstehen. Mir ging es auch gar nicht um Ihre Person, aber damit Sie nicht glauben, ich sage die Unwahrheit, es waren etwa hundert Menschen einschließlich der Presse anwesend. Was Sie dort gesagt haben, ist nachzulesen, ist belegbar. Worauf es mir ankommt, ist, – ich wiederhole – daß diese Sensenmentalität bei der von uns befürworteten personellen Erneuerung an den Universitäten und Hochschulen nicht zur Anwendung kommt. Mit allen diesen Menschen ist menschlich und human umzugehen. – Danke schön.

(Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos:
Und Sie wissen genau, daß ich auch
nichts anderes wollte!)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Minister Wutzke zur Beantwortung der Anfrage.

Minister Oswald Wutzke: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich freue mich, von Ihnen – von der Opposition – zu hören, daß Sie mit uns so sehr einig sind. Ich denke, auch die Opposition ist sicherlich erfreut darüber; denn Sie sind sich mit uns einig, daß es in der Hochschulbesetzung Veränderungen geben muß, daß wir nun so schnell, frisch und locker ein Gesetz auf dem Tisch haben.

Gestern ist hier noch angefragt und gerügt worden – ich habe das nur so zu hören bekommen –, warum denn ein Schulgesetz noch nicht vorhanden wäre, das hätte doch auch schon hier sein müssen. Es geht aber um Ihre Große Anfrage, die wir Ihnen beantwortet haben, und Sie stimmen inhaltlich überein.

Freuen Sie sich mit uns, daß wir dieses Gesetz haben. Wir werden, denke ich, in den nächsten Sitzungen über einige andere Punkte reden dürfen.

Ich weiß nicht, ob Sie noch etwas zum Inhalt hören wollen. Sie haben gestern die Pressemitteilung erfahren, wie Sie selbst sagen, dann kann ich mir das ja ersparen.

Noch einmal einen herzlichen Dank für Ihre indirekte Bedankung, die ich hier so gehört habe.

(Dr. Rolf Eggert SPD meldet sich zur
Geschäftsordnung)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Herr Dr. Eggert zur Geschäftsordnung.

Dr. Rolf Eggert SPD: (zur Geschäftsordnung): Herr Minister, diese Große Anfrage ist nicht schriftlich beantwortet worden, das müßten Sie noch nachholen.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Besteht zu dieser Thematik der Wunsch nach Aussprache? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

(Lorenz Caffier CDU meldet sich
zur Geschäftsordnung)

Herr Caffier, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Lorenz Caffier CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, ich bitte entsprechend der vorläufigen Geschäftsordnung um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes 12. Entsprechend Artikel 36 des Einigungsvertrages besteht die Notwendigkeit, die Mitglieder des Rundfunkbeirates zu wählen. Bei Aufnahme dieses zusätzlichen Tagesordnungspunktes würde Ihnen jetzt ein vorliegender Textentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. übergeben werden, so daß wir entsprechend dem Einigungsvertrag für unser Land Mecklenburg-Vorpommern die entsprechenden Vertreter für dieses wichtige Gremium wählen können. Ich bitte daher um Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Diesen Antrag zur Geschäftsordnung muß ich zur Abstimmung stellen. Dieser Punkt kann in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit dafür stimmt. Ich bitte deshalb alle Abgeordneten, die dafür sind, daß wir den Punkt 12 in die Tagesordnung aufnehmen, um Erheben ihrer Hand. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Enthaltungen? – Die notwendige Zweidrittelmehrheit ist damit gegeben, und die Tagesordnung ist um den Punkt 12 erweitert.

Nun zum Tagesordnungspunkt 10: Beratung des Antrages der Fraktion Linke Liste/PDS: Finanzausweisungen an die Kommunen des Landes.

Beratung des Antrages der Fraktion der LL/PDS: Finanzausweisungen an die Kommunen des Landes – Drucksache 1/49 –

Interfraktionell ist eine fünfundvierzigminütige Aussprache vereinbart. Ihnen liegt die Drucksache 1/49 vor. Ich sehe keinen Widerspruch, die Aussprache ist damit eröffnet. Frau Kozian, Sie wollen den Antrag begründen. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kozian, Linke Liste/PDS.

Bärbel Kozian LL/PDS: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag unserer Fraktion zur Beratung über die Finanzausweisungen an die Kommunen entsprechend vorliegender Drucksache 1/49 resultiert aus der Tatsache, daß trotz seit längerem verkündeter Finanzierungshilfen für die Kommunen der neuen Bundesländer für das zweite Halbjahr 1990 und trotz seit mehreren Monaten erfolgter Antragstellungen auf Finanzausweisungen durch die Kommunen bei den für die Durchführung infrastruktureller Maßnahmen zuständigen Verwaltungsbehörden und trotz mehrmaligen Nachfragens durch die Bürgermeister und ihrer Gemeindevertretungen keine konkreten Aussagen und Entscheidungen getroffen wurden, die den Kommunen tatsächliche Hilfe geben konnten.

Ich spreche diese Probleme nicht nur in der Verantwortung als Landtagsabgeordnete, sondern auch als betroffene – allerdings ehrenamtliche – Bürgermeisterin einer Kommune und damit zugleich im Interesse vieler meiner Amtskollegen des Landes Mecklenburg-Vorpommern an wie auch im Interesse einer Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltungen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir, die Begründung zum vorliegenden Antrag mit dem Teil der heute vom Ministerpräsidenten unseres Landes, Herrn Dr. Gomolka, gehaltenen Regierungserklärung zu untersetzen, der sich mit der Situation in den Gemeinden befaßt und der richtig einschätzte, daß es diese Situation seit den Kommunalwahlen dieses Jahres gibt und daß sie mehr Handlungsbedarf erfordert, sprich: das Treffen von Entscheidungen hinsichtlich Finanzausweisungen an die Kommunen in der noch verbleibenden Zeit dieses Jahres deutlich macht.

Wir begründen unseren Antrag weiterhin damit, daß die Landesregierung bei umfassendem Wissen um den notwendigen Handlungsbedarf die Verantwortung nicht aus dem Land hinausdelegieren darf, sondern selbst umgehend zur Entscheidungsfindung, die wir mit unserem Antrag fordern, kommen muß. – Danke.

(Beifall bei der LL/PDS)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke Frau Kozian für die Begründung des Antrages. Es gibt eine Wortmeldung. Ich bitte Frau Abgeordnete Keler von der SPD-Fraktion, das Wort zu nehmen.

Sigrid Keler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Der uns hier vorliegende Antrag beinhaltet verschiedene Probleme. Es geht einmal um die Klärung der Finanzausweisungen, die die Städte und Landkreise für notwendige Infrastrukturmaßnahmen erhalten können. Dafür stehen den fünf neuen Bundesländern im zweiten Halbjahr 1990 laut Einigungsvertrag 1,5 Milliarden DM zur Verfügung.

Die Anträge waren durch die Städte beziehungsweise Landratsverwaltungen direkt an die Außenstellen des Bundesfinanzministeriums in Berlin zu stellen. Die Zuweisung der Mittel erfolgte an den Bezirks- beziehungsweise Regionalverwaltungsbehörden vorbei wieder direkt an die Antragsteller.

Nun gibt es über die Realisierung dieser Finanzausweisungen unterschiedliche Aussagen. Einige Städte haben die angeforderten Mittel erhalten, andere wiederum nicht. Die Ursachen für die Nichtbereitstellung sind jetzt schnell durch die Antragsteller zu ermitteln, eventuell gibt es sogar noch Möglichkeiten von Finanzausweisungen.

Bei dem hier gestellten Antrag wird eines wieder sichtbar: Den Kommunen sind ganz konkret und sofort Hilfestellungen in Finanz- und Finanzierungsfragen zu geben. Sie müssen motiviert werden, selbst Initiativen zu entwickeln. Ich glaube, daß viele unserer Kommunen in den letzten Monaten einfach überfordert waren und zum Teil noch auf Weisungen von oben gewartet haben.

Neben der Hilfeleistung, die vorrangig durch die Regierung zu erfolgen hat, sollten aber auch die Verbindungen zu den Partnerstädten aus den alten Bundesländern sowie die Institution des Städte- und Gemeindetages von den Kommunen mehr genutzt werden, um die vorhandene Hilfslosigkeit auf diesem Gebiet abzubauen.

Die zweite Frage zielt auf die Durchführungsbestimmung für die Finanzausweisung für das Jahr 1991.

Diese Frage ist berechtigt, und wir erwarten von der Finanzministerin noch im Dezember konkrete Aussagen dazu.

Da der Antrag mehrere Probleme vermischt, halten wir es für notwendig, daß er an den Finanzausschuß überwiesen und dort entsprechend bearbeitet wird. – Ich danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LL/PDS)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Frau Keler, ich danke Ihnen. Lassen Sie eine Frage von Frau Kozian zu?

(Sigrid Keler: Ja!)

Bärbel Kozian LL/PDS: Frau Abgeordnete Keler, wir hatten uns gestern ja schon zu dieser Thematik verständigt. Ich möchte jetzt nicht unterstellen, daß Sie damit ausdrücken wollen, daß die Bürgermeister oder Landräte zu dumm waren, diese Mittel aufgrund von Antragstellungen in Anspruch zu nehmen.

Ich weiß von meiner Kreisverwaltung und von dem dortigen Amt für Kommunalverwaltung, daß seit mehreren Wochen und Monaten danach gefragt wird, wann diese Mittel in die Kreise kommen. Die Antwort wurde dann wieder an die Kommunen gegeben. Dann hätte man doch eher beraten und nicht erst so lange warten müssen, bis die Mittel verfallen. Man hätten doch – ich sage mal – mit der geringen Erfahrung neuer Kollegen rechnen müssen. Das finde ich jetzt ein bißchen unfair.

Sigrid Keler SPD: Frau Kozian, die Frage müßten Sie an die Finanzministerin stellen, aber die ist auch erst seit fünf Wochen im Amt. Ich bin Abgeordnete.

Ich weiß definitiv, daß Wismar Finanzausweisungen erhalten hat. Es gibt andere Städte, die auch Mittel erhalten haben. Nun müßten Sie sich als Bürgermeisterin selbst darum kümmern, wo das Geld beziehungsweise der Antrag hängengeblieben ist.

Bärbel Kozian LL/PDS: Frau Abgeordnete, Sie werden doch wohl nicht von mir erwarten, daß ich jetzt diese Aufgabe übernehme. Ich meine, daß wir jetzt dringend ein Signal in die Kreisverwaltung geben sollten.

Sigrid Keler SPD: Für 1990 ist es doch nun so gelaufen. Die Durchführungsbestimmungen dafür liegen doch vor, die können wir jetzt doch nicht mehr außer Kraft setzen.

Bärbel Kozian LL/PDS: Wenn diese Antwort in die Kommunen geht, weiß ich nicht, was dort passiert.

(Zuruf von der CDU: Keinen Disput!)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Zahn von der CDU-Fraktion.

Dr. Siegfried Zahn CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht mal wieder ums Geld, davon haben die meisten Menschen nicht genug. Gestern habe ich hier das erste Mal eine Ausnahme gesehen, aber so etwas gibt es eben auch.

Ich fasse mich sehr kurz. Der Antrag befaßt sich also mit Geld. Zum ersten geht der Antragsteller von der Hypothese aus, daß 1,5 Milliarden DM vom Bund, sprich von Bonn, überwiesen worden sind, die nach Auffassung der Antragsteller irgendwo – zumindest

teilweise – nicht weitergereicht worden sind, also irgendwo liegen.

Zum zweiten möchte ich zu bedenken geben, daß 1,5 Milliarden DM sich für finanziell schwach Gestellte nach sehr viel anhören, in Wirklichkeit aber weniger als 100 DM pro Kopf der Bevölkerung sind. Und wenn diese 100 DM nicht mit der Gießkanne verteilt werden, Frau Kozian, dann kann es schon passieren, daß der eine mehr und der andere weniger bekommt. Also müßte man schon genau prüfen, was mit dem Geld passiert ist. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß die Summe in Bitterfeld höher ist als in Wolgast, in Greifswald oder bei uns.

Drittens: Der Antrag der Kommunen wird immer höher sein, als die Zuweisungsmöglichkeiten es zulassen, so daß hier also schon eine Differenz aufgetreten sein kann, von der man nicht genau sagen kann, wie sie zustande gekommen ist.

Zum vierten – und dazu hat meine Vorrednerin schon einiges gesagt – sind die Mittel von Berlin über die Bezirksverwaltungsbehörden an die Kreise gegangen, so daß also unsere neue Ministerin damit überhaupt nichts zu tun hatte, also keinen Einfluß haben konnte. Ich halte es für schier unzumutbar, daß die Ministerin jetzt in Bonn anfängt, wie ein Spürhund nach dem Geld zu suchen. Das kann ab 1. Januar 1991 passieren, nachträglich für 1990 aber nicht mehr.

Fünftens: Sie wissen alle, wir haben eine gleitende Finanzierung gehabt, die immer mit großen Problemen verbunden ist und einige Unklarheiten – auf alle Fälle für den Außenstehenden – zuläßt. Es ist richtig, daß die Kommunen zur Eigenverantwortlichkeit erzogen werden müssen. Die Zeit, daß ihnen das Geld ins Haus gebracht wurde, ist endgültig vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe in der Kreisverwaltung gearbeitet, weiß also, wovon ich rede.

Sechstens: Ich bin durchaus der Meinung, daß Finanzzuweisungen an die Kommunen in bestimmtem, zum Teil großem Umfang getätigt worden sind. Mir ist der Ort in unserem Land bekannt, der 726 000 DM für Dorferneuerung erhalten hat; sicherlich für andere Kommunen mit. Wenn ein Ort nichts bekommen hat – ich sagte es schon: es ist kein Gießkannensystem.

Zum letzten bin ich der Meinung, daß das Verfahren ohnehin noch einmal durch den Landesrechnungshof geprüft wird und wir uns da keine grauen Haare wachsen lassen sollten. Trotzdem stimmen wir schweren Herzens zu, den Antrag an den Finanzausschuß zu überweisen. – Danke.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Dr. Zahn, gestatten Sie eine Anfrage von Herrn Dr. Stadermann von der Linken Liste / PDS?

(Dr. Siegfried Zahn: Ja, bitte.)

Dr. Peter Stadermann LL/PDS: Herr Abgeordneter, stimmen Sie mit mir darin überein, daß die Art und Weise der Antwort, die Sie jetzt gegeben haben, beziehungsweise wie Sie auf diesen Antrag reagiert haben, sich erheblich davon unterscheidet, wie die Frau Ministerin reagiert hat?

Wir sind hier aufgerufen, gemeinsam zu versuchen, die Bürokratie, über die wir und auch die Bürgermei-

ster ständig stolpern, aus dem Weg zu räumen. Meinen Sie nicht auch, daß die Bürger darauf warten, daß wir helfen? Meinen Sie nicht auch, daß es nicht am Unvermögen liegt, sondern ganz einfach daran, daß die Zeit uns überholt und das die personellen Änderungen und einige „Bremsklötze“ die Ursachen für diese Probleme sind? Meinen Sie nicht auch, daß wir aufgerufen sind, eine gemeinsame Sprache zu finden? Ihr Vorschlag, den Antrag an den Ausschuß zu überweisen, ist selbstverständlich richtig, damit wir dort einen Konsens finden.

Dr. Siegfried Zahn CDU: Wenn ich mich im Ton vergriffen haben sollte, bitte ich wirklich um Entschuldigung.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf : Der Herr Innenminister möchte noch einmal von seinem Rederecht Gebrauch machen. Bitte, Herr Dr. Diederich.

Innenminister Dr. Georg Diederich: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich ist das Ansinnen richtig, daß wir uns als Regierung und als Parlament darum kümmern müssen, daß unsere Kommunen leben und überleben können und daß sie das Jahr 1991 so erreichen, daß am 31. Dezember die Raketen in Freude und in bunter Vielfalt knallen und den Himmel verschönern können.

Sicherlich ist es richtig, daß an dieser Stelle gefragt wird, wo das Geld für die Kommunen ist, welches sie dringend brauchen. Sicherlich ist es auch richtig, daß bis dato die Landesregierung als solche nicht verantwortlich gemacht werden kann für etwas, was an ihr vorbei organisiert wurde, weil – wieder einmal einmalig und beispiellos – diese Landesregierung vorher nicht existiert hat, nun aber seit einiger Zeit im Aufbau begriffen ist und etwas tun will.

Daß die Landesregierung nun schläft wie alle anderen, kann ich nicht sagen. Denn aus meiner Erfahrung aus dem Gesundheitswesen weiß ich, daß alle anderen durchschnittlich acht bis neun Stunden täglich schlafen, die Mitglieder der Landesregierung schlafen etwa drei bis fünf Stunden, mehr schaffen sie zur Zeit nicht. Die Landesregierung kommt nicht zum Schlafen, erstens, weil die Probleme, die uns die SED hinterlassen hat, so groß sind, und zweitens, weil sie diese Probleme auch lösen will. Und weil die Landesregierung diese Probleme lösen will, wird sie und ist sie bereits mit den Kommunen in Verbindung getreten, und zwar nicht nur um zu reden, sondern um Lösungen zu finden für das Problem der Kommunen, nämlich daß sie finanziell nicht über die Runden kommen.

Ad eins. Auf der außerordentlichen Kommunalkonferenz am letzten Dienstag wurde mit den Kommunen die Finanzzuweisung für das nächste Jahr besprochen.

Ad zwei. Ich bitte Sie, in meinem Sinne und in Wahrnehmung meines Rederechtes, einem Experten Gehör zu schenken, der hier etwas zu den für das Jahr 1990 noch zur Verfügung stehenden Finanzen sagen möchte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Dr. Diederich, das ist im Rahmen unserer Geschäftsordnung nicht möglich.

(Minister Dr. Georg Diederich: Ich gebe zu, das war ein Überfall auf die parlamentarische Grundordnung! Man möge mir verzeihen!)

Vielleicht besteht die Möglichkeit, daß der Experte im Ausschuß gehört wird.

Herr Dr. Timm, Sie möchten etwas zur Geschäftsordnung sagen.

Dr. Gottfried Timm SPD (zur Geschäftsordnung): Im Namen meiner Fraktion stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, daß in diesem Falle die Geschäftsordnung außer Kraft gesetzt wird und wir mit Zweidrittelmehrheit bestimmen, daß Herr Dr. Krumbiegel reden kann.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Dann stelle ich diesen Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß Herr Dr. Krumbiegel das Wort ergreift, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Dr. Krumbiegel das Wort.

Dr. Gerd Krumbiegel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In dieser Anfrage der Linken Liste/PDS stecken im Grunde zwei Probleme, die wir erst einmal von einander trennen müssen. Das erste Problem ist die Zuweisung der 1,5 Milliarden DM an die Kommunen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Hier ist es in der Tat so, daß die ehemaligen Bezirksverwaltungsbehörden bewußt nicht in die Zuweisung dieser Gelder einbezogen wurden, weil es in verschiedenen Teilen der neuen Bundesländer im Vorfeld die Kritik gab, daß Geld auf den Ebenen der Bezirksverwaltungsbehörden beziehungsweise der Kreise hängengeblieben wäre. Darauf hat die Regierung in der Form reagiert, indem sie das Geld direkt an die Kommunen verteilt hat. In diesen Prozeß waren wir also nicht einbezogen. Und da es bis heute eigentlich keinen Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern gibt, sondern – so wurde es auch beschlossen – einen Haushalt von drei Regionalverwaltungsbehörden, fehlt uns aus zwei Gründen die Übersicht, wo diese 1,5 Milliarden DM geblieben sind.

Etwas anders sieht es aus, wenn es um die planmäßigen Zuweisungen für die Kommunen und Landkreise geht, die sie im Rahmen des Haushalts für das zweite Halbjahr 1990 erhalten haben. Diese planmäßigen Zuweisungen sind entsprechend einem ganz konkreten Kassenplan an die Kommunen erfolgt. Diesbezüglich hat es – zumindest im Bezirk Schwerin – eigentlich bisher keine Kritik gegeben.

Es ist aber auch richtig, daß alle Kommunen über Liquiditätsprobleme klagen. Dabei gab es noch Bedarf, der darüber hinaus ging; insgesamt waren es genau 1,76 Milliarden DM. Darin enthalten waren zum Beispiel Beträge für die Mehrwertsteuer, die ja nicht geplant werden konnten, weil zu der Zeit, als der Plan aufgestellt wurde, keiner wußte, daß wir ab 1. Juli Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Jedenfalls wurde in diesem Gespräch ein Bedarf von 738 Millionen DM anerkannt.

Danach ist in Berlin eine Aufteilung erfolgt. Im Rahmen dieser Aufteilung haben wir vor etwa vierzehn Tagen die Mitteilung erhalten, daß dem Land Mecklenburg-Vorpommern zusätzlich 408,1 Millionen DM aus

diesem gesamten Topf des dritten Nachtrags zustehen. Davon sind konkret 205,9 Millionen DM für die Bezahlung der Löhne und Gehälter vorgesehen, und zwar diese 200 DM, die sich aus der Lohnerhöhung der ÖTV ergeben haben.

Diese Mittel sind dann auch an alle Kreise und Kommunen ausgegeben worden und müßten längst dort sein.

Ferner ist uns ein Mehrbedarf in Höhe von 186 Millionen DM für die gesamten anderen Forderungen bestätigt worden, zum Beispiel für die Apotheken, für die Landwirtschaft, für die Wassersubvention und so weiter. Außerdem sind uns aus einem Extrateil dieses dritten Nachtrags 16 Millionen DM für den Aufbau der Landesverwaltung zugesichert worden. Insgesamt standen uns also 408,1 Millionen DM zur Verfügung. Und diese Mittel, die uns zugeteilt wurden, sind wiederum nicht über das Finanzministerium unseres neugebildeten Landes geflossen, sondern sind wieder über die Regionalverwaltungsbehörden verteilt worden.

Wir waren mit dieser Aufteilung nicht einverstanden, weil beispielsweise nicht berücksichtigt worden war, daß die 16 Millionen DM, die für den Aufbau der Landesverwaltung zur Verfügung standen, nach Schwerin fließen müssen. Außerdem sind die Mittel, die wir für Asylanten und Aussiedler sowie für den Aufbau von Ämtern beantragt hatten, auf die einzelnen Regionalverwaltungsbehörden verteilt worden.

So haben wir uns im Rahmen dieser drei Regionalverwaltungsbehörden beziehungsweise jetzt in der Führung des Ministeriums in Schwerin getroffen und versucht, die 186 Millionen DM, also der Betrag, der für alle restlichen Mehrbedarfe errechnet worden war, neu zu verteilen. Da haben wir dann folgenden Schlüssel gefunden: Für den Aufbau nachgeordneter Ämter und Verwaltungseinrichtungen wurden 22,8 Millionen DM hier in Schwerin im Ministerium konzentriert, weil das Landesaufgabe ist. Für Asylanten und Aussiedler wurden 29,3 Millionen DM hier konzentriert. Und der Rest von diesen 186 Millionen DM wurde einerseits zur Abdeckung der ökonomischen Abgabe der Landwirtschaft verteilt; in diesem Rahmen haben Schwerin 5,6 Millionen DM, Rostock 7,3 Millionen DM und Neubrandenburg 12,5 Millionen DM erhalten.

Das heißt, wir wären jetzt in der Lage gewesen, die ökonomische Abgabe der Landwirtschaft, welches ja auch ein ganz dringendes Problem war, abzulösen.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Dr. Krumbiegel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Gerd Krumbiegel: Ja!)

Zwischenfrage von Dr. Gottfried Timm SPD: Herr Dr. Krumbiegel, mir ist zu Ohren gekommen, daß das Geld zwar – wie Sie es auch sagten – an die Regionalverwaltungen gegangen ist, daß aber nur Schwerin diese Gelder für den Aufbau der Landesverwaltung freigibt und daß diese Mittel in Rostock und Neubrandenburg zurückgehalten werden. Ist da etwas dran?

Dr. Gerd Krumbiegel (fortfahrend): Man muß das ganz anders sagen: Rostock und Neubrandenburg haben kein Geld erhalten für den Aufbau neuer Ämter

oder Einrichtungen der Landesverwaltung. Beispielsweise für Landwirtschaftsämter, die wir ja im ganzen Land Mecklenburg-Vorpommern aufbauen, haben Rostock und Neubrandenburg nichts erhalten. Dieses Geld ist im Ministerium konzentriert worden und wird von hier aus ausgeteilt, und zwar auf Antrag, wenn festgestellt worden ist, wer wieviel braucht, wobei wir natürlich nur wenig Geld zur Verfügung haben. Ist Ihre Frage damit beantwortet?

(Dr. Gottfried Timm SPD: Ja, danke schön.)

Dann konnten von diesen 186 Millionen DM noch 93,8 Prozent des angesammelten Bedarfs für diese SV-Beiträge, also für den Arbeitgeberanteil, ausgeteilt werden, denn dort gab es ja auch eine Erhöhung von 17,9 Prozent. Dieser Teil konnte also bei allen Landkreisen und Kommunen noch zu 93,8 Prozent abgedeckt werden; dieses Geld ist also auch geflossen.

Offengeblieben sind alle anderen Mehrforderungen, wobei wir natürlich gesagt haben, daß wir uns damit nicht zufrieden geben können. Da diese 3 Milliarden DM des dritten Nachtragshaushalts des Bundes eine gegriffene Größe war, man wußte ja gar nicht genau, wie hoch der Mehrbedarf in den fünf neuen Bundesländern ist – das wird in Bonn auch so bestätigt –, sind wir so herangegangen, daß wir alle jetzt noch nicht abgedeckten Mehrbedarfe erneut an die Außenstelle des BMF nach Berlin als Forderung gemeldet haben. Wir haben auch Herrn Waigel einen Brief geschrieben, mit dem wir deutlich gemacht haben, daß wir diese Gelder noch brauchen.

Ich kann aber noch etwas sagen. Bei einem Gespräch hat sich ergeben, daß die Gelder für die Asylanten und Aussiedler in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr zum Einsatz kommen. Da haben wir wiederum ganz schnell gehandelt und noch mal jeweils 5 Millionen DM an die Regionalverwaltungsbehörden ausgegeben mit dem dringlichen Hinweis, dieses Geld für ganz dringende Aufgaben bei den Kommunen zu benutzen. Beispielsweise hatten wir in Ludwigslust ein Heizkraftwerk, das nicht weiter gebaut werden konnte; dort waren Forderungen von 2,3 Millionen DM aufgemacht worden. Wir haben uns lange Zeit darum bemüht, diese Gelder zu bekommen, wir haben auch einen Antrag nach Bonn geschickt. Da darauf bisher aber nur so reagiert wurde, daß all dies aus den uns zugewiesenen Geldern des Nachtragshaushalts finanziert werden muß, haben wir dieses aus den 5 Millionen DM, die für Schwerin zur Verfügung standen, abgedeckt. In ähnlicher Weise gab es so etwas im Kreis Templin. Wobei wir der Auffassung sind, daß dort jetzt auch Neubrandenburg handeln und diesen dringlichen Bedarf abdecken kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS:
Gehört nicht mehr zum Landtag!)

– Die Geldzuweisungen bis Ende des Jahres 1990 sind nach der bisherigen Struktur erfolgt, und entsprechend dieser Struktur ist auch der Bedarf zu decken.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Herr Dr. Krumbiegel, Sie haben uns zu dieser Thematik sehr profunde Auskünfte gegeben, die es sicherlich rechtfertigen, die Geschäftsordnung einmal zu modifizieren. Wir danken Ihnen ganz herzlich. Sicherlich können Sie im Aus-

schuß noch weitere Ausführungen zu diesem Thema machen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Keler hat noch eine Anfrage.

Sigrid Keler SPD: Herr Dr. Krumbiegel, ich habe die Bitte, das Sie uns diese Angaben, die Sie jetzt gemacht haben, schriftlich in den Ausschuß geben. Ist das möglich?

(Dr. Gerd Krumbiegel: Einverstanden,
das geht in Ordnung.)

Danke.

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Antrag der Linke Liste/PDS? Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich jetzt zur Abstimmung kommen. Von der SPD und der CDU ist beantragt worden, diesen Antrag an den Ausschuß zu überweisen. Kann die Linke Liste/PDS sich diesem Antrag anschließen?

(Johann Scheringer LL/PDS: Ja!)

Schließt sich die F.D.P. diesem Antrag auch an?

(Walter Goldbeck F.D.P.: Ja!)

Ich sehe allgemeine Zustimmung. Dann ist der Antrag damit an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen überwiesen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11: Wahl des Vorsitzenden der Verfassungskommission. Dazu liegt uns als Drucksache 1/61 ein Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und der F.D.P.:**
**Wahl des Vorsitzenden und des
Stellvertreters der Verfassungskommission**
– Drucksache 1/61 –

Ich schlage vor, daß wir hierzu offen abstimmen. Wird vom Einbringer des Antrags das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Dr. Schoenenburg das Wort.

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Prachtl, ich möchte Sie um Verständnis bitten, daß ich Ihnen, obwohl ich Sie als Persönlichkeit schätze, meine Stimme für das Amt als Vorsitzender der Verfassungskommission nicht geben kann.

Das hängt erstens damit zusammen, daß es – wie ich in der letzten Sitzung des Landtages ausführte – nach unserem Verständnis richtig und gut wäre, wenn dieses Amt von einem Vertreter der Opposition wahrgenommen werden würde. Es hat aber auch einen zweiten Grund, der den Umgang betrifft, den demokratischen Abstimmungsmechanismus zwischen den Fraktionen in diesem Hause.

Ich muß feststellen, daß wir bei diesem Antrag wie bei dem Antrag zur Bildung des Rundfunkbeirates sozusagen umgangen und ausgegrenzt worden sind. Wenn das Schule macht, dann ist es für das demokratische Verhältnis der Abgeordneten in diesem Hause untereinander ein schlechtes Zeichen.

Ich weiß, daß wir zu blauäugig waren, weil wir – vor allem beim Antrag zum Rundfunkbeauftragten – dem Vorschlag von Herrn Pachtl beziehungsweise von Herrn Ruthe zugestimmt haben, die Angelegenheit auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wir nehmen diese Verfahrensweise aber zur Kenntnis und werden entsprechend handeln.

(Beifall bei der LL/PDS)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Das Wort hat Herr Dr. Timm.

Dr. Gottfried Timm SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben uns in mehreren Sitzungen des Rechtsausschusses darüber unterhalten, in welcher Form wir diese Verfassungskommission bilden können. Wir haben uns auch darüber unterhalten, wer den Vorsitz in diesem Ausschuß übernehmen sollte. Letztendlich haben wir uns an einer allgemeinen Praxis orientiert, die zuletzt in Schleswig-Holstein zu beobachten war. Dort wurde in den letzten Jahren eine neue Verfassung ausgearbeitet und in der jetzigen Legislaturperiode verabschiedet. Dort hat auch der Präsident des Landtages diesen Vorsitz gehabt. Da dieses allgemein üblich ist, wäre es auch für uns ein gutes Verfahren, dem zuzustimmen, es auch bei uns so zu machen. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Kann ich über den Antrag offen abstimmen lassen? Das scheint der Fall zu sein. Wer für den Vorschlag in der Drucksache 1/61 stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenenthaltungen? – Eine. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Herr Abgeordneter Prachtl und Herr Dr. Eggert, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen bei der Leitung dieser Kommission eine glückliche Hand und Gottes Segen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der F.D.P., bei Johann Scheringer LL/PDS und Dr. Wolfgang Schulz, fraktionslos)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 12: Wahl der Mitglieder des Rundfunkbeirates.

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P.:
Wahl der Mitglieder des Rundfunkbeirates
– Drucksache 1/62 –**

Dazu liegt Ihnen auf Drucksache 1/62 ein Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P. vor. Es scheint der Fall zu sein, daß wir offen abstimmen kön-

nen. Wer der Drucksache zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenenthaltungen? – Damit ist diese Drucksache angenommen.

Ich beglückwünsche die Mitglieder des Rundfunkbeirates. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit.

Herr Abgeordneter Prachtl, Sie haben das Wort.

Rainer Prachtl CDU: Gestatten Sie mir, daß ich eine kurze Erklärung abgebe, um hier auch in meiner Funktion als Präsident etwas richtigzustellen. Wir wurden heute morgen von der Linken Liste/PDS-Fraktion gefragt, ob sie einen Antrag zum Rundfunkrat einbringen sollte. Das haben wir abgelehnt. Dazu kann ich Ihnen erläutern, daß es mir zu dem Zeitpunkt noch gar nicht bewußt war und auch nicht von meiner Fraktion und der Fraktion der SPD übermittelt, daß ich den Vorsitz der Verfassungskommission übernehmen sollte. Von meiner Seite wurde also nicht mit irgendwelchen Dingen gespielt oder manipuliert, denn mir war davon nichts bekannt.

Ich habe, weil ich auch die Verantwortung für dieses Parlament zu tragen habe, den Vorsitz der Verfassungskommission angenommen, und ich werde mich bemühen, dieser Aufgabe entsprechend unparteiisch und in Verantwortung gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der F.D.P., vereinzelt der LL/PDS und bei Dr. Wolfgang Schulz, fraktionslos)

Vizepräsidentin Stefanie Wolf: Ich danke dem Präsidenten für diese persönliche Bemerkung.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Schluß unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich danke Ihnen für die disziplinierte Teilnahme und berufe die nächste Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern auf Donnerstag, den 13. Dezember 1990, um 10.00 Uhr, ein.

Ich darf Sie auch noch darauf aufmerksam machen, daß Ihnen wahrscheinlich noch heute oder spätestens Montag eine Einladung zugehen wird zu einer Sondersitzung des Landtages am 11. Dezember 1990. Die Uhrzeit steht noch nicht fest. Der Bundespräsident, Herr Richard von Weizsäcker, wird uns mit einem Besuch beehren. Ich bitte Sie, diesen Termin einzuplanen.

Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.37 Uhr